

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich 28 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: 2.00 Mk. für das übrige Ausland 3.00 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Interflons-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Adressen oder deren Raum 50 Bg. für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Verbands-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg. Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Triumph der österreichischen Sozialdemokratie.

Die Stichwahlen haben gehalten, was die Hauptwahlen versprochen: Bis zur Stunde sind 84 Sozialdemokraten gewählt und aus Galizien, wo die Wahlen noch nicht beendet, hat unsere Fraktion noch Zugang zu erwarten. Der Sieg der Sozialdemokratie, das wird einstimmig zugegeben, ist das hervorsteckendste und politisch bedeutendste Ereignis dieser Wahl. Und in der Tat, es ist ein Sieg von überwältigender Wichtigkeit. Aber stolz dürfen Oesterreichs Arbeiter sagen, daß es kein unbedingter, kein Zufallssieg ist, den sie errungen, sondern nur die Frucht ihrer unermüdeten Arbeit.

Um diesen Sieg und seine politischen Wirkungen begreifen zu können, muß man sich der gewaltigen Umwälzung erinnern, die Oesterreich in den letzten Jahren erfahren hat, eine Umgestaltung, deren Träger und treibende Kraft in erster Linie das Proletariat war. Es ist ja eigentlich noch gar nicht so lange her, seitdem der Hainfelder Parteitag zu Weihnachten des Jahres 1888 die kleinen, zerstreuten Häuflein gesammelt hat, in die unter dem Ausnahmezustand die wenigen Klassenbewußten Arbeiter auseinandergestoben waren. Dankbar gedenken wir heute der Männer, die unter dem Druck der Verfolgungen und unter dem Banner stumpfer Gleichgültigkeit es gewagt, auch in Oesterreich, dem alten Hort der Reaktion, eine moderne Arbeiterbewegung zu schaffen. Aber lebendig wurde das Werk von Hainfeld erst an jenem 1. Mai des Jahres 1890, wo die bis dahin vergessene Sache, um die sich kein Politiker je kümmerte, deren Angelegenheiten nur im Polizeirapport flüchtige Erwähnung fanden, plötzlich aufstand, als ein Bittern durch alle Herrschenden des Landes ging, als der Schrecken sie alle erfaßte vor dem erwachenden Proletariat, indem an jenem Tage plötzlich das Freiheitsbewußtsein emporloderte, das die Arbeit wegnahm und sein Erstgeburtsrecht in jeder modernen Politik so sichtbar auf den Straßen demonstrierte.

Damals wurde die österreichische Sozialdemokratie geboren. Und jenem ersten Mai folgte der andere des Jahres 1893, als die Kunde des siegreichen Massenstreiks aus Belgien herüberbrachte und tausendfach wiederholte aus den Zügen, die in allen Städten und Industrieorten Oesterreichs zur Raifester eilten.

Damals wurde der unerschütterliche Entschluß geboren, dem Arbeiter sein wichtigstes politisches Recht zu erobern, das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu erringen, koste es, was es wolle!

Es hat viel gekostet, große Opfer an Arbeit nicht nur und Verfolgung; auch Menschenleben hat die Arbeiterklasse gezahlt, um ihr Recht zu erringen. Aber dieser Kampf selbst hat die Partei zu dem gemacht, was sie heute ist, zur Vertreterin des gesamten Proletariats aller Nationen, hat ihr das unerschütterliche Vertrauen ihrer Anhänger, die Achtung und den Respekt ihrer Gegner verschafft, bis der Erfolg in dieser Wahl ihr Werk gekrönt hat.

Aber der Kampf um das Wahlrecht war zugleich ein Kampf gegen die politische Unterdrückung in jeder Form. Zugleich mit dem Wahlrecht hat die österreichische Arbeiterklasse auch die Respektierung der Freiheit ihrer Vereine, ihrer Versammlungen und ihrer Presse erkämpft, den Richtern Menschlichkeit und Rechtschaffenheit beigebracht und sich heute eine Bewegungsfreiheit geschaffen, die, wenn sie auch noch nicht alle Schranken niedergeworfen hat, doch wenigstens ihrem Emanzipationskampfe freien Raum gewährt. Indem aber das Proletariat in diesem Lande der nationalen Oligarchie, die um ihren Anteil am Futtertrog des Staates unaufhörlich stritten und diesen Jant als Inhalt aller Politik betrachteten, seinen Klassenkampf führte, zeigte es dem Staate, den der Streit der nationalen Parteien schließlich jeder Lebensmöglichkeit beraubte, den einzigen Ausweg und zwang ihn zugleich, diesen Weg einzuschlagen. Denn wenn der bürgerliche Staat auch eine Herrschaftsinstitution der Bourgeoisie ist, so kann die Bourgeoisie nicht herrschen, ohne dem Proletariat die Möglichkeit zu geben, diese Herrschaft schließlich zu vernichten. Das ist das unausweichliche historische Schicksal des bürgerlichen Staates, der ohne die politische Freiheit des Proletariats auf die Dauer nicht leben kann, wie das Geschick Oesterreichs beweist, und doch schließlich an dieser seiner Lebensnotwendigkeit — sterben muß.

Und gute Totengräberarbeit hat das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich geleistet. Begraben ist die Lüge von der agrarisch-reaktionären Mehrheit, beseitigt die freche Fälschung der wirklichen Machtverhältnisse. Das Proletariat erhält endlich den Einfluß, den es bisher nur außerparlamentarisch ausgeübt hat, parlamentarisch bestätigt. Als stärkste Fraktion wird es in künftigen Parlamenten zum anerkannten Repräsentanten allen politischen Fortschritts, wie dieser auch bisher sein Werk war. Es wird ganz von der Einsicht der herrschenden Klassen abhängen, ob dieser Fortschritt sich in den ruhigen Bahnen parlamentarischen Schaffens vollziehen oder auch künftig das Werk der erprobten, vom österreichischen Proletariat so meisterhaft gehandhabten außerparlamentarischen Mittel sein wird. Denn die Mittel, mit

denen dem alten Parlament das Wahlrecht abgerungen wurde, bleiben dem Proletariat und sind die sicherste Gewähr, daß alle reaktionären Hoffnungen auf Einschränkung oder auch nur Stillstand zunichte werden.

Aber das Wahlrecht hat nicht nur dem Proletariat den Sieg gebracht, es hat ihm auch die Möglichkeit gegeben, diesen Sieg auszunutzen zur Förderung der proletarischen Interessen sowohl als auch zur Neuordnung des Staates, um diesen umzugestalten zu dem Rahmen, in dem sich der Klassenkampf des Proletariats mit der Bourgeoisie ungehindert durch andere Einflüsse entwickeln kann.

Gewaltig sind die Aufgaben, die der starken Hand und der klaren Einsicht des Proletariats harren. Neben dem dringenden Ausbau der Sozialpolitik gilt es die Ordnung der nationalen Angelegenheiten. Hier hat das Wahlrecht beste Vorarbeit geleistet. Die Nuphischer und Förderer des nationalen Haders sind zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Verschwunden ist die Gruppe des Großgrundbesitzes, die die Völker teilte, um sie zu beherrschen, bezimert die Radikalnationale aller Lager, stark verringert der Polenklub, der Hort jeder Reaktion. So hat das Wahlrecht freie Bahn geschaffen für die Neugestaltung des nationalen Lebens, für die Beseitigung der nationalen Unterdrückung, für die Verwirklichung der nationalen Befreiung aller Völker Oesterreichs auf dem Boden nationaler Autonomie. Der politische Fortschritt, der Sieg der Sozialdemokratie bedeutet so zugleich einen gewaltigen nationalen Fortschritt für alle Völker des Reiches.

Aber der Sieg hat auch die Furcht der Bourgeoisie vor dem Proletariat gewaltig gesteigert. Schon haben sich die tschechischen Parteien zu einer Koalition gegen die siegreiche Macht der tschechischen Sozialdemokratie zusammengefunden und auch in der deutschen Bourgeoisie wird die Angst vor der radikalen Agitation nicht allzulange der Angst vor dem Proletariat standhalten. Die überall treibt die wachsende Macht des Proletariats seine Gegner zur Vereinigung. Doch der Kampf schreit das österreichische Proletariat nicht, er wird nur die Einigkeit und Solidarität in seinen Reihen noch unerschütterlicher machen.

Gewaltig wie der Sieg der Partei, sind auch die Aufgaben, die ihrer harren und die Verantwortung, die sie trägt. Aber wir wissen, wir können uns auf die hohe politische Reife der österreichischen Arbeiterklasse verlassen. Zusammengekniet durch die harten Verfolgungen früherer Zeit, und zusammengekehrt durch den glänzenden Kampf, den sie alle in gleich prächtiger Weise geführt haben, werden sie zusammenstehen, um ihren Sieg auszunutzen in unüberbrücklicher internationaler Solidarität in ihrem vielsprachigen Reich, ein Mikrokosmos der Welten-Internationale.

Wien, 24. Mai, 2 1/2 Uhr früh. Die Reichsratswahlen sind in sämtlichen Provinzen, ausgenommen Galizien, beendet; außerdem steht noch das Ergebnis je einer Stichwahl in Dalmatien und Steiermark aus. Von den 408 gewählten Abgeordneten sind 82 Sozialdemokraten, 66 Christlichsoziale, 24 Deutschfreisinnige, 25 Deutsche Volksparteiler, 18 Deutsche Agrarier, 14 Freialldeutsche, 4 Alldeutsche, 31 Katholisches Zentrum, 22 Jungtschechen, 5 Alltschechen, 8 tschechische Agrarier, 11 liberale Tschechen, 10 radikale Tschechen verschiedener Schattierungen, 9 liberale Slovenen, 15 liberale Slovenen, 14 Italiener, 5 Rumänen, 5 Russen, 8 Kroaten, 2 Serben, 1 Deutschradikaler, 1 Pole, 1 Freisozialist, 2 Tschechische Wilde. . . .

Von den in Böhmen gewählten 130 Abgeordneten sind 33 Sozialdemokraten, und zwar 17 tschechische und 16 deutsche, 15 Jungtschechen, 2 Alltschechen, 23 tschechische Agrarier, 7 tschechische Christlichsoziale, 10 radikale Tschechen verschiedener Schattierung, 1 selbständiger Tscheche (Graf Sternberg), 6 deutsche Fortschrittspartei, 3 deutsche Volkspartei, 3 Alldeutsche, 11 Freialldeutsche, 14 deutsche Agrarier, 1 deutscher Christlichsozialer und 1 deutscher freier Sozialist.

Von den 64 niederösterreichischen Abgeordneten gehören 44 der Christlich-Sozialen, 16 der sozialdemokratischen, 3 der deutschfreisinnigen und einer der deutschen Volkspartei an.

Von den 49 in Mähren gewählten Abgeordneten sind 10 liberale Tschechen, 3 Alltschechen, 4 tschechische Agrarier, 7 Jungtschechen, 1 wilder Tscheche, 10 Deutschfortschrittler, 4 deutsche Volksparteiler, 1 Freialldeutscher, 1 Christlichsozialer und 8 Sozialdemokraten.

Von den 90 Wahlen in Steiermark sind 29 Wahlergebnisse bekannt. Von den Gewählten gehören 9 dem katholischen Zentrum an, 6 sind Sozialdemokraten, 3 deutsche Volksparteiler, 3 Christlichsoziale, 1 Alldeutscher, 1 Deutschradikaler, 3 liberale Slovenen, 3 liberale Slovenen. Das Ergebnis einer Stichwahl zwischen einem slovenisch Merikalen und einem slovenisch Liberalen steht noch aus.

Von den 25 Abgeordneten Tirols sind 13 Christlichsoziale, 6 italienische Merikale, 2 italienisch Liberale, 2 deutsche Volksparteiler, 2 Sozialdemokraten.

Von den 23 Abgeordneten Oberösterreichs gehören 17 dem katholischen Zentrum an, 2 der deutschen Volkspartei und 3 der sozialdemokratischen Partei.

Von den 17 Abgeordneten für Triest, Udiz, Gradiska und Färien sind 4 Sozialdemokraten, 3 italienisch Liberale, 1 italienisch Merikaler, 2 italienisch Christlichsoziale, 2 slovenisch Merikale und 5 slovenisch Liberale.

Von den 14 in der Bukowina gewählten Abgeordneten sind 5 Ruthenen, 5 Rumänen, 3 Deutschfreisinnige und 1 Sozialdemokrat. Von den 12 kroatischen Abgeordneten sind 10 slovenisch Merikale, 1 slovenisch Liberaler, 1 deutscher Agrarier.

Von den 11 Abgeordneten für Dalmatien sind gewählt 8 Kroaten und 2 Serben. Das Ergebnis einer Stichwahl zwischen einem Kroaten und einem Demokraten steht noch aus.

Nach den vollständig vorliegenden Ergebnissen der Stichwahlen in Kärnten und Krain gehören von den 10 Abgeordneten Kärntens 6 der deutschen Volkspartei an, 2 sind Sozialdemokraten, 1 katholisches Zentrum, 1 slovenisch Liberaler.

Von den 7 Abgeordneten des Kronlandes Salzburg gehören 3 der deutschen Volkspartei und 4 dem katholischen Zentrum an.

Wien, 24. Mai. (B. L. Z.) Nach Erkundigungen des R. R. Telegr.-Korrespondenz-Bureaus ist über einen angeblichen Vorfall in Argebinja, wonach zahlreiche Personen nach einer Wahlversammlung von Gendarmen getötet und verwundet sein sollen, dort nichts bekannt.

Die Polizeijagd auf russisches Freiwild.

Unsere gestrigen Mitteilungen über die neueste Tat der Berliner Polizei für den Jaren erschöpften den ganzen Umfang der Aktion noch nicht. Die Polizei hat noch mehr getan, als es gestern schien. Väterchen an der Reiga kann mit seinen treuen Dienern an der Spree zufrieden sein. Russische Polizei hätte nicht eifriger und nicht rücksichtsloser agieren können. Die deutschen Gesinnungsgenossen der Hooligans mag diese Tatsache mit Befriedigung erfüllen. Alle anderen Bürger des Reiches aber, denen der Begriff Kultur nicht gleichbedeutend ist mit Militarismus und Polizeireglement, werden sich scham- und zornigläubend von dieser Verletzung des Gastrechtes, von diesem Völkerverbrechen vor dem Welt-Jaren abwenden!

Die neuen Meldungen, die uns heute zugehen, lauten: Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in den Privatwohnungen begannen schon früh morgens um 1/8 Uhr. Hierbei wurde in der rücksichtslosesten Weise echt russisch vorgegangen; u. a. wurde in Zimmer eingedrungen, in denen Damen im Bett lagen und in dieser Situation die Durchsuchungen vorgenommen. Der Grund der Durchsuchungen und der Verhaftungen wurde nirgends angegeben. Verhaftet ist u. a. auch der Herr, techn. Abraham Kroll, der sich seit über sechs Jahren in Charlottenburg unbeanstandet aufhält, seit sechs Jahren bei der gleichen deutschen Witwin wohnt und mit allen Legitimationspapieren versehen ist. Er war im Vorstande einer der Lesehallen.

Fräulein Henning ist noch am Donnerstag wieder freigelassen worden. Angeblich soll sie einen Ausweisungsbefehl bekommen haben, was unter den gestern geschilderten Umständen eine gänzlich ungerechtfertigte Härte sein würde.

Sowohl der oben erwähnte Kroll, wie die gestern von uns bereits erwähnte Frau Dr. Wienstock, die ihre schwerkranke 16-jährige Tochter allein in der Wohnung zurücklassen mußte, sind neben einer größeren Zahl anderer Russen und Russinnen über Nacht festgehalten und erst am Freitagabend entlassen worden.

Wenn das „Berliner Tageblatt“ vom Freitagvormittag behauptet, die Beamten hätten sich bei der Durchsuchung der Berliner Lesehalle durch eine Blechmarke legitimiert, so trifft das, wie uns bestimmt versichert wird, nicht zu: die Beamten haben jegliche Legitimation unterlassen und verweigert.

Uebrigens ist am Donnerstag gegen 1 Uhr auch in der Charlottenburger russischen Lesehalle, Kaiser Friedrichstr. 42, eine ähnliche Razzia veranstaltet, wie in der Berliner Lesehalle. Die Polizei verfuhr in der gleichen Weise, wie in Berlin. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen, hingegen wurden eine große Menge Bücher beschlagnahmt und — auch hier ohne Mitteilung — fortgetragen. Auch diese Literatur ist gänzlich unerfänglich. Frau Dr. Wienstock, die sich übrigens bereits seit vielen Jahren in Berlin aufhält, soll nach den Angaben des „Berliner Tageblatt“ die Gründerin und Leiterin der Charlottenburger Lesehalle sein.

Das „Berliner Tageblatt“, das sich erfreulicherweise neben der „Volks-Zeitung“ der Angelegenheit angenommen hat, bringt folgende „antilige Darstellung“:

„Seit einiger Zeit glaubte die Polizei berechtigten Grund zu der Annahme zu haben, daß ein Teil der sich hier aufhaltenden russischen Studenten mit den Berliner Anarchisten enge Fühlung genommen habe. Vor einigen Tagen bereits wurden die Berliner Anarchisten Karfunkelstein und Weiß verhaftet unter dem dringenden Verdacht, sich des Vergehens gegen § 128 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht zu haben. Um weiteres Beweismaterial hierüber zu bekommen, wurden in den russischen Lesehallen in Berlin und Charlottenburg Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei in Charlottenburg eine große Menge von terroristischer Literatur gefunden und beschlagnahmt wurde. Auf Grund dieses Beweismaterials nahm die Berliner Polizei zur zehn Sistierungen vor. Alle zehn festgenommenen befinden sich in Polizeigewahrsam und es wird im Laufe des Tages entschieden werden, ob sie als lästige Ausländer ausgewiesen sind. Die Sistierungen mußten zum Teil auch deswegen vorgenommen werden, weil es notorisch ist, daß viele russische Studenten sich der Pässe von anderen bedienen oder sich hier unter falschem Namen niederlassen.“

Diese Darstellung trägt den Charakter eines Verlegenheitsproduktes bedenkltester Art. Sie enthält zunächst einige positive Unrichtigkeiten. Es ist einfach un wahr, daß in der Charlottenburger Lesehalle irgend welche terroristische Literatur gefunden sei. Es ist weiter einfach un wahr, daß nur zehn Sistierungen vorgenommen worden seien. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet noch über unsere gestrigen Angaben hinausgehend, daß die Zahl der eingelieferten russischen Studenten und Studentinnen 35 betragen habe. Da

... aber nicht nur, wie die „amtliche Darstellung“ weiter behauptet, Studenten und Studentinnen, sondern auch andere Personen verhaftet sind, so ergibt sich, daß die Zahl der Siftierten selbst größer sein mußte als 35.

Die amtliche Darstellung wirft weiter gleichzeitig ein Schlaglicht auf die sonstigen Begriffe, die das Berliner Polizeipräsidium von den Rechten der Ausländer, den Pflichten der Gastlichkeit und von den polizeilichen Befugnissen hat.

Die polizeiliche Aktion wird zunächst gerechtfertigt aus einem kriminellen Gesichtspunkt: gegen ein paar deutsche Anarchisten soll der bringende Verdacht der Geheimbündelei bestehen. Gut, seit einiger Zeit glaubt die Polizei berechtigten Grund zu der Annahme zu haben, daß ein Teil der russischen Studenten mit den Berliner Anarchisten enge Fühlung genommen habe. Das ist schon weniger gut. Der Glaube an einen berechtigten Grund wird die Polizei vor der öffentlichen Meinung nicht selig machen. Entweder die Polizei hat einen berechtigten Grund zu einer Annahme, oder sie mag die Hände weglassen. Was hat nun aber dieser Glaube an einen berechtigten Grund zur Annahme einer Fühlung zwischen russischen Studenten und Berliner Anarchisten zu tun mit der Angelegenheit Karfunkelstein und Weiß? Die Polizei hat offenbar aus jener engen Fühlung auch spezielle Verdachtsmomente gegen bestimmte Personen gar nicht entnommen; denn die Hausdurchsuchungen wurden nach dem amtlichen Berichte vollzogen, um „weiteres Beweismaterial hierüber zu bekommen“, d. h. über die Geheimbündelei der Karfunkelstein und Weiß. Die Polizei hat hierbei indessen auf das größte gegen die Bestimmungen unserer Strafprozessordnung verstoßen, die hier, da es sich ja um eine Kriminaluntersuchung handelt, ohne Widerrede zur Anwendung zu bringen sind. Nach § 103 der Strafprozessordnung kann bei demjenigen, der als Täter, Teilnehmer usw. einer strafbaren Handlung verdächtig ist, eine Durchsuchung der Wohnung usw. „sowohl zum Zwecke seiner Ergreifung, als auch dann vorgenommen werden, wenn zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde“. Diese Bestimmung kommt indes nach dem amtlichen Bericht nicht in Frage, da Verdacht gegen irgend welche Personen anscheinend nicht bestanden hat, vielmehr nur auf Beweismaterial gegen Karfunkelstein und Weiß und ihre bisher unbekanntes Mittäter gefahndet wurde.

Nach § 103 der Strafprozessordnung sind bei anderen Personen Durchsuchungen behufs der Ergreifung des Beschuldigten, oder behufs der Verfolgung von Spuren einer strafbaren Handlung, oder behufs der Beschlagnahme bestimmter Gegenstände und nur dann zulässig, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß die gesuchten Personen, Spuren oder Sachen sich in den zu durchsuchenden Räumen befinden.

Wer war hier der Beschuldigte? Um welche bestimmten Gegenstände handelte es sich? Welche Tatsachen im letzterwähnten Sinne lagen vor? Nach § 105 Str.-P.-D. steht der Polizei nur bei Gefahr im Verzug die Anordnung von Durchsuchungen zu. Da die Polizei aber nach dem amtlichen Bericht „bereits seit einiger Zeit“ alles das wußte, was sie jetzt weiß, und was ihr Vorgehen veranlaßt hat, so hat sie ungesetzlich gehandelt, wenn sie ohne richterliche Anordnung die Durchsuchungen vornahm.

Nach § 106 Absatz 2 Str.-P.-D. sind, wenn dies möglich, ein Gemeindevorstand oder zwei Mitglieder der Gemeinde, in deren Bezirk die Durchsuchung erfolgt, bei der Durchsuchung zuzuziehen, wenn diese ohne Weisung des Richters oder Staatsanwalts stattfinden. Hiergegen hat die Polizei aufs gründlichste verstoßen. Daß in allen hier fraglichen Fällen leicht gewesen wäre, zwei Gemeindevorstände (die nach dem Gesetz nicht Polizeibeamte sein dürfen) hinzuzuziehen, bedarf nicht der Hervorhebung.

Nach § 108 Absatz 2 Strafprozessordnung ist dem Inhaber der durchsuchten Räume in den oben erwähnten Fällen des § 103 Absatz 1 der Zweck der Durchsuchung vor deren Beginn bekannt zu machen. Auch über diese Bestimmung zum Schutze der persönlichen Freiheit hat sich die Polizei, wie unsere Schilderung ergibt, sonderbar hinweggesetzt.

Da hiernach begründete Veranlassung vorliegt, daß die Polizei sich auch im weiteren Fortgang ihres ruhmreichen Heldzuges auf die Existenz unserer nur bereits seit 30 Jahren bestehenden Strafprozessordnung nicht besinnen wird, so möchten wir sie bei dieser Gelegenheit ganz besonders auf den § 110 der Str.-P.-D. verweisen, nach dem eine Durchsuchung der Papiere des von der Durchsuchung Betroffenen nur dem Richter zusteht; desgleichen auf § 100 Str.-P.-D., der vorschreibt, daß die beschlagnahmten Gegenstände genau zu verzeichnen und zur Verhütung von Verwechslungen durch amtliche Siegel oder in sonst geeigneter Weise kenntlich zu machen sind.

Wir wollen hoffen, daß die Polizei sich bisher an diese Bestimmungen gehalten hat.

Was die Verhaftungen anbelangt, so sei auf den § 127 Str.-P.-D. verwiesen, wonach vor Erlass des richterlichen Haftbefehls eine vorläufige Festnahme durch die Polizei höchstens zulässig ist, wenn die Voraussetzungen eines Haftbefehls (das heißt bringender Tatverdacht, Fluchtverdacht oder Verdunkelungsverdacht) vorliegen und Gefahr im Verzuge obwaltet. Nach § 128 der Strafprozessordnung ist jeder so festgenommene unverzüglich dem Richter vorzuführen, der ihn spätestens am Tage nach der Vorführung zu vernehmen hat. Es wird sich bald herausstellen, inwiefern sich die Polizei an diese Bestimmungen gehalten hat. Soweit ermittelt, hat die vorgeschriebene unverzügliche Vorführung vor dem Richter nicht stattgefunden.

Anscheinend hat die Polizei das Bedenkliche ihres Vorgehens bereits erfährt. Darauf deutet der Schlußsatz jener amtlichen Darstellung, der anders geartete kriminelle oder auch rein polizeiliche Gesichtspunkte in die Sache hineinzutragen sucht, aber doch deutlich erkennen läßt, daß er damit nur nachträglich ein für die Polizei günstigeres Räumchen für alle Eventualität zurechtlegen will. Offenbar liegt und lag gegen einzelne bestimmte Personen ein Verdacht, falsche Pässe oder falsche Namen verwendet zu haben, nicht vor. Der amtliche Bericht drückt sich denn auch sehr vorsichtig aus, indem er sagt, die Siftierungen hätten „zum Teil“ aus derartigen Gründen vorgenommen werden müssen. Eine allgemeine Razzia auf die sämtlichen hier aufgeführten russischen Studenten, um festzustellen, ob der eine oder der andere vielleicht einen falschen Pass oder einen falschen Namen besitze, würde aufs schärfste nicht nur jeder gesetzlichen Bestimmung, sondern auch den Pflichten der Menschlichkeit und des Anstandes widersprechen. Die Usurpation dieser Befugnisse von Seiten der Polizei bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Proklamierung der Völlerei der russischen Studierenden. Um sich in dieser Richtung Klarheit zu verschaffen, was das formale Recht der Polizei sein mag, besitzt und besaß die Polizei Mittel und Wege humaner und dem allgemeinen Anstande entsprechender Art genug, und sie hat es wahrlich sich bisher nicht verdorren lassen, von diesen Mitteln und Wegen einen überaus reichlichen Gebrauch zu machen.

Zum Schluß betonen wir noch einmal nachdrücklich, daß die Siftierten, soweit sie uns bekannt geworden sind, mit Anarchismus auch nicht das allergeringste zu tun haben und daß gegen sie auch nicht einmal der Schatten eines Nachweises auch nur einer sogenannten engeren Fühlung mit den Berliner Anarchisten wird erbracht werden können!

Ein offizieller Bericht des „Lokal-Anzeigers“ lautet:

Die auf der hiesigen Universität und der Charlottenburger Technischen Hochschule studierenden Russen und Russinnen haben bekanntlich seit Jahren die Aufmerksamkeit der politischen Polizei auf sich gelenkt, und es sind namentlich im Jahre 1904 diese verhaftet und wegen ihrer revolutionären Umtriebe ausgewiesen worden. Im vorigen Winter teilte dies Schicksal u. a. auch der russische Student Hirsch, der hier an der Spitze der Bewegung stand und eine russische, angeblich liberale Zeitung herausgab. Als vor einigen Tagen die Anarchisten Karfunkelstein und Weiß verhaftet wurden, entdeckte die Polizei bei ihnen und anderen Gefangenen ein umfangreiche Korrespondenz, aus der hervorging, daß ein großer Teil der russischen Studenten und Studentinnen sich als „Berliner Gruppe des russischen Terroristenbundes“ organisiert und mit den hiesigen Anarchisten in enge Verbindung getreten waren. Als Hauptquartiere und Sammelpunkte waren die russischen Lesehallen „Sallylow“ in der Artilleriestr. 7 und „Tschekow“ in der Kaiser Friedrichstr. 42 zu Charlottenburg angegeben. In beiden fanden gestern Hausdurchsuchungen statt, nachdem sich die Beamten bei den Wohnungsinhabern vorschriftsmäßig legitimiert hatten. In der Lesehalle in der Artilleriestr. wurden zahlreiche Exemplare der Anarchistenblätter „Freie Arbeit“, „Der Revolutionär“ und „Der Anarchist“, in der Charlottenburger Lesehalle viele terroristische und antimilitaristische Schriften in russischer und lettischer Sprache beschlagnahmt. Der Vorsitzende der russischen Lesehallen, der Student Umansh, die Vorsteherinnen der „Sallylow“, Fräulein Denning, und der „Tschekow“, Fräulein Wienstod, wurden mit sämtlichen Anwesenden der beiden Hallen, in ganzen 30 Personen, nach den nächsten Polizeiwachen geführt, damit dort ihre Persönlichkeiten genau festgestellt werden konnten. Es war dies deshalb notwendig, weil die Russen meistens mehrere Pässe, auf verschiedene Namen lautend, bei sich führten. Der eine Student legte sich in der Lesehalle einen falschen Namen bei und zeigte verächtlich einen Pass vor, der auf einen anderen lautete; auf der Polizeiwache entpuppte er sich als der Bruder des Lesehallen-Vorstehers Umansh. Eine Frau suchte sich der Feststellung zu entziehen, indem sie angab, daß ihre Tochter in ihrer Wohnung krank daniederlege; es konnte ihr aber sogleich nachgewiesen werden, daß ihre Schwester die Pflege übernommen habe. Ein Student versuchte es gewaltsam, sich der Siftierung zu entziehen. Auf den beiden Polizeiwachen wurden alle bis auf zehn Personen entlassen, von denen heute vormittag sechs als lästige Ausländer ausgewiesen, zwei wegen Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, und deren Mitglieder sich zu unbedingtem Gehorsam gegen Verbindungsobere verpflichten, und einer wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt dem Staatsanwalt vorgeführt.

Dieser Bericht enthält fast so viele Unrichtigkeiten wie Säge. Zunächst: Im Jahre 1904 fand die Ausweisung der 14 Russen statt wegen angeblicher Beleidigung des Fürsten Sillow! Der im vorigen Winter ausgewiesene Student Hirsch war kein Student und hieß nicht Hirsch, sondern Hirschmann. Er stand so wenig an der Spitze der Bewegung, wie Preußen an der Spitze der Zibillisation marschiert. Er gab keine liberale Zeitung heraus, sondern schrieb für ein hiesiges unpolitisches Blatt über Kunst und Literatur. Die Behauptungen, daß sich ein großer Teil der russischen Studenten als Berliner Gruppe des russischen Terroristenbundes organisiert hätte usw., wird der Offiziosus in dem Augenblick fallen lassen müssen, wo von ihm statt windiger Redensarten Beweise verlangt werden. Unerhört ist die Kühnheit, die die russischen Lesehallen als Hauptquartiere und Sammelpunkte dieser angeblichen Terroristen bezeichnet. Hierbei sei gleich darauf hingewiesen, daß nach einer gleichfalls „amtlichen Darstellung“, die das „Berliner Tageblatt“ am gestrigen Abend bringt, zwei Anarchisten Mitglieder der Tschekow-Lesehalle sein sollen. Man weiß ja freilich, was die Polizei unter Anarchisten versteht. Es sei aber ausdrücklich betont, daß mit Kenntnis der Leitung der Charlottenburger Lesehalle keine Anarchisten Mitglieder waren. Selbstverständlich ist die Charlottenburger Lesehalle nicht in der Lage, die Bestimmung ihrer Mitglieder zu kontrollieren, für sie genügt es, daß von den Mitgliedern die statutenmäßigen Verpflichtungen erfüllt werden. Zu Versammlungen u. dergl. sind die Lesehallen nicht ausgenutzt worden. Die entgegengesetzte Behauptung ist blanke Polizeiphantase. Damit erledigt sich auch die noch viel blutrünstigere Darstellung der gestrigen „B. Z. am Mittag“, nach der es sich gar bei den Lesehallen um ein terroristisch-anarchistisches Unternehmen handeln soll.

Anwahr ist weiter, wenn im Bericht des „Lokal-Anzeigers“ behauptet wird, die Beamten hätten sich den Wohnungsinhabern vorschriftsmäßig legitimiert. Das ist in den Lesehallen nicht geschehen; man hat ja die Vorsteherin der Charlottenburger Lesehalle in ihrer Wohnung verhaftet und zu der Durchsuchung in der Lesehalle überhaupt nicht hinzugezogen. Möglich, daß in einzelnen Fällen die Beamten sich ausgewiesen haben. Das ist aber nur die Ausnahme gewesen. Was die Fülle in der Berliner Lesehalle andrückt, so mögen dort einige Exemplare der genannten Anarchistenblätter gefunden sein. Diese Blätter spielen indessen unter den zahlreichen ausliegenden Zeitungen nur eine geringe Rolle. Sie sind dem Vernehmen nach auch ohne Zutun der Leitung der Lesehalle dort hineingekommen. Wenn das „Berliner Tageblatt“ weiter mitteilt, das Organ der russischen Sozialrevolutionäre, „Das revolutionäre Rußland“, habe in der Artilleriestr. ausgelegt, so sei darauf hingewiesen, daß diese Zeitung allenthalben in Berlin öffentlich vor den Augen der Polizei verkauft wird, und selbst in Rußland legal ist.

Die angebliche terroristische Literatur aus der Charlottenburger Lesehalle ist nichts weiter, als die bekannte historische Literatur, die auch in Rußland jetzt legal ist und auch in Deutschland überall gekauft werden kann. Terroristische lettische Schriften sind überhaupt nicht gefunden. Uebrigens sieht es so, daß vielfach ganze Mengen von Büchern von einzelnen Russen der Lesehalle geschenkt werden. Daraus würde sich selbst ganz harmlos erklären, wenn selbst terroristische Schriften aktuellen Charakters gemittelt worden, was aber tatsächlich nicht der Fall ist.

Nach der Darstellung der Mittagszeitung sollen weiter Aufrufe und Kampfliteratur aggressivster Form gefunden sein und diese Behauptungen wiederholt eine Korrespondenz, die uns am gestrigen Abend zugeht. Das ist eine grobe Unwahrheit. Nichts dergleichen ist gefunden. Weiter heißt es in der „B. Z. am Mittag“, man habe annähernd 100 Sammellisten „zur Bewaffnung“ mit dem Stempel Russisch soziale Partei, Berliner Gruppe Föderation gefunden. Ferner etwa 200 Sammellisten zum Besten der Mannschaften des „Nes Potemkin“, außerdem eine Anweisung zum Chiffrieren.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ gar soll ein Stempel mit der Aufschrift „Vereinigung der sozialen Berliner Russen-Föderation“ gefunden sein, sowie Anleitung zur Herstellung von Sprengstoffen und Bomben. Tatsache ist folgendes: Beschlagnahmt sind in der Charlottenburger Lesehalle zwei Jahrgänge des „Revolutionären Rußland“, der erwähnten legalen Zeitschrift. Sobald ein Blockbuch mit dem Stempel der „russischen sozialdemokratischen Partei“ zum Ein sammeln von Beiträgen. Die Beiträge sind nach Centimes bezehlet. Das Buch kann also für Berlin überhaupt nicht bestimmt gewesen sein. Es befand sich im Kasten des Bücherschranke unter anderen ungeordneten Sachen und ist anscheinend von irgend einem Besucher der Lesehalle einmal liegen gelassen worden. Sodann wurden gefunden fünf bis zehn Sammellisten zum Besten der Opfer der Potemkinoffiziere; Besannlich hat sich diese Affäre

im Jahre 1905 abgepielt. Die Charlottenburger Lesehalle ist erst am 28. März 1906 gegründet. Auch diese Listen sind offenbar verschentlich liegen geblieben, sie sind auch ganz unverfänglich. Die Unterstichung der Opfer der Potemkinoffiziere ist eine reine Wohltätigkeitsfrage. Sie ist auch von hiesigen liberalen Kreisen betrieben worden. Weiter sind eine Anzahl polnischer Broschüren der polnischen Sozialdemokratie und der P. B. S. beschlagnahmt, ferner sozialdemokratische, sozialrevolutionäre Traktate, die aber nur einen Bruchteil der gesamten vorhandenen Literatur bildete und überall, sogar in Rußland, legal ist. Das tatsächlich aufgefundenen Chiffriercode ist ein altes, nie benutztes Buch, das übrigens auch in Rußland legal verkauft wird, und ohne je benutzt zu werden, anscheinend in der oben geschilderten Weise „im Rausch“ in die Lesehalle gelangt ist. Bei einem Mitgliede der Lesehalle wurde eine Sammelliste zugunsten der sozialdemokratischen Wahlkampagne in Rußland vorgefunden. Möglich, daß unter den Broschüren eine oder die andere anarchistische sich befunden hat, was natürlich nichts zu bedeuten hat, zumal diese Broschüren in der oben beschriebenen Weise unter die Masse der vorhandenen Literatur geraten sein können.

Alles übrige ist Phantasie. Auch bei der Durchsuchung der Privatwohnungen hat sich die Polizei sehr genugsam zeigen müssen. So wurden bei Frau Dr. Wienstod u. a. die bekannten Schiller- und Heinefeitzzeitungen, die der „Vorwärts“ herausgegeben hat, konfisziert.

Geradezu eine Frechheit ist der Versuch, den Frau Wienstod zu bedrohen. Frau Dr. Wienstod hat überhaupt keine Schwester in Berlin. Ihr schwerkrankes Kind hat tatsächlich bis zum Abend gegen 7 Uhr ohne jede Wartung in der Wohnung liegen müssen. Erst dann konnte sich eine mitverhaftet gewesene Dame, die am Donnerstag abend entlassen wurde, des armen Kindes annehmen. Wiederholte Vorstellungen der Frau Dr. Wienstod wegen der Krankheit ihres Kindes waren in der geschilderten Weise unberücksichtigt gelassen worden. Die Polizei sieht offenbar hier ihr schweres Unrecht bereits ein, denn man hat der Frau Dr. Wienstod zugesichert, daß sie sich bis auf weiteres in Deutschland aufhalten könne.

Es ist uns nicht möglich, heute alle Einzelheiten zu bringen, die uns über die skandalöse Angelegenheit noch bekannt geworden sind. Nur das sei bemerkt: Die Siftierten durften sich nicht selbst befähigen, sie wurden der Leibbesichtigung unterzogen, ja sogar auf Insekten untersucht (dies geschah unter anderem der Frau Dr. Wienstod). Eine große Zahl bereits wieder freigelassener Personen wurde vor der Freilassung nach Verbrechensart in den bekannten drei Stellungen photographiert. Das ist z. B. auch mit dem Studenten Kroll geschehen.

Noch einige allgemeine Bemerkungen. Die Polizei versucht, aus durchsichtigen Gründen alles auf die russischen Studenten zu schieben. Eine ganze Zahl der Betroffenen sind aber keine Studenten, z. B. Frau Dr. Wienstod.

Von den Siftierten ist auch nicht ein einziger verhört worden; auch nicht an einen einzigen sind Fragen gestellt worden; keinem ist so Gelegenheit gegeben worden, sich zu rechtfertigen und in seinem Interesse zur Aufklärung beizutragen. Die Ausweisungen, die für alle Betroffenen sehr ernst sind, für manche geradezu eine Vernichtung der Existenz bedeuten, sind verhängt, ohne daß die geringste Möglichkeit einer Verteidigung gewährt worden wäre. Die Ausweisungen wurden mündlich eröffnet. Das Verlangen nach Mitteilung einer schriftlichen Ausweisungsbescheidung wurde, obwohl es gesetzlich zweifellos gerechtfertigt, scharf zurückgewiesen.

Und das Fazit? Die Haupt- und Staatsaktion der Polizei ist, trotz aller Verschleierrungsversuche, zerplatzt wie eine Seifenblase. Es bleibt nichts übrig, als eine grenzenlose Wamagie für die Polizei und ein erneutes Exempel rücksichtslosster Polizeiwillkür gegenüber harmlosen und schuldlosen Ausländern.

Wir rufen die öffentliche Meinung, soweit sie noch eine Empfindung für Kulturpflichten besitzt, soweit sie noch der Empörung gegen den Polizeisolutismus fähig ist, auf, sich unserem flammenden Protest gegen diesen neuesten Polizeiskandal großen Stills anzuschließen.

Vom fünften Parteitag der sozialdemokratischen Partei Rußlands.

Die Leser des „Vorwärts“ wissen schon, daß es dem Parteitag der russischen Genossen endlich gelungen ist, nach langem vergeblichen Suchen und Herumirren im gottlichen England Zuflucht zu finden. Am Abend des 13. Mai fand die Eröffnungsfest der Tagung, eingeleitet durch die Begrüßungsrede des provisorischen Präsidenten, Genossen Medjanow. Anwesend waren 279 vollberechtigte Delegierte, die annähernd 150 000 Parteimitglieder vertreten, und 43 Gäste mit beratender Stimme. Es entfallen auf die Fraktion der „Volschewiki“ mit Lenin und Alexinsky an der Spitze 81 Mitglieder, auf die Reuschewiki und das Zentrum mit Medjanow, Dahn, Kugelrod 80 Mitglieder, auf den Jüdischen Arbeiterbund 54 Mitglieder, die ebenso wie die 25 Delegierten der Lettischen Sozialdemokratie teils auf dem Standpunkt der „Reuschewiki“ stehen, teils die vermittelnde Stellung des Zentrums einnehmen; die 89 polnischen Sozialdemokraten schlossen sich durchweg den „Volschewiki“ an. Auch die nationalen Organisationen haben ihre besten Kräfte entsandt, so z. B. Abramowitsch und Medem vom „Lund“, Zysko von den Polen. Auf diese Weise gestaltet sich das Kräfteverhältnis auf dem Parteitag ähnlich, wie bei der letzten Parteikonferenz: keine der beiden Fraktionen hat das Übergewicht, und wieder sind es die nationalen Organisationen, von deren Stellung die oder jene Lösung jeder einzelnen Frage abhängen wird.

Die Wahl des Präsidiums, die Aufstellung der Geschäfts- und Tagesordnung nahm volle drei Tage in Anspruch, dank dem lebigen Fraktionskampf, der bei dem geringsten Anlaß zum Durchbruch kam und sehr scharfe Formen annahm. Die Präsidiumsfrage wurde schließlich dahin geregelt, daß von jeder Fraktion und nationalen Organisation ein Mitglied ins Präsidium berufen wurde. Desto heftigere Debatten entspannen sich um die endgültige Tagesordnung, als deren ersten Punkt die „Volschewiki“ das in der provisorischen Tagesordnung nicht vorgesehene Thema: „Die Rolle des Proletariats in der gegenwärtigen politischen Situation“ gestellt haben wollten. Jedoch lehnte der Parteitag den Antrag mit 142 Stimmen der Reuschewiki, des Bundes und der Letten gegen diejenigen der Volschewiki und Polen ab, mit der Begründung, daß bei der scharfen Gegenständigkeit der Ansichten die Debatten über eine solche abstrakte, allgemeine gehaltenen Frage fruchtlos sein und die Parteitag in einen bloßen Diskussionsklub verwandeln würden. Ebenso wenig günstig für die Volschewiki fiel die Entscheidung im zweiten, nicht minder leidenschaftlichen Kampf um die Tagesordnung. Als einer ihrer ersten Punkte war nämlich die Frage des sogenannten „Partisanenkampfes“ (Expropriationen, Kampforganisationen usw.) vorgesehen. In ihrem Erkenntnis zu dieser Kampfethode stehen aber die Volschewiki in der Partei ganz allein, so daß eine scharf mißbilligende Resolution des Parteitages so gut wie sicher ist. Um dem zu entgehen, versuchten die Volschewiki diesen Punkt der Tagesordnung dadurch unschädlich zu machen, daß sie beantragten, ihn als letzten zu setzen — und die letzten Punkte gelangen ertragungsgemäß aus Reimangel nie zur Verhandlung. Dieser Plan wurde aber vereitelt, der Antrag mit demselben Stimmenverhältnis wie zuvor abgelehnt, so daß über den Partisanenkampf zweifellos verhandelt werden wird, was angesichts der Aktualität dieser Frage von großer Wichtigkeit ist.

Der vierte Verhandlungstag war dem Bericht über richtiger den Berichten des Zentralen Komitees der Partei gewidmet. Der offizielle Bericht ist vom Standpunkt der Reuschewiki verfaßt,

da dieselben im Zentralen Komitee vorherrschen. Auf dem Parteitag selbst aber verlangte ein Mitglied des Zentralen Komitees, ein Volkswirt, Korrespondent zu sein, um seine Ansichten über die Tätigkeit des Zentralen Komitees darlegen zu können. Trotz aller südlichen Gründe, die dagegen angeführt wurden, gelang es dem Volkswirt, diesmal ihren Willen durchzusetzen. Aber das hatte zur Folge, daß auch ein drittes Mitglied des Zentralen Komitees, der weder den Standpunkt der Volkswirt, noch den der Volkswirt vertritt, dasselbe Recht für sich in Anspruch nahm, und billigerweise mußte es ihm gewährt werden. So bekam der Parteitag statt einem — ganze drei, von verschiedenen Standpunkten verfaßte Berichte des Zentralen Komitees zu hören.

So gehen denn die Arbeiten des Parteitags infolge der nicht endemwollenden Fraktionsreitereien nur langsam vorwärts und es wird einer großen Energie der nationalen Organisationen bedürfen, um in der ihnen zufallenden unanfechtbaren Rolle des Vermittlers zwischen den beiden streitenden Parteien zu sitzen und den Parteitag aus dem Sumpf kleinlicher Debatten zu wirklich fruchtbringenden Arbeiten und Beschlüssen zurückzuführen.

London, 24. Mai.

(Privatebeichte des „Vorwärts“.)

Die entscheidende Frage des Kongresses war, ob er Direktiven für die künftige Tätigkeit der Dumafraktion in die betreffende Resolution aufnehmen solle. Die gegen diesen Antrag Opponenten erließen darin ein Mißtrauensvotum für die Fraktion. Für Annahme einer solchen Resolution stimmten Volkswirt, Polen und ein Teil der Letzen (145 Stimmen), dagegen: Menschewitz (städtischer Arbeiterbund) und ein Teil der Letzen (154 Stimmen), bei einer Stimmenthaltung. Den Sieg trug also in dieser Kardinalfrage die Richtung der Menschewitz davon.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Mai 1907.

Freisinnige Kommunalagrarien.

Das sich lebt, neckt sich. Die „Kreuzzeitung“ mokiert sich über das „agitorische Geschrei“ gegen den Fleischwucher durch die Feststellung der freisinnig nicht ganz unbekanntem Tatsache, daß ja auch freisinnig verwaltete Kommunen ihr Teil dazu beitragen, die Fleischpreise künstlich zu erhöhen. In der Agitation gegen den agrarischen Fleischwucher habe sich seinerzeit auch besonders die freisinnige Stadtverwaltung von Breslau hervorgetan. Dabei aber sei im Jahre 1906 in Breslau an Vieh-, Fleisch- und Schlachtsteuer der Betrag von circa 2 Millionen Mark erhoben worden. Da Breslau circa 400.000 Einwohner zähle, betrage also die von der freisinnigen Kommunalverwaltung erhobene Schlachtsteuer pro Kopf der Bevölkerung nicht weniger als 5 Mark. Diese agrarische Rechnung, die von der „Deutschen Tageszeitung“ noch spezialisiert wird, stimmt mit. Neben anderen freisinnigen Kommunalverwaltungen verdient speziell Breslau die zweifelhafte Anerkennung, durch eine derartige Konsumsteuer auf das notwendigste Lebensmittel seine Bewohner auszubehnten. Dies haltum ist freilich in der sozialdemokratischen Broschüre „Eugen Richters Sozialistenpiegel“, die im Jahre 1903 herausgegeben wurde, bereits festgenagelt worden. In der genannten Broschüre wurde festgestellt, daß in Breslau gerade freisinnige Volksparteiler den Ausschlag für die Beibehaltung dieser Schlachtsteuer gegeben haben!

Es ist also richtig, daß der Kommunalfreisinn agrarische Praktiken heizt. Freilich ist er nur ein Waffenname gegen unser konservatives Agrarierum. Während die freisinnige Schlachtsteuer in Breslau den Fleischkonsum pro Kopf immerhin nur mit 5 M. belastet, versteht es unser Agrarierum durch seine Politik der Grenzsperrn und der Fleischmonopolisation die doppelte oder dreifache Belastung pro Kopf herbeizuführen! Daß sich trotz alledem der Freisinn mit dem Agrarierum zu einem Regierungsbündnis zusammengesunden hat, wagt die Verantwortung auch für die agrarische Auswucherung des Volkes auch auf den Freisinn!

Schöne Seelen pflegen sich eben zu finden! —

Arbeiterfreundliche Freisinnlogik.

Das Organ des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hatte, wie wir unseren Lesern mitteilen, die erfreuliche Tatsache festgestellt, daß durch die Tätigkeit der Organisation für Berlin in den letzten zehn Jahren erhebliche Lohnsteigerungen durchgeführt wurden. Der Wochenlohn der Rolltischler stieg in dieser Zeit von 15 bis 18 auf 25 bis 28 M., ausnahmsweise sogar auf 30 M. Erheblicher noch waren die Steigerungen der Löhne der Mülltischler, Metalltischler und Arbeitstischler. Die freisinnige „Breslauer Zeitung“ registriert diese Mittelung und bemerkt dazu:

„Was wird aber der „Vorwärts“ zu dieser beispiellosen „Verelendung“ der Arbeiterschaft sagen?“

Wir wollen das dem freisinnigen Blatte gern verraten. Der „Vorwärts“ meint, daß es keinen drastischeren Beweis für den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation geben kann, als diese Tatsachen! Aber auch keinen drastischeren Beweis für die schamlose Ausbeutung der Arbeiter, sofern diese sich nicht endlich zu kräftigen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaftsorganisation zusammenschließen! Millionen und aber Millionen haben die Berliner Transportunternehmer aus den Arbeitern herauszuschlagen vermocht, bevor die Gewerkschaftsorganisation bereit war, daß sie günstigere Arbeitsbedingungen durchzusetzen vermochte. Daß die Unternehmer aber trotz der gesteigerten Arbeitslöhne noch immer prosperieren können, beweist ja gerade die Tatsache der ungeheuren Erhöhungen der Arbeitslöhne!

Statt daß das freisinnige Organ diese auf der Hand liegenden Tatsachen ebenfalls konstatierte, und den Arbeitern den Beitritt zu den Gewerkschaftsorganisationen empfiehlt, schwagt es von der „überaus günstigen Gestaltung der Arbeiterlöhne“, die durch das Ergebnis der Lohnsteigerung der Transportarbeiter bewiesen sei. Das Blatt tut also, als ob eine gleiche oder auch nur annähernd ähnliche Lohnsteigerung auch in den übrigen Gewerben erfolgt sei. Es konstatiert also eine Legende von den in Ueberfluth schwelgenden Arbeitern, während es, sofern es der Wahrheit die Ehre gäbe, sich über die frühere Ausbeutung der betreffenden Arbeiterschaft enträsten müßte.

Das ist aber echt freisinnig. Diese freisinnige Prestidivertierung ist ganz in der Ordnung; das erstaunliche ist nur, daß es trotzdem noch Arbeiter gibt, die in dem Wahne leben, daß dieser Freisinn Arbeiterinteressen vertritt! —

Der Judaslohn.

Der Freisinn hat mit dem Fleischwucherertum und den freikonservativ-nationalliberalen Flottenfeyern und Kolonialphantasien seinen Bloßfrieden geschloffen, um angeblich eine „neue liberale Ära“ einbinden zu helfen. Er verzichtete auf den Kampf gegen Brot- und Fleischwucher, er bewilligt unbedenklich jede Flottenforderung, er sagt

zu jeder Kolonialforderung Ja und Amen! Diese Dpfer bringt der Freisinn, um — die Regierung in ein liberales Fahrwasser hineinzulocken. Auf dem Gebiete der Zoll-, Flotten- und Kolonialpolitik sind also alle Unterschiede mit der Reaktion ausgelittet. Denn der wahre Liberalismus ist ja nicht von dieser Welt der Realpolitik, seine Zukunft liegt im Reiche der idealen Politik der Geistesfreiheit. Eine wunderbare „Politik“!

Noch wunderbarer aber wird diese Politik kulturkämpferischer Ideologie, wenn man die Glossen der konservativen Bloßverbündeten des Freisinnes dazu hört. So kommentiert jetzt das freisinnige konservative Organ, die „Kreuzzeitung“, die freisinnig-national-katholische Koalition in Bayern folgendermaßen:

Gerade der Liberalismus, der neuerdings auf kulturkämpferischem Gebiete die verjüngende Kraft, auf die er so lange schon vergeblich hoffte, gewinnen zu können glaubt, hat zur Verschärfung des konfessionellen Aders sehr erheblich beigetragen. Sollte es Pfarrer Grandinger aber gelingen, einen mächtigen Einfluß auf die kirchlichen Elemente des Liberalismus im allgemeinen und die kulturkämpferischen im besonderen zu üben, so könnte es ja möglich sein, daß der Segen aus seiner Kandidatur erblüht, den die Liberalen schon jetzt so wortreich als gewiß hinzustellen suchen. Aber ehe sich nichts von diesem prophetischen Erfolge zeigt, kann kein nüchternes Beobachter daran glauben.

Der Freisinn hat also der „liberalen Ära“ zuliebe all seine Traditionen auf schuppigerem, mariniertem und kolonialpolitischen Gebiete verleugnet, um wenigstens eine neue Ära „liberaler Geistesfreiheit“, einen neuen „Kulturkampf“ heraufzubekommen. Und jetzt erklärt ihm die „Kreuzzeitung“ mit dünnen Worten, daß er auch auf diesem Gebiete reiflos seine liberalen Tendenzen preisgeben müsse, um auch ferner als Bloßverbündeter geduldet zu werden!

So bleibt denn für den Freisinn kein anderer Lohn für seine Bloßliebessdienste übrig, als die Vereinerung der liberalen Vorkreuzer auf Kosten des schamlos ausgebeuteten und geistig geluebten Volkes! —

Liberaler Rechtsgleichheit.

Aus Anlaß der Wahlen in Oesterreich schreibt die national-liberale „Ragdeburgische Zig“:

Es ist ein neuer Beweis dafür geliefert, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht den Kampf der politischen Kräfte und Interessen für schwarz und rot entscheidet, und daß der Geschädigte dabei immer der Liberalismus ist. Wenn es den bürgerlichen Parteien im Reiche mit größter Anstrengung gelungen ist, die verderbliche Entwicklung in dieser Richtung aufzuhalten, so würde diese Entwicklung alsbald wieder ins Rollen kommen, wenn die Energie des Widerstandes nachlässe. Wenn an dieser Lage im Reiche nichts geändert werden kann und soll, so wäre es doch angebracht, der immer und überall gemachten Erfahrungen verhängnisvoller Dollinarismus, wenn liberale Parteien sich darauf verstehen wollten, auch in den deutschen Einzelstaaten die Reform des Wahlrechts nach der radikal-demokratischen Skizze zuzuschneiden, statt den realen Kräften des Volkslebens wenigstens hier zu vollstem Rechte zu verhelfen.

Ein offenes Geständnis, daß die liberalen „Prinzipien“ weiter keinen Zweck haben, als den liberalen Parteien Vorteile zuzuwenden, und — sobald sie das nicht tun — aber Vord geworfen werden, nicht etwa in augenblicklicher Mißstimmung, sondern „aus Prinzip“. Dem entspricht ja auch der bekannte Wahlrechtsentwurf der preussischen Nationalliberalen. Nicht ohne Bedeutung ist es, daß demgegenüber der neue Entwurf der „entschiedenen Liberalen“ nur ein paar unbestimmte Redensarten über die „volle Rechtsgleichheit“ enthält, aber keine klare und positive Formulierung einer demokratischen Wahlrechtsforderung. Das dürfte kein bloßer Zufall sein, da ja der Rufus von dem Wahlrecht in Preußen redet und zugleich den „entschiedenen Liberalismus“ als „sichersten Damm gegen eine sozialdemokratische Ueberflutung“ in empfehlende Erinnerung bringt! —

München-Glabbacher Erfahrungen.

In der christlichen Arbeiterbewegung gibt es sehr strebsame Leute. Unter der hohen Güternschaft des Zentrums und des katholischen Volksvereins sind manche schlichte Männer gar schnell zu Ansehen und Würden gelangt. Was wunder, daß das andere zur Racheiferung reizt, auch dann, wenn ihre Befähigung im ungeschulten Verhältnis zu ihrem Ehrgeiz steht. In dieser Beziehung scheint man in München-Glabbach allgemach doch recht unliebsame Erfahrungen gemacht zu haben und man sieht sich veranlaßt, in Zukunft darauf zu sehen, daß der christliche Weg nicht Schaden leidet unter dem überreichlichen Mah von Spreu. Wie nämlich der „Deutsche Metallarbeiter“, ein christliches Gewerkschaftsblatt, mitteilt, wird auf die Auswahl der zu den München-Glabbacher Unternehmern zugelassenen jezt eine große Sorgfalt gelegt, um auf diese Weise „dem Streberum entgegenzuwirken.“ Das Blatt schreibt hierzu:

„Was in den letzten Jahren in unserem Lager besonders auffallen mußte, ist der ungeheure Andrang zu den volkswirtschaftlichen Kursen, die von katholischer wie evangelischer Seite jezt alljährlich veranstaltet werden. An sich wäre dies ja erträglich, wenn damit nur das Bildungsbedürfnis der betreffenden Arbeiter und der Frau, für die Gesamtheit zu wirken und zu kämpfen, damit zum Ausdruck käme. Aber dem ist leider nicht immer so; manchem soll der Rufus nur der Steigbügel sein für einen längst ersehnten Beamtenposten und da drängen sich sehr oft Leute vor, denen jede Befähigung für eine derartige Stellung abgeht.“

Das Blatt hält es für nötig, bedenklchen Ermahnungen, die den Idealismus herabdrücken oder zerstören können, beizeiten entgegenzutreten; es spricht von einer „unangebrachten Streberei nach Aufstellung als Gewerkschaftsbeamte oder Arbeitersekretäre“, von Leuten, die es verheissen, in konfessionellen Vereinen durch absolute Unfähigkeit beim Aleras sich in ein gutes Licht zu setzen, um sich auf diese Weise für eine Anstellung zu empfehlen.“ Das Blatt gibt nun eine längere Anweisung, welche Bedingungen ein Gewerkschaftsangehöriger zu erfüllen habe und schließt dann:

„In den hier aufgestellten Normen wissen wir uns vollständig eins mit der Meinung des W. Glabbacher Kurus... Die gewissenhafte Erfüllung der Teilsnehmer wird in Zukunft hoffentlich noch sorgfältiger gehandhabt, um alle Streber und unfähigen Elemente fernzuhalten. Wie es bisher vielfach gegangen hat, war es mehr als bedauerlich. Wir kennen Leute, die sich durch absolute Unfähigkeit bei ihren Vereinstellern die Teilnahme an einem Kursus zu ermöglichen gewußt haben, aber nachher ebensowenig, d. h. praktisch gar nichts für unsere Bewegung leisten.“

Wie man sieht, sind die Christlichen, die sich so gern als die bevorzugten Inhaber aller Tugenden anpreisen, im Grunde auch nur Menschen und sie hätten, wenn sie ehrlich sein wollten, gar nicht nötig, den Mund über die Mahen weit aufzureißen, wie man es bei ihnen gewohnt ist. —

Neuzeit im dritten odenburgischen Reichstagswahlkreis notwendig. Der Zentrumsbundordnete Burslage ist zum Reichsgerichtsrat befördert worden. Damit ist eine Neuwahl in dem von ihm vertretenen Wahlkreis Delmenhorst notwendig. Burslage wurde am 25. Januar mit 16188 Zentrumstimmen gegenüber 4003 frei-

stimmigen, 3215 sozialdemokratischen und 1613 national-liberalen gewählt. —

Vom gleichen Recht für alle.

Man berichtet uns aus der Stadt Halle a. S., die sich auf ihre „liberale Verwaltung“ immer viel zugute tut: Die Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes, etwa 400 Teilnehmer, wollten gelegentlich ihres Bezirksturnfestes am 16. Juni einen kleinen Umzug durch einige entlegene Straßen veranstalten. Die Polizei verbot die Erlaubnis zu dem Festzuge aus — verkehrspolizeilichen Gründen. Was man nämlich nicht definieren kann, liegt man bei den Arbeitern als Verkehrsflutung an. Am demselben 16. Juni beginnt hier auch das 23. deutsche Bundesfest und da ziehen Tausende von Schützenbrüdern im geschlossenen Zuge mit Trumphwagen und dergleichen Stempel durch die verkehrreichsten Straßen der Stadt, und das Stadtoberhaupt, so verkennt schon seit Wochen die bürgerliche Presse, wird bei Uebergabe der Fahne auf öffentlichem Markte an die Schützenbrüder eine Rede halten. Der Festzug wird aus verkehrspolizeilichen Gründen nicht unterjagt werden, weil Schützenbrüder keine Arbeiterturner sind! —

Wie man im Reichslande germanisiert.

Am Pfingstfeste hatte ein bürgerlicher Radfahrerverein in Ruprechtsau bei Stralburg Fahnenweihe. Zur Feier war auch eine Deputation französischer Sportsportgenossen aus Montbéliard erschienen, die als Angebinde ein Fahnenband mit den französischen Farben blau-weiß-rot mitbrachten. Dies sah den Polizei furchbar staatsgefährlich, und erst nach langen Schereereien durfte das Band an der Fahne befestigt werden, aber — verkehrt. Vor einigen Jahren hatte nämlich die Polizei entdeckt, daß sich die Farben der französischen Flagge bei einer verkehrten Stellung in die Farben der holländischen Flagge rot-weiß-blau verwandeln. Und da diese nicht so staatsgefährliche sind, so gestattet die Polizei gnädigt, daß die französischen Abzeichen verkehrt getragen werden dürfen! Noch mehr aber als dieses Farbenband hatte es der Polizei eine Tafel angetan, die ein Einwohner zum Willkommensgruß an der Begrüßungsstelle angebracht hatte. An Stelle des deutschen „Herzlich willkommen!“, das die französischen Gäste schließlich nicht hätten lesen können, stand auf dieser Tafel die unheimlichen Worte: „Soyez bien venus!“ Ein Wachtmeister, der sich erst nach der Bedeutung des Spruches erkundigte, sah den deutschen Staat schon purzeln und ordnete die Entfernung der Tafel an. Die französische Jubation war wieder einmal vom Esaj ferngehalten! —

Italien.

Gegen die Verpöpfung.

Am 24. Mai. In einer stürmisch verlaufenen Versammlung der Studenten wurde gestern Abend eine Resolution angenommen, in welcher das Einberufen der Regierung mit den Liberalen einer scharfen Kritik unterzogen wird. Nach der Versammlung kam es zwischen den verschiedenen Parteien innerhalb der Studentenschaft zu Zusammenhören, wobei viele Personen verletzt wurden. Vor der Wohnung Giottis wurden Verletzte aufgebracht. Eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

Regel, 24. Mai. Auch hier kam es nach einer studentischen Demonstration zu ersten Strahenerzessen. Ein Unteroffizier der Carabinieri, welcher den Studenten lässlich angegriffen worden war, feuerte einen Revolvererschuss auf diese ab, wodurch der Tumult noch verstärkt wurde. Mit Mühe gelang es, die Ordnung wieder herzustellen.

Indien.

„Veruhigung.“

Die „Tribune“ meldet aus Kalkutta: In Jamulpur wurden sieben mohammedanische Ruhestörer zu Gefängnisstrafen von 12 bis 18 Monaten verurteilt. In Baffigan fanden 23 Verurteilungen statt zu Strafen von zwei Monaten bis zwei Jahren Gefängnis; ein Mann wurde zu zehn Rutenhieben verurteilt.

Die russische Revolution.

Petersburg, 24. Mai. Die Regierung ist entschlossen, auf Grund des erbrachten „Beweismaterials“ 36 Deputierte der Linken zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen und bis zur Gerichtsverhandlung deren Ausschließung aus der Duma zu verlangen.

Robitschoffs Vertrauensvotum für die Regierung.

Petersburg, 24. Mai. (W. L. W.) Reichsduma. Das Haus beschloß sich mit der von einer Kommission ausgearbeiteten Vorlage; dem Ministerium des Innern 17½ Millionen zur Unterstüßung der von Hungernot betroffenen Gebiete zu bewilligen. Die Redner der Linken lehnen den Antrag mit der Begründung ab, der Regierung nicht Geld des Volkes anvertrauen zu wollen. Die Redner der Rechten und der Rechten ermahnen die Linke, die Politik bei dieser Frage, bei der es sich um eine reine Hilfeleistung für die hungernde Bevölkerung handele, aus dem Spiele zu lassen. Besonders Robitschoff wendet sich an die Linke und tabelt deren Taktik. Da für die Rede Robitschoffs zehn Minuten ausgelegt sind, wird er nach Ablauf dieser Zeit von dem Dumapresidenten unterbrochen. Die Mehrheit des Hauses bringt jedoch darauf, daß Robitschoff in seiner Rede fortfährt. Robitschoff sagt den Sozialisten: „Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich nicht Ihren Mangel an gesundem Menschenverstand besitzen kann. Ich hoffe aber zum mindesten, Ihr Gewissen zum Schlagen zu bringen.“ (Widerpruch links.) Redner erklärt, das ganze Land würde die Duma der Gleichgültigkeit gegenüber der Not der Bauern beschuldigen, wenn sie sich weigere, den Kredit zu bewilligen; man dürfe sich nicht allein an die Tatsache halten, daß Kurso unredlich war. Die Regierung habe die Anklage gegen ihn erhoben. Die Regierung werde nun sagen können, daß gerade die Duma den Leuten die Hilfe verweigert habe. Redner schließt: „Verlassen Sie Ihre bisherige Taktik, wählen Sie einen anderen Weg, erheben Sie sich auf einen nationalen Standpunkt. (Beifall rechts und in der Mitte.) Den Kredit für die Hungernot verweigern, ist ein Verbrechen oder ein Werk der Torheit.“ (Der Redner ist sehr erregt; seine Rede macht großen Eindruck.)

Sturmzeichen.

Mit dem russischen Frühling beginnen auch wieder in vielen Gouvernements die Agrarunruhen. Es steht noch abzuwarten, welche Form die Unruhen in diesem Jahre vorherrschend annehmen werden. Bisher sind Belarbeiterkreuzen am häufigsten. Nach den Meldungen, die im Ministerium des Innern einliefen, nehmen diese Kreuze an Umfang täglich zu und haben sie bis jezt folgende Kreuze ergriffen: Selsk, Malo-Berchangel in Gouvernement Orel, Bludow im Gouvernement Tschernigow, Putine, Gajow, Jatsch, Schirg im Gouvernement Kursk, Kremenez im Gouvernement Wolhynien und einige Kreuze in den Gouvernements Ekaterinoslaw, Kasan, Niw und Winsk. Hauptächlich werden folgende Forderungen gestellt: Reduzierung der täglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden, Lohnerhöhung, rechtzeitige Lohnauszahlung und menschliche Behandlung.

Im Kreise Benewal (Gouvernement Tula) ist es schon zu blutigen Konflikten gekommen. Auch im Kreise Altarsk (Gouvernement Saratow) gärt es bedenklich. Die Bauern der umliegenden Dörfer verjagen die auswärts angeworbenen Arbeiter des Gutes von Schirsischenlo. Der Bigogouverneur und die obligaten Kosaken sind schon eingetroffen und „beruhigen“ die Bevölkerung. — Im Kreise Winsk regierten sich die Bauern auf dem Gute von Janischewsk, zu den jezt festgesetzten niedrigen Lohnsätzen zu arbeiten und liegen die benachbarten Bauern nicht

zur Arbeit zu. Die schleunigst requirierten Landpolizisten gaben auf die streikenden Bauern eine Salve ab und verwundeten sechs von ihnen, darunter zwei tödlich. In einigen Dörfern des Kreises Olgopol sind heftige Unruhen ausgebrochen usw.

Die „Ruffi“ meldet, sind im Ministerium des Innern von den Gouverneuren von Saratow, Tambow und Tula in letzter Zeit Berichte eingelaufen, in denen auf die Unzulänglichkeit des Kontingents der Landpolizisten („Straßkrieger“) zur Unterdrückung der sich immer mehr ausbreitenden Agrarunruhen hingewiesen wird. Da vielerorts die Landpolizisten gegen die Bauern nicht mit der „nötigen Strenge“ vorgehen wollen und ihren Dienst niederlegen, so bitten die genannten Gouverneure um Entsendung von Kosakenabteilungen!

Diese Meldungen ließen sich noch fortsetzen, es ist aber aus den angeführten deutlich genug ersichtlich, daß alle Versicherungen von der „Beruhigung“ der Bevölkerung leeres Gerede sind. Es wäre natürlich verfrucht, aus den Anfängen der Bewegung irgendwelche weitgehenden Schlüsse zu ziehen, aber das eine kann festgestellt werden, daß parallel mit der anschwellegenden Streikwelle in den Städten und mit der Erstarkung des revolutionären Geistes der Arbeiter, von der die grandiose Märsche dieses Jahres bereits Zeugnis abgelegt hat, auch auf dem flachen Lande der ökonomische Kampf sich auspricht und — entsprechend der sozialen Struktur der Bevölkerung — entweder zu halbwegs organisierten Ausständen oder zu Waldjagden, Brandstiftungen, Plünderungen der Gutshöfe führt. Charakteristisch in dieser Hinsicht ist es, daß aus einigen Kreisen der sibirischen Gouvernements von Mairfeiern der Landarbeiter berichtet wird! So legten die Arbeiter auf dem Gute des Fürsten Kotschubei (Gouvernement Sibirien) am 1. Mai die Arbeit nieder und beriefen eine Versammlung, an der eine ungeheure Volksmenge teilnahm. Ähnliches wird aus anderen Kreisen berichtet.

Soziales.

Eine Verführung gegen Vertragsbruch auf Kosten der Angestellten hat sich auf eigenartige Weise die Agentur- und Kommissionsfirma Kaufmann Söhne, die ihren Sitz in Berlin hat und Filialen in Stuttgart und Jekaterinostaw in Rußland unterhält, zu schaffen gewußt. Sie engagierte im Jahre 1902 den Handlungsgehilfen Julius Leistner für das russische Zweiggeschäft zu folgenden Bedingungen: L. sollte Kost, Logis und Kleidung von der Firma erhalten, und außerdem ein monatliches Gehalt von 50 M., das ihm aber nicht sofort in bar bezahlt werden, sondern auf ein für ihn bei der Stuttgarter Firma eingerichtetes Konto gutgeschrieben werden sollte. Auszahlungen war ihm das aufgesammelte Geld erst drei Jahre nach seinem Austritt, und auch nur dann, wenn er in der Zwischenzeit in kein Konkurrenzgeschäft eintrete. L. hielt nun diese harten Bedingungen nach seinem Austritt aus der Firma getreulich ein. Als er aber Ende vorigen Jahres, nach Ablauf der dreijährigen Frist, sein Guthaben abheben wollte, verweigerte ihm die Firma unter nichts sagenden Einwänden die Auszahlung. Er forderte daher gestern vor dem Kaufmannsgericht 304 M. Befrag, was ihn zur Einbehaltung des Geldes und zur Stipulierung eines derartigen Vertrages veranlaßt habe, erklärte der Chef der Firma: vereinbarte Konventionalstrafen gegen Handlungsgehilfen seien doch meist illusorisch, da gewöhnlich bei letzteren nichts zu holen sei. So konnte ihm aber das zurückbehaltenen Gehalt als genügende Sicherheit dienen. Obgleich er nicht bestritt, daß der Kläger den Vertrag innegehalten habe, erklärte er, „er fühle sich nicht verpflichtet“ den Betrag auszugeben.

Das Kaufmannsgericht wäre zweifellos zu einer Verurteilung des Beklagten in voller Höhe gekommen, merkwürdigerweise kam aber ein Vergleich zu Stande, nach welchem sich der Kläger mit einer Zahlung von 120 M. Gehalt und 50 M. Zinsen für fünf Jahre zufriedengab. Der uns zugegangene Bericht läßt leider nicht erkennen, ob das Gericht einen solchen Vergleich angeregt hat.

Gewerkschaftliches.

Was sagen dazu unsere Ost-Elbier?

Die Landarbeiter der italienischen Provinz Parma, eines Distriktes, der noch vor wenigen Jahrzehnten mit dazu beitrug, die deutsche Arbeiterbewegung durch Entsendung von Streikbrechern zu schädigen, haben sich dank der sozialistischen Schulung zum gemeinsamen Auftreten gegen ihre Bedrücker aufgeschlossen. Und der Kampf, an dem gegen 32 000 Personen beteiligt waren, endete siegreich! Noch mehr als das: er hatte einen Erfolg, der im ostelbisch regierten Deutschland für unmöglich erklärt werden muß: die Landarbeiter errangen einen elfstündigen Maximalarbeitstag! Der Maximalarbeitstag gilt auch für das Hofgejende!

Dier haben unsere Agrarier die Lösung der Arbeiterfrage! So lange die ländlichen Arbeiter Italiens nicht in der Lage waren, durch die Macht der Koalition günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, verließen sie in Scharen das Land, anderwärts auch als Lohnbrüder immer noch bessere Verhältnisse erhoffend. Jetzt bleiben sie im Lande, dort an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse arbeitend.

Man gebe den deutschen Landarbeitern das Koalitionsrecht und die „Arbeiterfrage“ ist — soweit dies innerhalb der modernen Gesellschaft möglich ist — für beide Teile gelöst!

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Hinter verschlossenen Türen hielten gestern nachmittag und abend die Unternehmer, die zum Verband der Bauverträge von Berlin gehören, eine Versammlung im Architektenhaus in der Wilhelmstraße ab. Der Vorstand hielt eine geheime Sitzung schon um 6 Uhr ab, die Mitglieder versammelten sich um 7 Uhr unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit.

Bei den lokalorganisierten Bauhandwerkern sind nur geringe Abweichungen von den gestrigen Meldungen zu verzeichnen. So stehen bei den Zimmerern jetzt 629 Mann auf der Liste der Ausgesperrten und Arbeitslosen (gestern 620 Mann), 449 von den erfteren (gestern zu niedrig angegeben) und 180 von den letzteren.

Bei den Bauhilfsarbeitern sind 20 Mann hinzugekommen, welche die Arbeit niedergelegt haben, weil teilweise Aussperrungen stattfanden; die Gesamtzahl der Ausgesperrten und Arbeitslosen beträgt 450.

Die Maurer waren gestern mit 1031 Ausgesperrten und Arbeitslosen verzeichnet, jetzt stehen 1035 auf der Liste.

Achtung, Steinarbeiter Berlin II! Die infolge der Bauarbeiteraussperrung arbeitslos werdenden Kollegen haben sich am Tage ihrer Entlassung abends von 6 Uhr an bei Faber, Stephanstr. 11, zu melden. Die Ortsverwaltung.

Die Zuschneider und Zuschneiderinnen der Herren- und Knabenkonfektion hatten gestern abend in einer Mitgliederversammlung, die Dräsel großen Saal füllte, darüber zu entscheiden.

ob am heutigen Sonnabend die Arbeit eingestellt werden sollte. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, über die Käming berichtete, haben bis jetzt zu keiner Einigung geführt, doch sind die Arbeitgeber über ihr erstes ganz unannehmbares Angebot hinausgegangen. Die Vorschläge, die darauf von den Arbeitnehmern als letztes Angebot gemacht wurden, erklärten sich die Arbeitgeber anherstehen annehmen zu können. Sie mühten sich erst mit ihren Mandatgebern verständigen, und zwar in einer Versammlung am nächsten Dienstag. Am Mittwoch sollte von neuem verhandelt werden.

Im Laufe der gestrigen Versammlung ließen nun noch weitergehende Zugeständnisse der Arbeitgeber ein. Der Referent empfahl nun der Versammlung, in Erwartung, daß die weiteren Verhandlungen ein annehmbares Ergebnis bringen werden, die Kündigungsfrist bis zum Mittwoch zu verlängern und an diesem Tage in einer neuen Versammlung die Entscheidung zu treffen.

In der Diskussion machte sich heftiger Widerspruch gegen diesen Vorschlag geltend. Mehrere Redner sprachen entschieden dafür, die Arbeit Sonnabend niederzulegen. Die Versammlung beschloß jedoch, die Kündigungsfrist bis zum Mittwochabend zu verlängern. — Die Forderungen sind übrigens von 20 Firmen bewilligt. Im ganzen kommen 64 Firmen in Betracht, bei denen ungefähr 400 Zuschneider und Zuschneiderinnen tätig sind.

Lohnbewegung im Fleischergerwerbe.

In einer vom Zentralverband der Fleischer einberufenen Versammlung der Schlächtergehilfen Berlins und Umgegend referierte Krause über: „Die Notwendigkeit einer Statistik über die Logisverhältnisse im Berliner Fleischergerwerbe“. Redner führte etwa aus: Das Publikum könne sich fast durchweg keine Vorstellung machen, wie und wo die Fleischergehilfen vielfach kampieren mühten. Es sei daher sehr angebracht, über diese Verhältnisse eine Statistik anzunehmen, um auch der breiten Öffentlichkeit zeigen zu können, wie die Lage der Gesellen in diesem Beruf in Wirklichkeit sei. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung beauftragt den Vorstand der Ortsverwaltung Berlin, die Aufnahme der Statistik über die Logis- und Arbeitsverhältnisse zu beschleunigen und die Frage einer Lohnbewegung für Berlin dabei in Betracht zu ziehen und in der nächsten Versammlung darüber Bericht zu erstatten.“

Märchen-Erzähler.

In Nr. 119 der Charlottenburger „Neuen Zeit“ vom 24. Mai 1907 ist unter der Stichmarke „Wer hat Märchen erzählt“ veröffentlicht, daß der Müllkutscher Friedr. Paulleit zu einer Woche Gefängnis verurteilt sei, weil er arbeitswichtige Müllkutscher der Charlottenburger Müllabfuhr beschimpft, bedroht, mit Steinen beworfen und dergleichen „anarchistische, nihilistische“ Taten begangen habe.

Dazu ist folgendes mitzuteilen, daß erstens der Müllkutscher Paulleit kein organisierter Kutscher war, daß zweitens der Kutscher Paulleit mit der Aussperrung überhaupt nichts zu tun gehabt hat.

Auf Grund dieser Tatsachen wird wohl jeder Leser feststellen, wo der wirkliche Märchenerzähler sich befindet, nämlich im Rathaus zu Charlottenburg und in der Berlinerstr. 128.

Die Kommission der ausgesperrten Müllkutscher.

Deutsches Reich.

Achtung, Fabrikarbeiter! Der Streik in der Zementfabrik Hodejuch-Finkenwalde bei Stettin dauert fort. Wir bitten den Zugang nach dort fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Das Streikkomitee.

Bewegungen im Töpfergerwerbe.

Langwierige Kämpfe hat zurzeit der Verband der Töpfer zu führen. Schon seit geraumer Zeit kämpfen die Töpfer um Verbesserung ihrer Lebenslage in Coswig in Anhalt, Böllitz in Pommern und Guben. Abwehrkämpfe werden geführt in Bülow in Pommern, Giesenbrügge, Crinitz, Beben in Hannover und in Thorn. — In neuerer Zeit ist in Danzig ein Generalstreik ausgebrochen, da die Unternehmer sich zu keinerlei Zugeständnissen bequemen wollen. Zugang nach allen angeführten Orten ist streng fernzuhalten. —

Zum Streik der Seelente im Nord- und Ostseegebiet.

Der bereits seit Anfang Mai im Ostseegebiet — soweit die Hafengebiete Flensburg, Kiel, Apenrade, Lönning, Schleswig, Rendsburg, Remel, Königsberg und Danzig in Frage kommen — andauernde Streik der Seelente hält noch unverändert an und soll mit zäher Ausdauer fortgeführt werden.

Nunmehr ist der Streik der Seelente auch im Nordseegebiet ausgebrochen und erstreckt sich dort auf Hamburg, Altona, Bremen und Bremerhaven.

Es ist ein gewaltiger und riesiger Kampf, den die Seelente in diesem Jahre mit dem prohinen Redertum führen. Ein Kampf, wie ihn die Seelente Deutschlands bisher noch nicht führten und wie ihn auch die Seelente irgend eines Landes bisher noch nicht geführt haben.

Der vom Seemanns-Verband in Deutschland geleitete Streik ist das ausschließliche Werk der Reeder im Nord- und Ostseegebiet insofern, als sie es in der Hand gehabt hätten, ihn zu verhüten, wenn sie sich nicht in ihrer prophanen Kurzsichtigkeit den organisierten Seelenten und ihren bescheidenen Forderungen gegenüber auf einen so schroff ablehnenden Standpunkt gestellt hätten. Der Streik ist auch insofern das Werk des im Februar unter Leitung des Hamburger Scharfmachers Herrn Albert Vallin gegründeten „Zentralvereins der Reeder“, als dessen Hauptzweck es den Reedern der einzelnen Hafengebiete strikte verboten haben, mit Vertretern des Seemannsverbandes in irgend welche mündlichen Verhandlungen einzutreten. Nach der Richtung hin wird von den großkapitalistischen Scharfmachern der Reeder in Hamburg und Bremen ein Terrorismus ausgeübt, der bisher unübertroffen sein dürfte. Hätten sich die Reeder des Ost- und Nordseegebietes zu Verhandlungen mit Vertretern des Verbandes begnügt, mit von den Seelenten selbst gewählten Kommissionen bereit erklärt, hätten sie den Seelenten gegenüber Entgegenkommen gezeigt, es wäre nicht zum Streik gekommen, aber der Streik wäre nach kürzester Dauer beendet.

Die Forderungen der Seelente sind äußerst minimal und durchaus berechtigt. Für das Ostseegebiet fordern sie eine Erhöhung der Monatsgehütern von 60 M. auf 65 M.; für das Nordseegebiet fordern sie eine einheitliche Regelung der Heuerhöhe und außerdem eine minimale Erhöhung der Heuern. Für große und transatlantische Fahrten wird für die in den Ostseehäfen beheimateten Schiffe eine einheitliche Heuer von 70 M. für Matrosen und Deizer gefordert. Für das Nord- und Ostseegebiet wird ein gemeinsamer Ueberstundenlohn von 50 Pf. gefordert. Heute beträgt der Ueberstundenlohn 30 und 40 Pf. Weiter wird für das Nord- und Ostseegebiet eine präzisere Regelung des Arbeitsverhältnisses im allgemeinen gefordert, soweit das Anheuerwesen, das Wachwesen, die Ueberstundenarbeit, das Kündigungswesen u. a. m. in Frage kommt. Der Seemannsverband hat den Reedern im Nord- und Ostseegebiet den Vorschlag gemacht, für die Folgezeit das Lohn- und Arbeitsverhältnis tariflich zu regeln.

Das sind die „ungeheuerlichsten“ Forderungen, über die die Reeder es zu einem so gewaltigen Streik kommen ließen. In Rostock und Wismar stellte der Seemannsverband ganz dieselben Forderungen, aber die dortigen Reeder ließen es zu einem Streik nicht kommen, sondern verhandelten mit der Verbandsleitung und bewilligten die gestellten Forderungen. Im ganzen

Ostseegebiet machen die Reeder infolge des Streiks schon insoweit Zugeständnisse, als sie die Heuer von 65 und 70 M. bereits zugestehen wollen, nur lehnen sie es einstweilen noch ab, sich tariflich zu binden.

Die Bremer Seelente haben am Donnerstagabend nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden Genossen Müller einstimmig eine Resolution der Bremer Ortsverwaltung angenommen, wonach sie sofort den Streik proklamieren. Der Verbandsvorstand hat den Reedern bereits am Mittwoch einen Tarifentwurf unterbreitet, in dem sich die Forderungen in demselben Rahmen bewegen wie im Vorjahre, nur mit dem Unterschiede, daß jetzt für die Ueberstunden 50 Pf. gefordert werden.

Die Chancen für den Streik der Seelente sind sowohl im Nordseegebiet wie auch im Ostseegebiet durchaus günstig. Die Konjunktur ist eine äußerst günstige, die Schifffahrt überall sehr reg und außerdem ist in diesem Frühjahr in Deutschland ein starker Mangel an Seelenten zu verzeichnen.

Die deutschen Seelente folgten dem Streikaufruf ihrer Leitung fast ausnahmslos, soweit dies in Rücksicht auf die reaktionäre, den Seemann wie einen Sklaven bindende Gesetzgebung möglich ist. Wenn das Ausland, speziell England, nicht wie im vorjährigen Seemannsstreik so ungemein viele Streikbrecher liefert, dann werden die Seelente siegen. Aber selbst das vom In- und Ausland herangezogene Streikbrechergejende kann auf die Dauer die brauchbaren und befahrenen streikenden Seelente Deutschlands nicht ersetzen und ist die Sicherheit des reifen Publikums auf Schiffen, mit einem solchen internationalen Gejende besetzt, sehr in Frage gestellt.

An Ungehelichkeiten, die reederseits begangen werden, fehlt es in diesem Streik selbstverständlich wieder nicht. Schiffe gehen fast ohne Besatzung in See, etwaige nichtseemannische Streikbrecher werden nicht ärztlich untersucht und auch nicht angemustert. Alles das dulden die fraglichen Behörden und fördern diese Gesetzesverstöße noch.

Der Kampf kann von langer Dauer sein, wenn die Reeder kein Entgegenkommen zeigen. In allen Streikorten sind die Seelente bezw. ihre Verbandsleitung zu Verhandlungen sofort bereit. Lassen es die Reeder zu Verhandlungen kommen, wird auch die Einigung sehr bald erzielt werden.

Der Seemannsverband hat ständig eine riesige Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen und verfügt selbst über die nötigen Mittel zum Kampf.

Die deutsche Seemannschaft und die deutsche Arbeiterkraft im allgemeinen wird dringend aufgefordert, die streikenden Seelente im Nord- und Ostseegebiet in moralischer Beziehung zu unterstützen und jeden Zugang nach Hamburg, Altona, Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Kiel, Apenrade, Lönning, Schleswig, Rendsburg, Remel, Königsberg und Danzig streng fernzuhalten und jede Annäherung auf den Schiffen dieser Hafengebiete strikte zu verweigern.

Also bekundet den streikenden Seelenten gegenüber treue Solidarität!

Unter den Textilarbeitern des Münsterlandes in den Bogenen bereitet sich eine Lohnbewegung vor, deren Leitung in den Händen des deutschen Textilarbeiterverbandes liegt. Es wurden schon verschiedene Versammlungen abgehalten, in welchen beschlossen wurde, die 10stündige Arbeitszeit, eine 16proz. Lohnhöhung, die Einsetzung ständiger Arbeiterausschüsse und die Abschaffung verschiedener Mißstände zu fordern. Eine Firma hat bereits „freiwillig“ die Arbeitszeit von 11½ auf 11 Stunden reduziert und eine kleine Lohnhöhung bewilligt. Die Verhältnisse in der Industrie des Münsterlandes haben noch stark patriarchalischen Anstrich.

Ausland.

„Wir sind dennoch Arbeiter!“

Die Arbeiter der Duderer der „Ruhfoge Snamja“ — des Organs der acht russischen Männer — erklärten der Betriebsleitung am 30. April, daß sie den 1. Mai (alten Stils) feiern würden. „Wir arbeiten wohl in der „Ruhfoge Snamja“, wir sind aber dennoch Arbeiter, und morgen ist unser Feiertag“ erklärten die Arbeiter. Der Ratgeberbeschluss wurde fast einstimmig angenommen und prompt durchgeführt. Kein einziger Arbeiter entzog sich der Ratgeber.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auslage.)

In den Randminen von Transvaal ist, wie den englischen Blättern am Donnerstag berichtet wird, der Streik ein fast vollkommener; die Arbeiter von 43 Bergwerken sind daran beteiligt. Es wird immer mehr offenbar, daß die Bergwerksbesitzer die weißen Arbeiter möglichst ganz ausschalten und nur Chinesen beschäftigen möchten. Auch zwischen Buren und Eingewanderten suchen die Kapitalisten Rassenkonflikte zu schüren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Hafnarbeiterbewegung in Königsberg.

Königsberg i. Pr., 24. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Hafnarbeiter wurden heute nachmittag vor dem Einigungsamt des Generalsgerichts Vorverhandlungen zwecks Beilegung des Konfliktes im hiesigen Hafen gepflogen. Die Beratungen, die sich auch auf den Abschluß eines neuen Lohn- und Tarifvertrages für die einzelnen Arbeiterkategorien beziehen, sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Gera, 24. Mai. (B. Z.) Die Arbeitgeber im Baugewerbe haben das auf Grund des Spruches des Schiedsgerichts gemachte Angebot eines Höchstlohns von 45 Pf. pro Stunde zur Zahlung vom 18. Mai ab in letzter Stunde abgelehnt. Die Aussperrung der organisierten Arbeiter im Baugewerbe erfolgt auf einstimmigen Beschluß der Arbeitgeber morgen.

Der englische Besuch.

Rürnberg, 24. Mai. (B. Z. B.) Die englische Abordnung von Parlamentsmitgliedern und städtischen Vertretern ist zur Besichtigung der hiesigen Seifenmüllereien und städtischen Einrichtungen aus Frankfurt a. Main heute abend hier eingetroffen. Am Bahnhof waren zum Empfang eine Abordnung der städtischen Behörden und Kollegen, an ihrer Spitze Bürgermeister v. Schulz, sowie der englische Bizekonsul Ehrenbocher anwesend. Heute abend findet zu Ehren der Gäste ein Festessen statt.

Italiens Zukunft auf dem Wasser.

Rom, 24. Mai. (B. Z. B.) Der Deputierte Arfotta hat der Kammer den Bericht über das Marinebudget vorgelegt. Er kündigt darin an, daß die Regierung für den Bau von vier Panzerschiffen neue Kredite in Höhe von 200 Millionen verlangt.

Eisenbahnunglück.

Petersburg, 24. Mai. (B. Z. B.) Auf der Station Wolodetschno der Nikolajew-Eisenbahn entgleiten heute infolge eines Dammrutsches die Lokomotive und zwei Waggons eines gemischten Zuges; vier Bahnbediente wurden getötet und fünf verwundet. Von den Passagieren erlitten fünf leichte Verletzungen.

Ausweisung von Aktiengesellschaften.

Jefferson City (Missouri), 24. Mai. (B. Z. B.) Der vom obersten Gericht von Missouri eingeleitete Kommissar, der Beweiserhebungen vornehmen soll in der Lage des Staates Missouri gegen die Standard-Oil-Company, empfiehlt die Verweisung dieser Gesellschaft nebst den von ihr abhängigen Gesellschaften aus dem Staate Missouri.

Von der Lungenheilstättenbewegung.

In der Gesellschaft für soziale Medizin und Hygiene trat Dr. A. Grotzahn mit einer Kritik der gegenwärtigen Lungenheilstättenbewegung heraus. Diese Bewegung, auf die man einst so große sozialhygienische Hoffnungen setzte, hat in den letzten Jahren bedeutend abgenommen. Das „Zentralkomitee zur Errichtung von Lungenheilstätten“ heißt jetzt „Zentralkomitee zur Bekämpfung von Lungentuberkulose“.

Die beste Lösung der Lungenheilstättenfrage hat nach Ansicht Grotzahns Norwegen gefunden. Die norwegischen Pflegeheime sind billig, allgemein verbreitet und sehr beliebt. Zumeist wird in diesen Pflegeheimen gearbeitet. Die Arbeit bildet oft einen günstigen Uebergang des Patienten von der Erholung in der Anstalt zur Berufsarbeit.

Der Vortrag des Herrn Dr. Grotzahn gab Veranlassung zu einer lebhaften Diskussion in der Sitzung der Gesellschaft für soziale Medizin, die am Donnerstag stattfand.

Dr. Lenhoff meinte, man müsse Herrn Dr. Grotzahn dankbar sein dafür, daß er das, was in dem Herzen vieler Ärzte geschlummert, offen ausgesprochen habe. Als erster Redner wandte sich der Generalsekretär des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, Oberstabsarzt Dr. Rietner, gegen die Ausführungen Grotzahns, der selbst Mitglied des Zentralkomitees, sich so wenig informiert habe, wo ihm doch das ganze Material zur Verfügung stand; er würde dann auch gewußt haben, daß für die Asylisierung unheilbarer Lungenträger bereits 80 000 M. angeammelt sind.

Auf Veranlassung des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose fand am Freitag in der II. medizinischen Klinik (Geh. Rat Dr. Kraus) der königlichen Charité die IV. Tuberkulose-Arzte-Versammlung statt. Professor Dr. Paul Krause-Jena berichtete über Röntgendurchleuchtung zur Diagnose- und Prognosestellung bei Lungentransparenzen, während Stabsarzt Dr. Stuerz-Regen einen interessanten röntgenologischen Beitrag zur Frühdiagnose der Lungentuberkulose gab und über die lymphangitische Entstehung des Lungenpneumotars von den Glaskörpern aus gesprochen hatte.

nicht in die Anstalten; sie können aus prophylaktischen Gründen und zur Stärkung ihrer Konstitution kürzerer oder längerer Zeit event. mehrmals im Verlaufe einiger Jahre in Dispensaires, Walderholungsstätten oder offenen Kurorten behandelt und beobachtet werden. Die Hauptsache aber ist, daß für sieberlose unkomplizierte aktive Tuberkulosen der Lungen im Anfangsstadium an einer durchschnittlichen Minimalkurdauer von drei Monaten in der Heilstätte festgehalten werden müsse. Komplikationen erfordern eine längere Kurdauer. Wenn die Heilstätten nach diesen Grundregeln verfahren, dann werden sie ihren Zwecken mehr entsprechen und wirkliche Heilanstalten sein.

44te ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

(Offizieller Bericht des Verbandsvorstandes.) Viertes Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Ein Uebertritt vom Allgemeinen Metallarbeiter-Verband zum Deutschen Metallarbeiter-Verband wird dem Vorstand überwiesen. Die Uebersetzung des Statuts und Verhaltensreglements in französische und italienische Sprache begründet Fuhrmann, Oberstein, mit den großen Schwierigkeiten, die im allgemeinen wegen der Rückständigkeit der Bevölkerung und des mehrsprachigen Verkehrs vorliegen.

Ein Antrag, Statut und Verhaltensreglement in Einlang zu bringen, wird angenommen. Bei Ausschüssen aus dem Verbande soll dem Vorstand anheimgestellt werden, die diesbezüglichen Bekanntmachungen nicht mehr in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen.

Die gesetzliche Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit bespricht Jahnke-Essen. Ein diesbezüglicher Antrag wird mit der Motivierung abgelehnt, daß im Reichstage bereits die achtstündige Arbeitszeit beantragt wurde.

Die Protokolle der Verbandstage sollen übersichtlicher angelegt werden. Ferner wird beschlossen, in den Präsenzlisten den Beruf der Delegierten anzugeben, welchen diese zurzeit ausüben. Sodann wird beschlossen, den Rednern zur Generaldebatte und den Berichtshaltern der Kommissionen das Stenogramm zur Durchsicht zur Verfügung zu stellen. Zum Verbandstage spricht Siegen-Köln den Wunsch aus, gegen den übermäßigen Alkoholgenuß Artikel zu bringen.

Scherer, Redakteur, bespricht die zur Sache gehörenden Anträge. Es sei nicht ratsam, den beschränkten Raum unseres Organes noch mehr zu belasten. Das gilt von der Alkoholfrage sowohl als in bezug auf die technischen Artikel und Fragelisten. Weilaagen können nicht gebracht werden, weil der Versand in Paketen geschieht und die ganze Expedition darunter leiden würde.

Donath-Hagen vertritt einen Antrag, im Organ mehr auf die Verhältnisse der Hüttenarbeiter Rücksicht zu nehmen. Das Agitationsfeld sei dort noch so groß, daß durch Befprechung der Verhältnisse der Hüttenarbeiter die Agitation unterstützt werden muß.

Fuhrmann-Oberstein weist darauf hin, daß für die Verhältnisse der Hüttenarbeiter durch die Erfahrungen, die der Vorstand gemacht hat, genügend Material zur Agitation gegeben sei.

Lohsing-Suhl wünscht die Einrichtung eines Sprechsaales im Interesse derjenigen Mitglieder, welche Bibliotheken nicht in genügender Menge zur Verfügung haben, um technische Fragen zu erledigen. Dagegen spricht Quist, Redakteur, unter Hinweis auf die Höhe der Auflage, des Fehlens des Allgemeininteresses und der technischen Schwierigkeiten.

Ulrich-Frankfurt spricht ebenfalls dagegen, weil die Metallindustrie zu vielfeitig ist, um auch nur annähernd allen Verhältnissen bei dem verfügbaren Raum Rechnung zu tragen. Die darauf bezüglichen Anträge werden der Redaktion zur Berücksichtigung überwiesen.

König-Dortmund plädiert für eine Beilage in polnischer Sprache wegen der hohen Zahl der im Ruhrgebiet beschäftigten Arbeiter. Es soll dem Vorstande eine Direktive nach dieser Richtung gegeben werden.

Ulrich-Breslau und Früngele-Elbing sprechen in demselben Sinne. Lehreter empfiehlt für den Fall der Ablehnung, die „Odwiat“ in größerer Zahl als bisher den Kollegen zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag auf Schaffung einer Beilage in polnischer Sprache wird darauf angenommen; die technische Ausführung dem Vorstande überlassen.

Das Inseratenwesen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ wird von mehreren Rednern besprochen, insbesondere wird bei den Arbeitsmarktkorrespondenten Vorschlag empfohlen. Es komme vor, daß Stellen vermittelt würden mit recht schlechten Arbeitsverhältnissen. Es solle vor der Aufnahme eine Anfrage an die Ortsverwaltungen gerichtet werden.

Schlicke: Es muß unterschieden werden, ob ein oder mehrere Arbeitskräfte, ob in Klein- oder Großbetrieb. Die Anfragen werden seitens der Expedition gemacht, aber die Antworten sind nicht immer so, wie es erwünscht ist.

Chiffre-Inserate können nicht abgewiesen werden, bringen auch keine nennenswerten Nachteile für die Kollegen.

Eberling-Regesad: Die Generalversammlung in Leipzig ist mit der Zurückweisung aller Inserate zu weit gegangen. Es sollten Inserate zur Empfehlung von Werkzeugen, wissenschaftlichen Vorträgen und Werken aufgenommen werden können. Der dazu vorliegende Antrag wird abgelehnt.

Die Wiederaufnahme des vor 6 Jahren ausgeschlossenen Kollegen Kraus-Kürnberg wird abgelehnt, nachdem Schlicke eine ausführliche Darstellung der Sache gegeben hat.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: Revision der Verbandsstatuten.

Schlicke gibt zunächst eine Erklärung ab, weshalb der Vorstand den Antrag, eine Vorlage für die Klassifizierung der Beiträge zu machen, nicht ausgeführt habe. Es sei eine Einführung nur obligatorisch denkbar. Die Scheidung nach Lohnklassen sei undurchführbar, weil damit eine Selbstschätzung verbunden sei, die eine sichere Unterlage nicht biete. Nach Ortsgrößenklassen sei eine Unterteilung auch nicht möglich, weil die Kaufkraft des Geldes nicht in allen Orten gleich sei und oft bei höherem Lohn die Lebenshaltung schlechter sei. Ebenso könnten die ortsüblichen Tagelöhne nicht zugrunde gelegt werden, weil diese in den seltensten Fällen den Tatsachen entsprechen. Dazu kommen die technischen Schwierigkeiten bei der Verwaltung, das Auf- und Absteigen in eine andere Klasse und die dadurch kompliziert sich gestaltende Berechnung der Unterstützungssätze. Es müsse dann auch eine Herabsetzung der Unterstützungssätze eintreten, und das bedeute keinen Nutzen für den Verband. Das Wichtigste aber sei,

daß man eine Wahrscheinlichkeitsrechnung über die finanziellen Ergebnisse nicht aufstellen kann, weil es unmöglich sei, zu beurteilen, wie hoch die Zahl der in jeder Klasse neuwerbenden Mitglieder und Kollegen sei. Es sei also ein Sprung ins Dunkle, den die Generalversammlung nicht machen dürfe. Daher konnte auch der Vorstand eine Vorlage, wie sie verlangt wurde, nicht machen. Der Vorstand schlägt eine Beitragserhöhung vor, um zu neuen Kämpfen gerüstet zu sein. Wir stehen erst vor der Entscheidungsschlacht und daher sei die Stärkung der Klasse eine unerlässliche Notwendigkeit, und die Erhöhung um 10 Pf. für männliche und 6 Pf. für weibliche Mitglieder sei das mindeste, was er fordern müsse.

Brandes-Magdeburg beantragt, immer einen Redner für und einen gegen die Klassifizierung der Beiträge sprechen zu lassen. Dieser Antrag wird angenommen.

Kühnt-Kiel: Der Vorstand konnte als Gegner der Klassifizierung der Beiträge keine Vorlage ausarbeiten. Da aber die Mitglieder annehmen, daß der Vorstand eine solche Vorlage ausarbeite, haben die Ortsverwaltungen nur wenige Vorlagen gebracht.

Für die Erfolge bei der Agitation sei aber die Klassifizierung unerlässlich, weil wir den anderen Organisationen den Wind aus den Segeln nehmen, wenn wir die Möglichkeit auch niedriger Beiträge bieten. Zu kompliziert dürfte das System gar nicht sein, zwei Klassen genügen. Der Vorstand hätte rechnerische Unterlagen geben müssen. Es wäre ein Fortschritt, wenn wir sagen können, daß jeder seinem Einkommen entsprechend Steuern könne, und die Unterstützungssätze demnach eingerichtet seien. Die technischen Schwierigkeiten seien nicht so groß, es seien schon früher mehr wie eine Sorte Beitragsmarken im Verkehr gewesen. Die Bedenken Schlicke sind übertrieben. Es können manche Konflikte vermieden werden, wenn auch nicht sofort, so doch im Laufe der Zeit.

Saas-Gebelberg: Die Zeit der Klassifizierung der Beiträge ist noch nicht gekommen. Wenn die Beiträge über 60 Pf. steigen, dann komme die Zeit. Bei den heutigen Löhnen sei ein Beitrag von 60 Pf. zu zahlen. Die Durchführung würde auf Schwierigkeiten stoßen. Die Vorschläge für die Klassifizierung seien so verschieden, daß man ein klares Bild dessen noch lange nicht habe, was die Mitglieder wollen. Bei den Bauern, Textilarbeitern usw. sei die Klassifizierung möglich, bei den Metallarbeitern mit den verschiedenen Löhnen nicht. Wenn jemand eine starke Familie habe und Anspruch nur auf niedrige Unterstützungssätze, so würde das Privatleben bei den Kämpfen gehen mit denen, die die hohen Sätze beziehen. Unsere Erwerbslosenunterstützung mache den Mitgliedern die 60 Pf. annehmbar. Die hohen Summen, welche ausgezahlt seien, beweisen das. Es soll eine Kommission eingesetzt werden, die die Klassifizierung vorbereite.

Gurtzke-Berlin weist auf die Konkurrenzorganisationen hin, welche die Klassifizierung schon eingeführt haben. In der Großeisenindustrie seien jugendliche Arbeiter, die so niedrige Löhne haben, daß sie die 60 Pf. nicht zahlen können. Mit dem Entgegenkommen gegen diese Leute habe der Vorstand bereits das Prinzip der Einheitsbeiträge durchbrochen. Es gebe aber auch Kollegen, die sehr gut mehr als 60 Pf. zahlen können. Der Vorstand hätte mehr Entgegenkommen durch Ausarbeitung einer Vorlage zeigen müssen.

Orzechowski-Brandenburg: Die Veränderlichkeit des Verdienstes sei das größte Hindernis. Es sei zweifelhaft, ob höhere Einnahmen erzielt werden können. Die Angelegten bilden in Brandenburg die Mehrheit. Das sei Beweis, daß diese auch höhere Beiträge zahlen. Der niedrige Beitrag ist nicht das rechte Mittel zur Agitation. Redner erklärt, daß in Brandenburg die Mitglieder gern die 60 Pf. zahlen. Er ist für Einsetzung einer Kommission.

Krause-Chemnitz hat in der Statutenberatungskommission für die Klassifizierung gesprochen, als einziger Befürworter. Es sei aus allen Bezirken die Meinung gekommen, daß die Klassifizierung möglich sei. Was nach Jahren möglich sei, ist auch heute schon. Das Prinzip der Einheitsbeiträge ist schon durchbrochen durch die Vorlage des Vorstandes. Es muß mindestens durchgeführt werden, daß Leute, die weniger als 12 M. verdienen, der 30-Pf.-Klasse angehören dürfen. Es sei eine Härte, den Leuten, die 12 und 15 M. verdienen, denselben Beitrag abzunehmen, wie denen, die 30 M. und mehr verdienen. Bei einem Wochenbeitrag von 30 Pf. müssen die Unterstützungen von 3 M. pro Woche aufwärts gezahlt werden. Ebenso müsse die Streikunterstützung klassifiziert werden. Durch das Vertrauensmännersystem sei es wohl möglich, den Verdienst festzustellen, als auch jedem Kollegen in die richtige Klasse einzureihen. Die Erhöhung auf 60 Pf. wird Rückschlüsse bringen; das habe die Erhebung der Ertragsbeiträge gezeigt.

Hefter-Rühlhausen: Es gibt eine sehr große Zahl von ungelerten Arbeitern, die besser dastehen, als die Gelehrten. In Punkto Zahlen sei kein Idealismus vorhanden. Es sei unrichtig gewesen, daß in der „Metallararb.-Zeitung“ Kollegen für Erweiterung der Unterstützungsleistungen eingetreten seien. Es ist zu schwer, die Lohnverhältnisse festzustellen, insbesondere in Orten mit schlechter Organisation. In der Textilindustrie sind nicht so verschiedene Löhne als bei den Metallarbeitern, daher sei es bei den Textilarbeitern möglich, die Klassifizierung einzuführen.

Schlicke erklärt am Schluß der Vormittags-Sitzung, daß eine Notiz, die das Bureau „Herold“ gebracht habe, und die von der Presse verbreitet werde, nach welcher er sich gegen den politischen Massenstreik ausgesprochen habe, auf Unwahrheit beruhe. Er habe weder bei der Eröffnungsrede, noch bei dem Jahresbericht auch nur ein Wort vom politischen Massenstreik gesprochen. Der Wunsch sei hier zweifellos Vater des Gedankens.

Nachmittags-Sitzung.

Ulrich-Frankfurt: Der Zeitpunkt der Staffelleistungen ist wohl schon gekommen. Es muß die Verdiensthöhe und die beruflichen Verhältnisse in Betracht gezogen werden. Es darf eine allgemeine Erhöhung der Beiträge nicht stattfinden. Es ist besser, jetzt eine neue Klasse von 60 Pf. zu schaffen, und die Leistungen entsprechend zu erhöhen. Die technischen Schwierigkeiten sind nicht so groß. Eine genaue Berechnung des finanziellen Ergebnisses ist nicht möglich, aber auch nicht nötig. Auch die Streikunterstützung muß abgestuft werden.

Pawlowitsch-Solingen: Es gibt eine Reihe Gründe für die Klassifizierung, aber einige wenige Gegenstände wiegen schwerer als die anderen. Die Verdienste in Solingen sind in einzelnen Branchen überaus niedrig. Wir könnten mit einer Zwischenstufe von 45 Pf. große Erfolge erzielen. Aber alle die hier gemachten Vorschläge sind unannehmbar. Die Verhältnisse in einzelnen Orten sind so verschieden, daß eine feste Norm sich nicht finden läßt. Dazu kommt, daß ungelernete Arbeiter mit 60 Pf. Stundenverdienst ebensowenig selten sind, wie Schlosser, Schmiede usw. mit 18-21 Pf. Von unseren 350 000 Mitgliedern sind zu viele, die nur als Zahlende in Betracht kommen, und bei diesen kann man nicht rechnen, daß sie die Selbstschätzung richtig vornehmen. Es ist für jetzt das Beste, bei dem bisherigen System zu bleiben.

Jeder-Düsseldorf: Es ist eine Schablonisierung nach Verufen, Orten und Verdienst nicht möglich. Die Selbstschätzung ist das einzig Richtige, und bei anderen Organisationen schon eingeführt. Es dürfte, wie anderswo, die Versicherung in der höchsten Klasse die meisten Anhänger finden. Zwei Klassen genügen, 50 und 75 Pf. Durch die 75-Pf.-Klasse würden alle Zuschüsse überflüssig werden. Der Beitrag von 60 Pf. ist noch nicht als die Höchstgrenze zu betrachten. Die Unterschiede im Lohn sind zu groß, als daß ein anderes System gangbar wäre.

Göldner-Weihen: Die Klassifizierung ist jetzt noch nicht durchführbar. Wir müssen zur Ablehnung jeder Beitragserhöhung kommen und sei es unter Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird angenommen. Es wird über den § 35 Abs. 5 beraten, derselbe bestimmt die Festsetzung der Diäten für die Delegierten der Generalversammlungen. Es wird beschlossen, die Diäten auf 9,00 M. pro Tag festzusetzen, und für entgangenen Arbeitsverdienst pro Tag 6 M. zu zahlen.

Danach folgt die Abstimmung über die Einführung klassifizierter Beiträge. Diese ist eine namentliche. Die Klassifizierung wird mit 84 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Damit sind alle Anträge betr. der Klassifizierung der Beiträge abgelehnt.

Seemann-Königsberg: Der Umstand, daß 84 Delegierte für Staffelleistungen stimmten, dürfte Veranlassung sein, dem Vorstand die Ausarbeitung einer Vorlage für Staffelleistungen zu übertragen.

Garbe-Niel will eine Kommission zu diesem Zwecke haben. Dismann-Frankfurt, Haas-Gebelsberg halten solche Kommission für überflüssig und unpraktisch.

Die Generalversammlung beschließt, eine 5-gliedrige Kommission zu wählen, die in Gemeinschaft mit dem Vorstand eine Vorlage für die Klassifizierung der Beiträge auszuarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorlegen soll.

Es folgte die Beratung über die Höhe der Beiträge.

Philipp-Breslau: Die Stautenberatungskommission hat sich dem Antrage des Vorstandes angeschlossen die Beiträge auf 60 Pf. für männliche Mitglieder zu erhöhen. Es soll auch unstatthaft sein, bei Beitragsbefreiung in Fällen von Anlagensverluste beitragsfreie Marken durch Wertmarken zu überkleben, da damit nichts als eine Verlängerung der Karenzzeit erzielt wird. Es genüge auch die Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder um 10 Pf. und es sei zu erwarten, daß diese Beitragserhöhung auch auf längere Zeit als zwei Jahre reiche.

Rehner-Rürnberg plädiert für Erhöhung der Beiträge der weiblichen Mitglieder um nur 5 Pf.

Grube-Stettin: Der Vorstand hat sich als kein guter Rechenkünstler erwiesen, weil die Ausgaben für die Krankenunterstützung höher seien, als angenommen. Die Erhöhung der Beiträge erschwert die Agitation. Das Anstellen von Beamten dürfe kein Grund für die Beitragserhöhung sein. Die schlechtbezahlten Arbeiter können die 60 Pf. nicht bezahlen. Wenn doch auf der nächsten Generalversammlung die Klassifizierung durchgeführt werden müsse, so könne man jetzt den Versuch machen, mit der alten Beitragshöhe auszukommen.

Giesen-Röhl plädiert für eine Erhöhung um 5 Pf.

Lehnert-Braunschweig: Die Unternehmer werden, wenn wir gefüllte Klassen haben, unsere Organisation weit mehr respektieren, das habe die Formerbewegung bewiesen. Wir hätten bei gefüllten Klassen die Unternehmer weit mehr in Schach gehalten.

Fel. Grobon-Berlin: Die Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. für weibliche Mitglieder sei zu viel. Wenn die Unterführungen für die weiblichen Mitglieder erhöht werden, zahlen diese auch höhere Beiträge.

Engel-Berlin: Wir sollen unsere Ausgaben vermindern, dann brauchen wir nicht 10 Pf. Erhöhung der Beiträge.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Philipp-Breslau (Schlußwort): Wir müssen eine Kriegskasse schaffen, wie sie des Metallarbeiter-Verbandes würdig ist. Es findet getrennte Abstimmung über die Höhe der Beiträge für männliche und weibliche Mitglieder statt.

In namentlicher Abstimmung wird die Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf 60 Pf. pro Woche mit 168 gegen 88 Stimmen angenommen. Die Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder auf 50 Pf. wird abgelehnt, dagegen die Festsetzung auf 25 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder angenommen. Es entsteht hiernach ein Zweifel, ob es ein Zwang sei, daß die jugendlichen Arbeiter 25 Pf. zu zahlen, oder ob auch die Zahlung von 60 Pf. zulässig ist. Die Generalversammlung entscheidet über diese Angelegenheit wie folgt: Diejenigen Mitglieder, welche heute schon 60 Pf. Beitrag zahlen, zahlen für die Folge 60 Pf. Neuzuzunehmende müssen, sofern sie Lehrlinge oder ungelernete Arbeiter unter 18 Jahren sind, den Beitrag von 25 Pf. zahlen.

Die Generalversammlung beschließt ferner, den insolventen Mitgliedern, die heute 10 Pf. Beitrag zahlen, den Eintritt in die Klasse der 25-Pf.-Beiträge zu gestatten. Ein Antrag, dieses auch solchen Arbeitern zuzubilligen, welche weniger als 12 M. pro Woche verdienen, wird abgelehnt.

Zur gestl. Beachtung! Im gestrigen Bericht ist ein Textum unterlaufen, der Vorsitzende des Ausschusses hat nicht gesagt, daß die Protokolle der Vorstandssitzungen mangelhaft sind, sondern er meinte, die Protokolle des Schiedsgerichts.

Verbandstag der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Berlin, 23. Mai 1907.

Heute hielt der Verbandstag noch eine Abend Sitzung ab. In derselben ergänzte Joschade-Hamburg, der Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, die Ausführungen, welche Schumann in der Nachmittags-Sitzung über den internationalen Transportarbeiterkongreß gemacht hatte.

Dann referierte Schulyki-Berlin über den

Genossenschaftstag in Stettin 1906.

Da ist ein Tarif für die in Konsumgenossenschaften beschäftigten Handels- und Transportarbeiter abgeschlossen und auch ein Tarifamt eingesetzt worden. Bis Ende 1906 ist der Tarif voll anerkannt worden in 85 Genossenschaften, der Großeinkaufsgesellschaft mit 4 Filialen und der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine mit insgesamt 598 Beschäftigten. Verbesserungen im Arbeitsverhältnis ohne Anerkennung des Tarifs führten 16 Genossenschaften mit 155 Beschäftigten ein. 14 Genossenschaften mit 64 Beschäftigten lehnten die Anerkennung des Tarifs ab und führten auch keine Verbesserungen im Arbeitsverhältnis ein. Mit einer Reihe weiterer Genossenschaften sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. — Der Referent sagte, das Tarifamt habe die Erwartungen, welche der Verband auf die Tätigkeit desselben setzte, nicht erfüllt, die Verhandlungen machten große Schwierigkeiten. Den Vertretern der Genossenschaften gegenüber habe man oft das Gefühl, als ob man nicht mit Genossen, sondern mit kapitalistischen Unternehmern zu tun habe. — Dieser Ansicht gab auch Dreher Ausdruck, der neben zwei Genossenschaftsvertretern dem Tarifamt angehört. An der Hand vieler Einzelsfälle legte der Redner dar, daß manche Konsumvereine die Bestimmungen des Tarifs zu umgehen suchen, und daß es oft recht schwer halte, die im Tarif festgelegten Rechte der Arbeiter in den Konsumvereinen zur Anerkennung zu bringen. Der Verband betrachte es als seine Aufgabe, aus den Kräften, die in den Konsumvereinen das große Wort führen, Leute zu machen, welche die sozialen Verhältnisse begreifen und den Arbeitern entgegenkommen. — In demselben Sinne sprachen auch die übrigen Diskussionsredner. Zu diesem Punkt der Tagesordnung wurde folgende Resolution eingebracht:

Die Generalversammlung billigt den Abschluß eines Tarifes mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine als eine Abschlagszahlung auf die berechtigten Forderungen der in Genossenschaften tätigen Berufslogen. — Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand des Verbandes, nach Ablauf dieses Tarifes, für eine anderweitige, den Verhältnissen entsprechende Regelung der Ortszuschläge zu sorgen und den weiteren berechtigten Wünschen der Genossenschaftsarbeiter mit allem Nachdruck Rechnung zu tragen. — Die Generalversammlung erklärt, daß bei etwaigen Differenzen im Arbeitsverhältnis nur die tariflich vorgesehenen Beschwerdestellen anzufassen sind. Deren Entscheidung ist endgültig und eine Inanspruchnahme bürgerlicher Rechtsinstitutionen ohne Zustimmung des Zentralvorstandes unseres Verbandes nicht zulässig. — Mit der einstimmigen Annahme der Resolution endete die Abend Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Die heutige Vormittags-Sitzung wurde ausgefüllt durch die Debatte über einige Angelegenheiten, welche die Beschwerdekommision unterucht und die Entscheidung der Generalversammlung unterbreitet hat. Das Mitglied Orth in Hamburg wurde dem Antrage der Beschwerdekommision gemäß aus dem Verbandsrat ausgeschlossen, weil er sich Schriftstücke, die Verbandsmitgliedern sind, angeeignet hat, um sie gegen den Zentralvorstand zu verwenden. — Den größten Teil der Debatte nahm eine Angelegenheit ein, welche Schumann schon im Vorstandsbericht behandelt hatte. Sie betrifft den Gauleiter Habicht-Frankfurt a. M. Nach den Feststellungen der Beschwerdekommision hat Habicht im Verlehrs mit der Ortsverwaltung Aschaffenburg die Mitglieder derselben sowie den Kartellvorsitzenden durch sehr grobe Worte beleidigt. Die Aschaffener haben sich deshalb beim Zentralvorstande beschwert, dieser hat Habicht wegen seines Auftretens gerügt, darauf hat Habicht seine Stellung als Gauleiter gelündigt. Später hat er die Kündigung zurückgezogen und sich wegen der Klage beim Ausschuss über den Vorstand beschwert. Infolgedessen ist die Angelegenheit jetzt vor den Verbandstag gekommen. — In der Debatte wurde gegen Habicht geltend gemacht, daß nicht nur der vorliegende Einzelfall zu seinen Ungunsten spreche, sondern daß er durch sein egoistisches Wesen, sein ungewöhnlich großes Auftreten schon öfter Anstoß in Partei- und Gewerkschaftskreisen erregt habe. Habicht verteidigte sich in längeren Reden gegen diese Beschuldigungen. Er bezeichnete dieselben als grundlos und stellte die betreffenden Vorgänge ganz anders dar als seine Ankläger. — Entsprechend dem Antrage der Beschwerdekommision beschloß der Verbandstag, daß die dem Gauleiter Habicht vom Vorstand erteilte Klage berechtigt war und deshalb nicht zurückgenommen wird. In der Nachmittags-Sitzung hielt Stelling-Lübeck ein Referat über die

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Er unterzog den verflochtenen Gesetzentwurf einer scharfen Kritik und empfahl folgende Resolution, die ohne Debatte angenommen wurde:

Die Generalversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede weitere Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch reaktionäre Gesetzentwürfe zur Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. — Die Generalversammlung verlangt eine reichsgesetzliche, freiwillige Regelung des Vereins- und Verbandsrechts unter ausnahmsloser Aufhebung aller diesbezüglichen Landesgesetze und polizeilichen Bestimmungen. Außerdem fordert die Generalversammlung die Verleihung der Rechtsfähigkeit an alle Berufsvereine ohne jede Klausel und Einschränkung, weil nur auf solcher Grundlage ein für die ganze Gesellschaft nutzbringender Ausbau der Arbeiterberufsvereine möglich und durchführbar ist. — Die Generalversammlung erwartet, daß die Berufskollegen allen Versuchen, die Verleihung der Rechtsfähigkeit mit reaktionären Kompensationen zu verbinden oder von ihnen abhängig zu machen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten resp. den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen werden.

Hierauf folgte ein Referat von Zimmer-Breslau über das Thema:

Unsere Stellung zur Jugendorganisation.

Der Redner verwies darauf, daß die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe einen immer größeren Umfang annehme. Daraus ergebe sich für den Verband die Pflicht, die Jugendlichen zur Organisation heranzuziehen und dafür zu sorgen, daß ihnen angemessene Löhne gezahlt werden. Das liege auch im Interesse der erwachsenen Arbeiter, denn auch ihre Löhne würden gedrückt, wenn den Unternehmern ein billiges Arbeitermaterial in den Jugendlichen zur Verfügung stehe. Aber auch für die Aufklärung und geistige Hebung der jugendlichen Berufsangehörigen müsse der Verband Sorge tragen. Die Erziehung der Jugend sei in erster Linie eine Aufgabe der Gewerkschaften, denn die politische Partei sei dazu weniger in der Lage, weil ihr die Arbeiter erst in reiferem Alter beitreten. In allen Orten, wo eine bemerkenswerte Zahl jugendlicher Arbeiter im Verufe beschäftigt sind, müßten sie in eigenen Sektionen möglichst unter selbständiger Leitung organisiert werden. — Der Referent empfahl folgende Resolution, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurde:

Die fortschreitende Entwicklung des Handels- und Transportgewerbes läßt in immer größerem Maße die Verwendung jugendlicher Arbeiter zu. Die Unternehmerschaft bedorugt die jugendlichen Berufslogen als billige und willige Arbeitskräfte. Werden daher die Jugendlichen nicht ebenso wie die erwachsenen Arbeiter zur Berufsorganisation herangezogen, so besteht in hohem Maße die Gefahr, daß sich die Unternehmern ihrer bei Ausständen als Arbeitswillige und Lohnrücker bedienen können. Aus diesen Gründen und zur Hebung der Lage der jugendlichen Arbeiter sowie zu deren Schutze ist es unbedingt notwendig, sie mit gleichen Rechten und Pflichten zunächst zur Berufsorganisation heranzuziehen. Die Generalversammlung verpflichtet daher alle Mitglieder, die jugendlichen Berufsarbeiter beider Geschlechter dem Verbandsrat als Mitglieder zuzuführen.

Zu diesem Punkt wurde noch ein Antrag angenommen, welcher den Verbandsvorstand ersucht, zu gelegener Zeit eine Schrift für die Jugend herauszugeben.

Ueber

Tarifverträge und ihre Bedeutung

referierte Himpel-Berlin. Er gab einen Überblick über die Entstehung und Ausbreitung der Tarifverträge, schilderte ihre Bedeutung für die Gewerkschaften und empfahl folgende Resolution:

Die Generalversammlung erklärt die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Erreichung des Zieles, die Lage der Berufsangehörigen zu heben, für notwendig und erstrebenswert. Die Generalversammlung macht es daher allen Verbandsfunktionären zur Pflicht, bei Lohnbewegungen dahin zu wirken, daß eine tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeigeführt wird. Als relativ vollkommenste Regelung — weil im Interesse der Allgemeinheit liegend — ist der Abschluß von Kollektiv- resp. Korporativverträgen zu erstreben. — Von allen Tarifverträgen, welche den Unternehmern eingereicht werden sollen, ist dem Zentralvorstand vorher Abschrift einzureichen. Ohne Zustimmung desselben dürfen Verträge nicht abgeschlossen werden.

Die Resolution wurde ohne Debatte angenommen.

Zweite ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes.

Hamburg, den 21. Mai.

Während der Pfingsttage tagte im Gewerkschaftshause zu Hamburg die zweite Generalversammlung des Bundes. Erschienen waren außer dem Bundesvorstand 17 Delegierte, 6 Gauleiter, der Vorsitzende des Ausschusses, Rawitter-Bremen, Kahrenstein-Berlin als Vertreter der Prekmission, Davidsohn-Berlin als Redakteur des Bundesorgans und vom Schriftensverlag Richaelis-Berlin.

Askeu-England begrüßte namens der englischen Arbeiter-Abstinenten die Generalversammlung, deren Arbeiten besten Erfolgs wünschend.

Beschlossen wurde, ein Glückwunschtelegramm zu dem Wahlsieg an die Redaktion der „Wiener Arbeiterzeitung“ abzusenden.

Aus dem gedruckt vorliegenden, sehr umfangreichen Geschäftsbericht ist ersichtlich, daß der 1906 im Anschluß an den internationalen Kongreß gegen den Alkoholismus in Bremen ins Leben gerufene Bund Fortschritte — wenn auch bescheidene — gemacht hat. Gestagt wird über die sich noch häufig zeigende Abneigung, überhaupt mit der Alkoholfrage sich zu beschäftigen, und auch über den schwachen Besuch von Vorträgen über die Alkoholfrage. Als ein Erfolg der Abstinenzbewegung werden die von Parteitagen zu Parteitagen sich mehrenden Anträge auf Be-

handlung der „Alkoholfrage“ bezeichnet. Auch von den Gewerkschaften wird konstatiert, daß sie der Alkoholfrage mehr und mehr ihre Aufmerksamkeit widmen. Der von der Generalversammlung 1906 gefaßte Beschluß, die Sonderausstellung über den Alkoholismus in Charlottenburg zu besuchen, konnte nicht durchgeführt werden, weil es dem Geheimrat Berner vom Ministerium des Innern, dem das Ausstellungsgebäude unterstand, die Broschüre „Neue Waffen im Klassenkampf“ angetan hatte. Er ließ die Broschüren aus dem dem Bunde eingeräumten Kasten entfernen und dem Genossen Riethe, dem Verwalter der den Alkoholgegnern zur Disposition gestellten Abteilung, das Betreten des Ausstellungsgebäudes untersagen, und da eine Beschwerde über diese Maßnahme unberücksichtigt blieb, schied der Bund aus der Reihe der Aussteller aus. Befruhend für die Agitation wirkte die Gaueinteilung, namentlich für Schleswig-Holstein, Hamburg und Thüringen-Sachsen. Von den Gewerkschaftsartikeln wird gesagt, daß sie sich in letzter Zeit häufiger als früher bereit finden, „uns durch die Einberufung der Versammlungen und völlige oder teilweise Kostendeckung zu unterstützen.“ Der Mitgliederbestand betrug am 1. April 1906 rund 1300, zur Zeit beträgt er 1600, darunter 167 weibliche Mitglieder. Die Kasernenverhältnisse haben sich günstiger gestaltet; während das erste und zweite Geschäftsjahr eine Gesamteinnahme von 4650,80 M. auswies, überholte das dritte Geschäftsjahr die beiden vorhergehenden zusammen. Im vierten Geschäftsjahr wurde dem Bund ein Legat von 18304 M. überwiesen. Von den Gewerkschaftsartikeln und Parteiverbindungen sind in den beiden Berichtsjahren über 400 M. eingegangen. Diese Einnahme wird noch als „entwickelungsfähig“ bezeichnet. Für die Agitation wurden in den beiden ersten Jahren 162 M. ausgegeben, im dritten Jahre dagegen 665 M. und im vierten 1360 M. — Der Schriftensverlag balancierte in Einnahme und Ausgabe mit 10 093,62 M. Das von Davidsohn redigierte Bundesorgan „Der abstinente Arbeiter“ weist noch eine Unterbilanz auf, die man durch die Heranziehung von Inseraten herabzumindern hofft. Seit dem 1. August 1906 erhält die gesamte Partei- und Gewerkschaftspressen das Organ zugestellt.

Die Berichte werden vom Bundesvorsitzenden Reumann, vom Hauptreferenten Janker, vom Redakteur Davidsohn, der die Mitgliedschaften zur Mitarbeit an dem Bundesorgan auffordert, und von Richaelis ergänzt. Reumann bemerkte u. a., der Parteivorstand habe es ohne Angabe der Gründe abgelehnt, das Bundesorgan in der Liste der Parteiorgane aufzuführen, dagegen habe der „Freie Gastwirt“ in dieser Liste gestanden.

Ueber die Agitation sprach Reumann. Nach langer Debatte gelangt folgende Resolution zur Annahme:

„Um die Agitation für den Bund intensiver gestalten zu können, beschließt die zweite Generalversammlung:

Dem Bundesvorstand wird anheim gegeben, die Mittel des Bundes dazu zu verwenden, daß an Orten, in denen unsere Bewegung noch keinen festen Fuß gefaßt hat, öffentliche Versammlungen abgehalten und die Kartelle und Parteiverbindungen ersucht werden, solche Versammlungen einzuberufen. Sont sind öffentliche Versammlungen nur dann zu unterstützen, wenn an den in Frage kommenden Orten die Verhältnisse es als angebracht erscheinen lassen.

Weiter ist das Bundesorgan von Zeit zu Zeit als Agitationsnummer herauszugeben. Es soll sich speziell mit der Aufklärung der Jugend und der Frauen befassen.

Ferner sind Schritte einzuleiten, die es ermöglichen, Wanderversammlungen zu veranstalten.

Um der Partei- und Gewerkschaftspressen Gelegenheit zu geben, der Alkoholfrage mehr Beachtung zu schenken, ist eine Korrespondenz zu schaffen, aus der Artikel übernommen werden können.“

Ueber „Alkohol und Strafrecht“ referierte Kahrenstein-Berlin, der in seinem längeren, mit großem Beifall aufgenommenen Referat u. a. ausführt: Aufgabe der sozialdemokratischen Abstinenten ist es, dem Strafvollzug und seiner Reform ihre Beachtung zu schenken, soweit der Alkohol als bestimmender Faktor dabei in Betracht kommt. Beeinflusst der Alkohol nun das Verbrechen? Der Alkohol in jeder Form ist ein Veräußigungsmittel, er lähmt gewisse Nerven- und Hirnzentren, er schwächt das Verantwortlichkeitsgefühl und die Selbstkritik, die Scham, die Rücksichtnahme. So ist der Alkohol fraglos ein starker Faktor beim Verbrechen. Man kann nicht — wie das Bürgerliche häufig machen — sagen, daß er der alleinige oder auch nur der hauptsächlichste Faktor ist; nein, die sozialen Zusammenhänge sind nicht so einfacher Natur. Ebenso und noch mehr als den Alkoholismus bekämpfen wir die Tuberkulose. Auf einem Gebiete ist der Alkohol besonders gefährlich, bei den Gelegenheitsverbrechen. Wir finden die akuten und chronischen Wirkungen des Alkohols und haben seine individuellen und sozialen Folgen zu prüfen. Nach vielen Statistiken ist dargetan, daß die Zahl der Verbrechen oder Verbrechen immer an den Tagen am höchsten ist, an denen der Alkoholgenuß am größten ist. Die Unfallsstatistik zeigt uns das gleiche Bild. Nun hat man in bürgerlichen Kreisen den Gedanken ausgesprochen, daß man nicht die Verbrechen in der Trunkenheit bestrafen sollte, wohl aber die Trunkenheit selbst. Diese Strafe wäre ein Ausnahmeseß gegen die Arbeiterklasse, denn viele Umstände wirken dahin, daß ein Arbeiter in seiner Trunkenheit der Öffentlichkeit viel mehr ausgesetzt ist, als ein Bessersituierter. Fordern müssen wir aber, daß der Alkoholtrunk zur Teilung nicht einer Strafanstalt oder einem Arbeitshause übergeben wird, sondern daß diese Krankheit in Heilanstalten behandelt wird. Alle sozialen Faktoren müssen hier bessernd zusammenwirken: Wohnungsreform, Verkürzung der Arbeitszeit. Vor allem aber müssen wir hier bessernd in der Erziehung der Jugend wirken, in den Schulen muß ein Alkoholunterricht eingeführt werden. Es ist Zeit, daß wir uns in diesen Dingen endlich einmal auf uns selbst besinnen, um den ungeheuren pestenden Alkoholsumpf trocken zu legen. Dem Strafvollzug müssen wir aber den Zug der Rache nehmen und die Härte obenansetzen. So zu fordern und zu handeln gebietet der Sinn unseres Programms, um die Menschheit aus allen Qualen und Fesseln zu befreien.

Die zum Statut gestellten Anträge verurursachen ebenfalls eine lange Debatte.

Von einer Erhöhung der Bundesbeiträge (10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche) wird abgesehen, dagegen wird das Eintrittsgeld für männliche Mitglieder von 25 auf 50 Pf. und für weibliche Mitglieder von 15 auf 25 Pf. erhöht. Der Extrabeitrag soll, statt bisher halbjährlich, monatlich erhoben werden, und zwar in der seitherigen Höhe von 10 bzw. 5 Pf.

Der Bundesvorstand beantragt die Anstellung eines besoldeten Beamten. Nach langem Für und Wider wird der Antrag angenommen.

Eingehend erörtert wird die Stellungnahme des Bundes zu den Guttemplerlogen, die, wie an Beispielen dargelegt wird, zum Teil den Arbeiterabstinenten gegenüber eine Stellungnahme im Sinne der Schatzmacher beobachten. Die Ortsgruppe Berlin verlangt den Austritt aus solchen Abstinenzorganisationen innerhalb eines halben Jahres nach Eintritt in den Bund. Es wird eine längere Resolution angenommen, an deren Schluß es heißt:

„Es kann der Partei nicht gleichgültig sein, daß bürgerliche Abstinenzorganisationen eine große Anzahl sozialdemokratischer, politischer und gewerkschaftlicher organisierter Arbeiter den Anschauungen der modernen Arbeiterbewegung entfremden. Es kann ihr auch nicht gleichgültig sein, daß nichtbestenfalls weniger leitende Parteigenossen es noch immer für angebracht halten, zum Teil hervorragende Stellungen im Guttemplerorden zu bekleiden.“

Im Hinblick auf diese Darlegungen fordert die zweite Generalversammlung des Arbeiterabstinentenbundes die Parteigenossen allenthalben auf, ein wachsame Auge auf das Treiben der Beamten des Guttemplerordens zu haben.“

Damit sind die anderen hierzu vorliegenden Anträge erledigt. Von den weiteren zur Annahme gelangten Anträgen seien noch diese erwähnt:

Die Generalversammlung möge beschließen: „Der D. A. B. möge sich mit den Gewerkschaften in Verbindung setzen, damit letztere bei den Gewerkschaftsmitgliedern dahin wirken, daß diese, falls sie sich der Abstinenzbewegung anschließen wollen, Mitglieder des D. A. B. werden. Ebenfalls möge die Generalkommission der Gewerkschaften dahin wirken, daß in der Gewerkschaftspresse aufklärende Artikel über die schädlichen Wirkungen des Alkohols mehr als bisher gebracht werden.“

Der D. A. B. möge auf die Konsumvereine der Arbeiter einwirken, damit zu ermäßigten Preisen alkoholfreie Getränke als Verkaufsartikel eingeführt werden.“

Das Bundesorgan soll, wie bisher, alle 14 Tage erscheinen. Die Generalversammlung wolle die Herausgabe eines Flugblattes veranlassen, welches sich mit der „Neutralität“ der bürgerlichen Abstinenzorganisationen beschäftigt. Dieses Flugblatt ist den Ortsgruppen und Einzelmitgliedern zur Agitation gratis zu liefern.“

Das Gehalt des Bundesvorsitzenden wird auf 2000 M. bemessen; außerdem trägt der Bund die Hälfte des Beitrages zur Unterstützungsbewegung des Vereins „Arbeiterpresse“. Das Statut soll am 1. Juli 1907 in Kraft treten.

Zum Bundesvorsitzenden wird Neumann-Damburg, zum Hauptkassierer Jänker-Altona, zum Redakteur Davidsohn-Berlin, zum Vorsitzenden des Ausschusses Klawitter-Bremen und zum Vorsitzenden der Preiskommission Kagenstein-Berlin wiedergewählt.

Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiter- und die internationale Arbeiterabstinenzbewegung wird die Generalversammlung geschlossen.

Der Prozeß Pöplau.

Die Verhandlung des Prozesses gegen Herrn Oskar Pöplau, den früheren Geheimen Sekretariatsassistenten bei der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, hat am Freitag von neuem begonnen. Pöplau ist angeklagt des Vergehens gegen den „Arnimparagrafen“ (§ 353 A des Strafgesetzbuches), der so lautet: „Ein Beamter im Dienst des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches, welcher die Amtsverschwiegenheit dadurch verletzt, daß er ihm amtlich anvertraute oder zugängliche Schriftstücke oder eine ihm von seinem Vorgesetzten erteilte Anweisung oder deren Inhalt anderen widerrechtlich mitteilt, wird, sofern nicht nach anderen Bestimmungen eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark bestraft.“ Diese Anklage gegen P. ist das Ergebnis der Untersuchung gegen Beamte der Kolonialverwaltung, die im Jahre 1906 eingeleitet wurde, nachdem wieder einmal die Kolonialverwaltung kompromittierende Skandale an die Öffentlichkeit gelangt waren. Im Februar 1907 hatte der Prozeß nach mehrtägiger Dauer vor Schluß der Beweisaufnahme abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt werden müssen, weil P. erkrankte und verhandlungsunfähig wurde.

Die erneute Verhandlung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I findet wieder unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Langner statt, die Anklage wird vertreten durch den Staatsanwalt Lindow, dem Angeklagten steht der Rechtsanwalt Vertram als Verteidiger zur Seite. Als Zeugen sind, wie im Februar, ein rundes Dutzend Beamte der Kolonialverwaltung geladen; auch der Reichstagsabgeordnete Erzberger, der damals eine so wenig beneidenswerte Rolle spielte, ist wieder da. Es fehlt dagegen wieder der vielgenannte Geheimsekretär Schneider. Er befindet sich noch immer in einer Krankenheilanstalt bei Eberswalde und hat ein ärztliches Zeugnis eingeholt, das ihm attestiert, es sei ihm noch unmöglich, vor Gericht zu erscheinen. Anwesend ist auch der vom Angeklagten geladene Oberstleutnant Quade, der sich mit seiner Schützentruppenuniform stilvoll in den Rahmen dieses Prozesses einfügt. Andere Zeugen, deren Vernehmung Pöplau gleichfalls fordert, sind erst zu Sonnabend geladen worden, darunter Erbprinz zu Hohenzollern-Langenburg, der frischbackene Staatssekretär Dernburg, der Reichstagsabgeordnete Fürst Bälou, der Abgeordnete Müller-Sagan usw. Am Freitag wurden alle Zeugen zunächst wieder entlassen, weil vorauszusehen war, daß das Verhör des Angeklagten diesen Tag ganz in Anspruch nehmen würde. Pöplau und sein Verteidiger wollten auf das wichtige Zeugnis des Sekretärs Schneider nicht verzichten; daher beschloß das Gericht, den Kreisarzt für Eberswalde telegraphisch aufzufordern, Schneider daraufhin zu untersuchen, ob er vernehmungsfähig ist und ob er an Gerichtsstelle oder nur kommissarisch in der Heilanstalt vernommen werden kann.

Die Vernehmung Pöplaus mußte ganz von vorn beginnen und griff wieder bis auf die Vorgeschichte seines Streites mit der Kolonialverwaltung zurück. Die Abwehr eines ihm persönlich zugefügten Unrechtes war der Ausgangspunkt gewesen, aber die weitere Entwicklung der Streitfrage hatte dann dazu geführt, daß er ein wenig in die dunklen Winkel der Kolonialabteilung hineinkuckte. 1895 war er zur Kolonialabteilung übergetreten, und 1898 wurde er endgültig übernommen. Damals wurden ihm bezüglich seiner Stellung und seines Gehaltes Zusicherungen gemacht, die nachher durch eine im Jahre 1900 beschlossene allgemeine Reuregelung

annulliert wurden. P. sah sich benachteiligt und wehrte sich; das selbe taten einige andere Beamte, die in gleicher Lage wie er waren. Als alle Eingaben nichts nützten, klagte P. schließlich gegen den Reichsfiskus auf Erfüllung jener Zusicherungen oder Ersatz des Schadens. In der Klagebeantwortung bestritt man ihm die Berechtigung seiner Ansprüche. Da berief P. sich auf ein Rechtsgutachten des Justizrats Geheimrat von Franzius, das — seiner Meinung nach — ihm günstig war. Der verlagte Fiskus konnte dieses Gutachten, er hatte es selber eingefordert. Es war aber geheim — angeblich so geheim, daß P. es nicht mal in seinem Prozeß gegen den Fiskus verwerten durfte, weil es ja dadurch an die Öffentlichkeit gelangen mußte. Er hätte, so sagt er, nichts davon erfahren, wenn ihm nicht ein freundlicher Anonymus eine Abschrift davon hätte auf seinen Schreibtisch fliegen lassen. P. machte Gebrauch von dem Rechtsgutachten und mußte es zu diesem Zweck selbstverständlich seinem Prozeßvertreter mitteilen. Seine Klage wurde abgewiesen, weil hier der Rechtsweg überhaupt unzulässig sei. Jetzt wurde aber der Spieß umgedreht und gegen ihn selber gerichtet. Man beschuldigte ihn, er sei auf unrechtmäßige Weise in den Besitz der Abschrift gelangt. Für die Verletzung der Amtsverschwiegenheit, deren er sich dadurch schuldig gemacht haben sollte, daß er das Gutachten an seinen Prozeßvertreter weitergab, wurde er disziplinarisch mit einer Geldstrafe belegt. Hinterher wurde ein Verfahren auf Zwangspensionierung eingeleitet und schließlich wurde sogar mit einem Disziplinarverfahren gegen ihn vorgegangen, das zur Dienstentlassung führte.

Die Preisgabe des angeblich geheim zu haltenden Gutachtens bildet auch den ersten Teil der Anklage. P. macht geltend, daß er an das betreffende Schriftstück gerade deshalb niemals heran kam, weil es zu seinen eigenen Personalakten gehörte, die natürlich ihm selber nicht zugänglich waren. Bereits von Ende 1902 ab habe er seinen Dienst mehr getan, aber noch näher seien ihm verschiedene amtliche Schriftstücke in Abschrift anonym zugestellt worden. Das mußte man übrigens in der Kolonialabteilung, darum wurden noch nach 1902 in wiederholten Verfügungen ihm Schweigegebote diktiert. P. steht auf dem Standpunkte, daß diese Schweigegebote durchaus unberechtigt waren.

Er hat das Material, das ihm so zugegangen war, später dem Abgeordneten Erzberger mitgeteilt, der sich mit ihm in Verbindung gesetzt hatte. Hierher gehört der zweite Teil des Vergehens der Amtsverschwiegenheit, der dem Angeklagten vorgeworfen wird: die Mitteilung von Aktenstücken über den Hauptmann Kannenberg, der zu drei Jahren Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden war, aber hinterher dennoch eine Pension erhielt. Es handelt sich um ein bezügliches Schreiben des Oberkommandos der Schutztruppe, das beim Militärkabinett anfragte, ob über Kannenberg dem Reichstagsauskunft gegeben werden dürfe, ferner um die zustimmende Antwort des Militärkabinetts, weiter um die Verfügung des Reichslanzlers, daß nach einer Kabinettsorder Kannenbergs Bestrafung an seinen Pensionsansprüchen nichts ändern solle. Diese Angelegenheit war von Pöplau dienstlich bearbeitet worden, und die Anklage wirkt ihm vor, daß er auch hier Abschriften aus den ihm zugänglichen Akten genommen habe. P. behauptet, auch hier sei ihm Abschrift anonym zugegangen. Uebrigens habe im Reichstag auf Anfrage Webers, welche Strafe denn dem Kannenberg schließlich für seine Vergehen zu billigt werden sei, der Kolonialdirektor Stübel Auskunft gegeben; da könne also nicht mehr von Geheimhaltung die Rede sein. Allerdings habe Stübel damals über jene Pensionierung, die er, Pöplau, für ungeschicklich gehalten habe, geschwiegen.

Die Vernehmung des Angeklagten wurde hier abgebrochen. In der Sonnabendung soll zunächst das Verhör über den dritten zur Anklage stehenden Fall, die Angelegenheit Riem, erledigt werden und dann die Zeugenvernehmung beginnen.

Aus der Partei.

Der erste Kongreß der japanischen Sozialisten.

Aus den erst jetzt eintreffenden letzten Nummern des „Heimin Shimboun“ (den letzten Nummern vor seiner Unterdrückung) geht hervor, daß Ende Februar in Tokio der erste Nationalkongreß unserer japanischen Genossen stattgefunden hat. Bis dahin waren nur kleinere Konferenzen abgehalten worden. Der Kongreß war von zirka 70 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besetzt. Die Hauptfrage bildete die Festlegung der in Zukunft zu befolgenden Taktik der Partei. Nach langer und eingehender Diskussion fand die nachfolgende Prinzipienklärung, vorgelegt vom Parteivorstand, Annahme:

„Die japanische sozialistische Partei strebt die Beseitigung des gegenwärtigen ökonomischen Systems an, eines Systems, das Armut und Elend im Gefolge hat, und sie ist der Auffassung, daß der gesamte Nationalreichtum in die Hände des Volkes gehört. Indem wir uns diese Prinzipien zu eigen machen, stellen wir uns auf den Boden folgender Erklärung:

Wir werden alles tun, um die Arbeiterklasse zu erwecken, aufzuklären und zu organisieren.“

Wir protestieren mit Entrüstung gegen die Politik der Unterdrückung, wie sie die Regierung gegenüber den 7000 freilebenden Bergleuten von Utsio angewendet hat.

Wir bekunden engste Solidarität und Sympathie mit der revolutionär-sozialistischen Bewegung der ganzen Welt.“

Freigestellt wurde den Parteimitgliedern die Teilnahme an der antimilitaristischen und der arbeitsschaffenden Bewegung.

Die Frage der Beteiligung an den Wahlen rief eine sehr heftige Debatte hervor. Der Genosse Takai sprach sich für die Beteiligung an den Wahlen aus; es sei dies die beste Taktik. Gegen diese Anschauung wendete sich der Genosse Koto mit großer Energie. Das in Japan bestehende Wahlgesetz erkennt unter 18 Millionen erwachsener Männer nur 300 000 Wahlberechtigte an. Bei einem solchen Wahlrecht, so erklärte Koto, sei eine Beteiligung der Sozialisten ganz ausgeschlossen. Das Proletariat müsse sich zunächst durch direkte Aktion, Demonstrationen usw. ein freies Wahlrecht erkämpfen. Hierauf wurde eine Resolution des Parteivorstandes, wonach die Beteiligung an den Wahlen dem persönlichen Ermessen jedes einzelnen Parteigenossen überlassen bleibt, mit 28 Stimmen angenommen; für die Auffassung Kotos (strengste Wahlenthaltung) erklärten sich 22, während für Takai (obligatorische Beteiligung) nur 2 stimmten. — Als Delegierter zum Stuttgarter Kongreß wurde Dr. Takijiro Kato gewählt.

Die Antwort der Regierung auf die Beschlüsse des Kongresses ließ nicht lange auf sich warten. Der „Heimin Shimboun“, der in seiner neuen Form erst kurze Zeit bestand, wurde nach dem Kongreß noch mehr drangsaliert, als vorher. Das Blatt wurde in kurzer Zeit viermal konfisziert und unter Anklage gestellt wegen der Kongreßberichte sowie wegen einiger Artikel, in denen Beleidigungen der Regierung und Gefährdung der öffentlichen Ordnung erblickt wurden. Zwei Redakteure des Blattes, die Genossen Rishikawa und Yamaguchi, wurden zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Schließlich wurde auch das Blatt unterdrückt. Trotz aller dieser Schikanen und Verfolgungen, denen die japanischen Sozialisten ausgesetzt sind, blieben sie durchaus hoffnungsfreudig in die Zukunft und über kurz oder lang werden sie auch wieder über ein neues Kampforgan verfügen. —

Ein Jubilar. Am Donnerstag, den 23. Mai hat zu Bingen im Ruhrrevier der Genosse S. Kämpchen, der Bergarbeiterpoet, dessen kampfrische und tiefempfundene Lieder auch über den Kreis seiner Kameraden hinausgelangen und gewürdigt sind, seinen 60. Geburtstag gefeiert. Das „Vollblatt“ für Bochum beglückwünscht den Jubilar und schildert seinen Lebensgang:

„Kämpchen, der einer Bergarbeiterfamilie entstammt, wurde am 23. Mai 1847 zu Altendorf a. d. Ruhr geboren. Schon frühzeitig mußte der hochaufgeschossene Knabe zur Grube gehen. In dem jungen Bergknappen entwickelte sich früh der Sinn für Poesie, der besonders durch das schöne romantische Ruhrtal gepflegt wurde, das damals noch in seinen jungfräulichen Reizen, mit seinen alten Berggruben und ausgehöhlten Wäldern das Auge entzückte. In manchen herrlichen Gefängen, die von Freund und Feind ungeteilte Anerkennung gefunden haben, hat er die teure Heimat besungen. Aber nicht allein der schönen Heimat galt sein Sang, er hat auch den Drang und die Not des Bergarbeiterdaseins in so treffenden Farben gemalt, wie das bisher noch keinem Menschen gelungen ist. Und wer konnte es auch besser als er, der von der Pile auf das Bergmannsleben geloset hatte. Wie oft hat er im Kreise der Kameraden dem sehnsüchtigen Wunsch Ausdruck gegeben, daß doch einmal auch für den gedrückten Bergmannsstand die Morgenröte einer besseren Zeit andrehen möge. Der Wunsch sollte durch den 89. Bergarbeiterstreik, in dem wir ihn als Delegierten von Beche Hasenwinkel sehen, in Erfüllung gehen. Das Kapital rächte sich auch an ihm — er wurde aufs Pflaster geworfen. Aber wenn jemals das Goethesche Wort von dem Teil der Kraft, der nur das Böse will und stets das Gute schafft, angedacht war, so hier. Hätte ihn das Kapital nicht aus der Arbeit hinausgeworfen, er wäre so lange zum verderbbringenden Schacht gewandert, bis er aufgebraucht war. So aber hat er sich mit einer kläglichen Rente und dem kleinen Ertrage seiner poetischen Arbeiten durchgehungen. Heute geht es ihm etwas besser, vor der äußersten Not ist er gerettet. Seine Kameraden von ganz Deutschland und darüber hinaus, die sich so oft an seinen aufmunternden Liedern erfreut haben, grüßen ihn am heutigen Tage zu seinem 60. jährigen Geburtstage. . . .“

Die deutsche Arbeiterschaft wird sich den Glückwünschen des Bochumer Parteiblattes aus vollem Herzen anschließen. Heinrich Kämpchen ist einer von denen, auf die sie mit berechtigtem Stolz blicken kann — ein Zeuge der geistigen Kräfte, die im Proletariat stecken und die nur auf die Gelegenheit warten, um sich zu entfalten. Wir hoffen, daß der Jubilar dem reichen Schatz seiner Lieder, mit denen er uns erfreut und erhoben hat, noch manche neue Gabe anfügen wird.

Personalien. Genosse Eugen Kirckpfeffing, Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg, übernimmt ab 1. Juli dieses Jahres die Redaktion der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen.

Sonder-Angebot!

Kaufhaus Bernhard Cohn & Co^{ie}

an der Schulstraße 153 Müllerstraße 153 an der Schulstraße

Um mit den bedeutenden Vorräten in den nachstehenden Artikeln schnell zu räumen, offerieren wir nur soweit unsere Bestände reichen

<p>Weißer Blusen aus Seiden-Batist mit Stickerei-Einsatz, Wert bis M. 4.50, durchweg 1.95</p> <p>Weißer Blusen aus Seiden-Batist m. Valenciennes u. Stickerei-Einsatz in entzückender Verarbeitung, Wert bis M. 9.00, durchweg 3.65</p> <p>Knaben-Waschanzüge in allen möglichen Fassons, in guten Stoffen und bester Verarbeitung, weit unter Preis, durchweg M. 2.85</p> <p>Kinder-Kleidchen in jedem Geschmack und unübertroffener Auswahl, Gr. 45—55 cm, von M. 0.72 an</p> <p>Weißer Batist-Taschentücher mit Hohlbaum 1/2 Dtd. M. 0.60</p>	<p>Weißer Batist-Taschentücher aus englischem Batist mit imitiertem Seiden-Kante und Hohlbaum 1/2 Dtd. M. 1.20</p> <p>Weißer Batist-Taschentücher mit Hohlbaum und bunten Blumen-Kanten, feine Qualität 1/2 Dtd. M. 0.90</p> <p>Weißer Damen-Hemden aus prima Waschstoff mit Languettes und Hohlbaum, Wert M. 2.90, jetzt 1.75</p> <p>Weißer Fantasie-Damen-Hemden mit Stickerei aus gutem Renforcé, Wert zirka M. 3.25, durchweg 1.95</p>	<p>Ein Posten Herren-Oberhemden glatt Zephir mit farbigen Einsätzen, nur in Halsweite 37—40 cm, Wert zirka M. 5.00, durchweg 2.95</p> <p>Elegante Zierschürzen mit doppelten Spitzen-Einsätzen und ringsum Spitze, Wert M. 1.85, jetzt 0.78</p> <p>Ein Posten Zephir- und imit. Mousse-line-Blusen aus schönen Stoffen, Wert M. 3.00, 4.50, 1.65</p> <p>Elegante Kleiderstoffe in schönsten Farbstellungen, zu Blusen u. Kinderkleidern, mit Seiden-Karos ohne Rücksicht auf den früheren Wert, durchweg Meter 1.85</p>
--	--	---

Ferner kommen die während der Pfingstwoche angesammelten Reste und Abschnitte zu billigen Preisen zum Verkauf.

Norden-Marken!

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 26. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Freier, Koppenstr. 29:

General-Versammlung der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands, Ortsverein Berlin.

Tagesordnung: Das Resultat der Aussperrung und unsere weitere Stellungnahme dazu.

Kollegen, erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung. Auch die Mitglieder der umliegenden Ortsvereine sind hierzu eingeladen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Achtung! Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sonntag, den 26. Mai, vormittags 9¹/₂ Uhr, im Lokale „Neue Welt“,
Safenheide 108-114:

Außerordentliche General-Versammlung

aller zum
Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Maurer.

Tages-Ordnung:
Bericht über den Stand der Aussperrung.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Die Verbandsleitung.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Bureau: Stein-Strasse 38, I. — Telefon: Amt III Nr. 8574.

Sonntag, den 26. Mai, vormittags 10¹/₂ Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

bei Boeker, Weberstraße Nr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Die Aussperrung im Baugewerbe und unsere weiteren Maßnahmen. 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand. J. A.: Hermann Norgel.

Zentral-Verband der Zimmerer Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.
Geöffnet wochentäglich von 8-1 und 3-7 Uhr.

Montag, den 27. Mai 1907, abends 8¹/₂ Uhr, in der Branerei Friedrichshain,
Am Königstor:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht über die Aussperrung im Berliner Baugewerbe und wie stellen wir uns dazu?

Mitgliedsbuch legitimiert.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. 119/130 Der Vorstand.

Brennabor

Brennabor-Motorräder
und Transportfahrzeuge sind das
VOLLKOMMENSTE
der Motorrad-Technik, sie haben u. a.
Patent-Frictions-Kupplung und Leerlauf.
Der Motor kann bei stillstehendem Fahr-
zeug in Gang gebracht werden.



Preisverzeichnis kostenlos.
Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.

Oscar Arnold Dresdenstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz Hut und Mützen Engros-Geschäft!

Filzhüte, Cylinder-
hüte, Strohhüte und
Mützen.

Garnierte
Damenhüte!!

Größte Auswahl!
Einzelverkauf zu auf-
fallend billigen aber
streng festen Preisen!



Nachruf.
Am 23. d. Mts. verschied plötzlich infolge eines
Herzschlages unser treuer Mitarbeiter Herr 274/11
Hermann Henschke
kurze Zeit, nachdem er in treuester Erfüllung seiner
Dienstpflicht sein Tagewerk beendet hatte.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen Beamten,
dessen Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit ihm alle-
zeit ein dauerndes Andenken bei unserer Verwaltung
sichern werden. Seine Hingabe und seine Pflichttreue
werden allen jüngeren Kollegen ein Vorbild bleiben.
Charlottenburg, den 24. Mai 1907.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse
für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Möbelpolierer.

Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 Uhr, im Königsstadt-Kasino,
Holzmarktstr. 72:

Branchen-Versammlung der Möbel- und Stuhlpolierer sowie Beizer.

Tages-Ordnung: 86/10
1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Adolf Ritter
über: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse.“
2. Diskussion. 3. Die fünfprozentige Lohnerhöhung und ihre Durchführung.
4. Verschiedenes.
Der Kollege Schulz wird hierdurch aufgefordert, die Ruffenliste 6040,
welche er in der Vertrauensmänner-Versammlung Süd-Ost erhalten hat,
sodort zurückzugeben. Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Sof. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Sof. III. Amt 3, 1987.

Montag, den 27. Mai, abends 6¹/₂ Uhr, in Wildau, im
Lokal von Schumann früher Nefke:

Mitglieder-Versammlung für Königs-Wusterhausen und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Schmidt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Jedes Mitglied hat sein Verbandsbuch mitzubringen.
NB. Die Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befindet sich
beim Kollegen Aug. Querschel, Königs-Wusterhausen, Bahnhofstr. 1.
119/8 Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 27. Mai 1907, abends 6 Uhr, bei Graumann,
Raumnstraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Entwicklung zur Weltwirtschaft.“
Referent: Schriftsteller Genosse Max Grünwald. 2. Diskussion. 3. De-
ganisationsangelegenheiten. 141/12
Jahresliche Beteiligung liegt im Interesse aller Mitglieder.
Gäste, auch Frauen willkommen. Der Vorstand.

Unerreich
an
Wohlgeschmack

ZARI
23
Cigarette

Cigarattenfabrik TUMM Dresden, gegr. 1876.

Neu erschienen
sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern zur Anschaffung
empfehlen:
Ueber Verfassungswesen.
Von Ferdinand Lassalle.
Inhalt: Ueber Verfassungswesen. Was nun?
Macht und Recht.
Neue Ausgabe, mit Einleitungen versehen von Ed. Bernstein.
Preis 50 Pf.

Sozialistische Literatur.
Zwei Vorträge von Paul Leusch. Preis 15 Pf.

Der Kampf der Arbeiter. Sieben Aufsätze aus der
„Leipziger Volkszeitung“
von Anton Pannekoek. Preis 20 Pf.

Dialektisches. Vollständige Vorträge aus dem Gebiete des
proletarischen Kampfes von Ernst Unter-
mann. Geb. Preis 1 M.

Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung
Herausgegeben von Eduard Bernstein.

1. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes.
Illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.
Preis in Leinen geb. 6,50 M., halbfz. geb. 7,50 M.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.
Linienstr. 69, Laden. 284/7

Dem Bademeister und Schwimm-
lehrer in Sachses Bellenbad, Genossen
Otto Kühne
zu seinem 25jährigen Berufsjubiläum
ein donnerndes God! 8168
Einige Freunde und Bekannte.

Am Donnerstag, den 23. Mai,
vormittags 8¹/₂ Uhr, wurde mein
lieber Mann und unser guter
Vater, der Schraubendreher
Georg Duvinage
im Alter von 41 Jahren von
seinem schweren Leiden erlöst.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirchhofes der fran-
zösischen Gemeinde in der Prinzen-
allee aus statt. 8276
Tiefbetrübt zeigen dies an
Marie Duvinage, geb. Koch
nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Schraub-
endreher

Georg Duvinage

Wie Schönhauserstr. 21/22
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirchhofes der fran-
zösischen Gemeinde in der Prinzen-
allee aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
245/18 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schraub-
endreher

Georg Duvinage

am 23. d. M. an Herzklappenfehler
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Son-
ntag, den 26. Mai, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Kirchhofes der französischen Ge-
meinde, Prinzen-Allee, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser

Wilhelm Kneist

am 23. d. M. an der Proletarier-
krankheit gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, in Lindenau, Ren-
stadt a. D., statt.
119/8 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 22. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Tischlermeister

Friedrich Kornetzki

Demminestr. 23.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 27. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Friedhof
der Friedendsgemeinde in Nordend
statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
210/11 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Nowawes.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Barbier
Genosse

Max Fehmel

am Donnerstag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. Mai, nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle in der Uferstraße aus statt.
Die Mitglieder versammeln sich
um 4¹/₂ Uhr im Lokal von Nieme.
Rege Beteiligung erwartet
902/5 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, die Arbeiterin

Gertrud Wolter

gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
119/7 Die Ortsverwaltung.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 44112
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Der Schneiderboykott vor Gericht.

Gegen den von den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern über eine Anzahl Berliner Konfektionsfirmen verhängten Boykott hatte sich die Firma S. Böhm, Stalitzerstr. 39, aufgelehnt. Sie hatte eine einstweilige Verfügung erwirkt, in welcher bei Androhung einer Strafe von 500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung dem Verband deutscher Schneider untersagt war, in Berlin und den Vororten das Boykottflugblatt zu verbreiten oder die Boykott-erklärung im „Vorwärts“ oder anderen Zeitungen abdrucken zu lassen, und zugleich der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt verboten war, die Boykottklärung abzuwickeln oder zu verbreiten. Darauf war in zwei späteren „Vorwärts“-Annoncen von dieser einstweiligen Verfügung Mitteilung gemacht worden. Sowohl der Schneiderverband wie auch die Buchdruckerei und Verlagsanstalt „Vorwärts“ hatten gegen die einstweilige Verfügung Widerspruch erhoben und zur Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der Verfügung stand gestern vor der 33. Zivilkammer des Landgerichts I Termin an.

Als Vertreter der Firma Böhm führte Rechtsanwalt Dr. Weinberg zur Rechtfertigung der einstweiligen Verfügung aus: Die Boykottklärung verstoße gegen die guten Sitten, verlege auch widerrechtlich den Gewerbebetrieb Böhm's und sei schließlich deshalb zu unterlassen, weil in den Flugblättern die unwahre Tatsache behauptet sei, daß Böhm aufgefordert worden sei, Betriebswerkstätten zu errichten. Allerdings habe das Reichsgericht angenommen, daß ein Boykott und seine Bekanntmachung an sich gestattet sei, hier aber seien ganz besonders scharfe Mittel zur Durchführung des Boykotts angewendet worden. Vor allem sei in dieser Hinsicht zu berücksichtigen, daß Böhm das Geschäft in der Stalitzerstrasse, also in einer Arbeitergegend betreibe, in einem Stadtviertel, welches zum Wahlkreis des Abgeordneten Singer gehöre und in welchem, wie Böhm jetzt besonders festgesetzt habe, nicht weniger als 90 Proz. der Wahlstimmen sozialdemokratische seien. Bei dem bekannten Terrorismus der sozialdemokratischen Partei und dem Opfermut der Parteimitglieder sei der Boykott gleichbedeutend mit Böhm's Ruin. Der Fall des Wäckerboykotts in Kiel, bei dessen Beurteilung das Reichsgericht den Boykott für zulässig erachtet habe, liege schon deshalb anders, weil in Kiel die Namen derjenigen veröffentlicht seien, bei denen gekauft werden solle, hier aber die wenigen Konfektionsfirmen genannt seien, die gemieden werden sollten; ferner habe es sich damals auch darum gehandelt, die in den Wäckerereien häufig vorkommenden Unsauberkeiten zu beseitigen, so daß jener Boykott also zugleich im Interesse des großen Publikums gelegen habe.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld beantragte namens des Verbandes der Schneider die Aufhebung der einstweiligen Verfügung. Er wies in längeren juristischen Ausführungen und insbesondere auf Grund der Reichsgerichtsentscheidung, welche den Kieler Wäckerfreit betraf, die Unhaltbarkeit der Verfügung nach. Allerdings habe in jenem Falle die Reinlichkeitsfrage eine große Rolle gespielt, aber gerade bei der Forderung des Schneiderverbandes, die Heimarbeit zu beseitigen und Betriebswerkstätten einzurichten, handele es sich ebenfalls um eine Forderung, welche aus hygienischen Gründen gerechtfertigt sei. Gatten doch auf dem Heimarbeiterkongress a. a. auch solche Erwägungen dazu geführt, daß nicht nur die Arbeitervertreter, sondern auch die bekanntesten bürgerlichen Sozialpolitiker sich für die Einschränkung der Heimarbeit und für die Errichtung von Betriebswerkstätten ausgesprochen hätten. Von einem völligen Ruin Böhm's könne nicht die Rede sein, da die Beseitigung der Heimarbeit für ihn höchstens eine kleine Einschränkung seines Profits, das Bestehenbleiben der Hausindustrie aber den Ruin in der Heimarbeiterbedeutung. Von einem Verstoß gegen die guten Sitten könne nun schon gar nicht die Rede sein, da kaum irgend eine Maßnahme für unethisch bezeichnet werden könne, wenn sie unternommen würde, um den elenden Zuständen in der Hausindustrie ein Ende zu machen. Daß die Arbeiterschaft die Errichtung von Betriebswerkstätten fordere, könne auch Böhm nicht entgangen sein, da seit dem Konfektionsarbeiterstreik des Jahres 1896 und insbesondere seit dem Heimarbeiterkongress immer wieder von neuem, und zwar in aller Öffentlichkeit, diese Forderung erhoben worden sei.

Der Verlag des „Vorwärts“ war durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Wehrndt vertreten, welcher ausführte: Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts sei der Boykott im vorliegenden Falle zweifellos zulässig gewesen. Er habe ein Ziel von höchster sittlicher Bedeutung, die Beseitigung der Heimarbeit, verfolgt, und sei durchaus in sachlicher, von persönlicher Gefügigkeit freier Weise durchgeführt worden. Der Boykott werde auch von den höchsten staatlichen Behörden, insbesondere dem Kriegsministerium, den sozialdemokratischen Gastwirten gegenüber angewendet. Sei aber der Boykott rechtlich zulässig, so sei es auch gestattet, ihn so zu gestalten, daß er wirksam sei. In Berlin könne man nicht, wie es in Kiel bei viel kleineren Verhältnissen geschehen sei, alle nicht boykottierten Geschäfte aufzählen, sondern man müsse der besseren Uebersichtlichkeit halber die boykottierten Geschäfte namhaft machen.

Nach längerer Beratung verkündete der Gerichtshof: Die gegen den Schneiderverband und den „Vorwärts“ gerichtete einstweilige Verfügung wird aufgehoben, der Firma Böhm werden die Kosten des Rechtsstreites auferlegt.

Damit ist der von der Arbeiterschaft verlangte Boykott durch das Gericht sanktioniert und es ist nunmehr Sache der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß der Boykott wirksam bleibt und endlich die Heimarbeit beseitigt wird.

Generalversammlung des Verbandes der Handschuhmacher Deutschlands.

Berlin, den 24. Mai 1907. Sechster Sitzungstag.

Den letzten Sitzungstag beschäftigten lediglich Angelegenheiten, die ein allgemeines Interesse nicht haben. Die Anstellung eines besoldeten Beamten für Halberstadt wurde abgelehnt, weil man weder die Notwendigkeit dafür anerkannte, noch zu der Ueberzeugung kommen konnte, daß es einer einzelnen Person möglich sei, bessere Zustände herbeizuführen. Die Mehrheit der Halberstädter Mitglieder ist übrigens gegen die Anstellung eines Beamten.

Das Anfangsgehalt der Verbandsbeamten wird mit 2000 M. festgesetzt, steigend um jährlich 50 M. bis zum Höchstbetrage von 2400 M. Ferner sollen die Beamten das Recht erhalten, einen zweiwöchentlichen Urlaub in Anspruch zu nehmen.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin, des Ausschusses in Stuttgart.

Die nächste Generalversammlung soll 1910 in München tagen. Die neuen Verbandsstatuten treten am 1. Juli dieses Jahres in Kraft. Die Generalversammlung wurde mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Am 2. Juni d. J. veranstaltet der Chormeister Herr Kalmene mit seiner Vereinen (gemischten Chören) im Parkrestaurant in Schöneberg ein Konzert mit anschließendem Tanz. Da man bestrebt ist, Willeits hierzu hauptsächlich in Arbeiterkreisen umzusetzen, weisen wir darauf hin, daß in Schöneberg kein einziges Lokal zu Versammlungen zur Ver-

fügung steht und sind daher alle dortigen Veranstaltungen seitens der Parteigenossen streng zu meiden. Folgende Lokale im Kreise Zeltow-Deestow stehen uns jetzt zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: Schöneberg bei Berlin: Wintergarten (Wehrens Theater), Goltzstraße; Gussow bei Groß-Befen: Restaurant von Herrn Schuft; Groß-Befen: Restaurant Bahalla, Inh. Reinicke; dagegen ist das dortige Lokal Waldschlößchen, Inh. Witwe Agnes Tresper, gesperrt. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 26. Mai, früh 8 Uhr, findet von den belannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Alle Genossen müssen pünktlich zur Stelle sein. Am Dienstag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei E. Jähle, Denuwiststr. 13, eine Volksversammlung statt, in der unser Abgeordneter, Genosse Richard Fischer, über den verflochtenen Reichstag sprechen wird. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Dienstag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Wirtshaus Schmargendorf“, Warnemünderstraße 6, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse Dr. med. Löwenstein über das Thema: „Vom Tode“ referieren wird. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Am Sonntag, den 26. Mai, vormittags 8 Uhr, findet Handzettverbreitung vom „Wirtshaus Schmargendorf“ aus statt, zu welcher es Pflicht jedes Genossen ist, pünktlich zu erscheinen.

Rudow. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, bei Polin statt. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Grünau. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am Sonntag früh um 8 Uhr, von der „Grünen Ede“ aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Pünktliche und zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Reichenhagen a. d. Osth. Sonntag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet bei A. Wünsche Mitgliederversammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin, unsere weitere Diskussion und Verschiedenes. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Mahlsdorf a. d. Osth. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale des Herrn Schliefe, Hönoverstraße, die Versammlung des Wahlvereins statt. Der Genosse Krebs wird über Rechte und Pflichten eines Gemeindeangehörigen referieren, außerdem findet die Abrechnung vom Wahlfest statt. Morgen früh 8 Uhr findet für die Orte Kaulsdorf und Mahlsdorf eine Broschürenverbreitung statt. Für die Genossen von Kaulsdorf bei Nees, für Mahlsdorf-Süd (Kielemal) Köpenickerallee bei Heidendorf. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Krausnick. Sonntag, den 26. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Jossen. Den Genossen zur Nachricht, daß die ordentliche Monatsversammlung des Wahlvereins am Mittwoch, den 29. d. Mts., stattfindet. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Sonntag, den 26. Mai, morgens 8 Uhr, findet von Paris Lokal aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Oranienburg. Den Wahlvereinsmitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 26. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Lokale von Braun unsere Mitgliederversammlung stattfindet. Auf der Tagesordnung steht u. a.: „Einiges aus der letzten Stadtverordnetenversammlung“. Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Kosowies. Morgen Sonntag, vormittags von 9-12 Uhr findet das Einsammeln der Beiträge für den Wahlverein in folgenden Lokalen statt: 1. Bezirk Otto Hiemele, Wahlstr. 55; 2. Bezirk Karl Gruhl, Prieferstr. 69 und 3. Bezirk Paul Junger, Gr. Weerenstr. 50.

Berliner Nachrichten.

„Berlin die rückständigste und rückschrittlichste Stadt.“

Mit diesem Urteil, das Professor Adolf Wagner auf dem „Sozialen Kongress“ über Berlin gefällt hat, findet sich ein Teil der auf den Liberalismus schwörenden Berliner Presseorgane in grotesk-komischer Weise ab.

Das „Berliner Tageblatt“ macht aus der Not eine Tugend, indem es dem Professor Wagner beitrifft, sich zugleich aber durch Interviews von zwei „führenden Mitgliedern“ des Kommunal Liberalismus deckt, die natürlich das Wagnersche Urteil als jeder Berechtigung entbehrend und vom Haß gegen Berlin eingegeben kennzeichnen.

Sehr drollig und echt „Fischbeißisch“ springt die „Freisinnige Zeitung“ für den Berliner Rathausliberalismus ein. Kein anderer als der Pastor v. Bodelschwing wird als Zeuge dafür aufgerufen, daß Berlin „Sozialpolitik“ treibe. Die Berufung auf das Aiteft Bodelschwings, der auf der sozialpolitischen Bühne die Rolle des „komischen Alten“ mit unbestrittenem Erfolge mimt, schützt die „Freisinnige Zeitung“ vor der Gefahr, in sozialer Beziehung ernst genommen zu werden. — Also Schwamm drüber!

Die eigentliche Ursache der sozialen Rückständigkeit Berlins hat die „Volks-Zeitung“ entdeckt, welche die Situation des „Kommunalsozialismus“ in Berlin folgendermaßen schildert:

„Die sozialfortschrittliche Gruppe allein sucht ein modernes soziales Empfinden auch in die Kommunalpolitik hineinzugetragen. Sie ist aber zu klein und es wird ihr auch von den anderen Fraktionen jede regere Beteiligung so schwer gemacht, daß sie es bei theoretischen Erörterungen bewenden lassen muß.“

Danach ist es also das „Preuß-Deutsche“ Fährlein, welches im „Roten Hause“ einsam und verlassen eine Lange für den „Kommunalsozialismus“ bricht. Es geht doch nichts über eine objektive Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse.

Von der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Rathaus hat die brave „Volks-Zeitung“ noch nie gehört.

Daß das Urteil des Professors Wagner sich einzig aus dem Umstande rechtfertigt, daß die Forderungen der Sozialdemokratie gegenüber dem mit manchesterlichem Panzer umgürteten Liberalismus aller Schattierungen im Rathaus bisher zum großen Teile erfolglos blieben — davon weiß die „Volks-Zeitung“ kein Wort — wenigstens erwähnt sie dieses Umstandes nicht, um den Nutzen der „Sieben Aufrechten“ nicht zu schmälern.

Aber leider müssen wir konstatieren, daß die kommunal-sozialistische Loga, mit der diese liberale Spielart sich gern zu schmücken pflegt, oftmals recht fadenstichig und wenig geeignet ist, die kapitalistischen Wägen zu bedecken.

Verlah ist auf die sieben Wägen der „Volks-Zeitung“ nicht — das beweisen die vielen Beschlüsse der Stadtverordneten-

versammlung, in denen die sozialfortschrittliche Gruppe die Feuerprobe modernen sozialen Empfindens in der Kommunalpolitik nicht bestanden hat. Die bürgerlichen Gruppen der Berliner Kommunalverwaltung spinnen allesamt dasselbe Garn; die Nummer ist mitunter etwas verschieden — das ist aber auch alles.

Rückständig und rückschrittlich auf sozialem Gebiete ist Berlin, nicht trotzdem der Liberalismus, sondern weil der Liberalismus im Roten Hause Trumpf ist.

Jedes Blatt der Berliner Kommunalgeschichte legt Zeugnis dafür ab, daß Berlin nur widerwillig und durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, sich der sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinde — soweit nicht gesetzliche Verpflichtungen dazu zwingen — zuwendet. Das ist unbestreitbar. Bei fast allen durch die Befehgebung den Gemeinden fakultativ gestellten Aufgaben hat Berlin zunächst verjagt und erst jahrelangem Drängen, namentlich der sozialdemokratischen Stadtverordneten, ist es geschuldet, wenn hiesig wenigstens an einigen Stellen eine Wendung zum Besseren eingetreten ist.

Der Berliner Kommunal Liberalismus hat also gar keine Ursache, sich dem Wagnerschen Urteil gegenüber aufs hohe Pferd zu setzen — aber Herr Wagner sollte — wenn er durchgreifende soziale Reformen auf kommunalem Gebiete ermöglichen will — seine konservativen Freunde im preussischen Landtage und in der Regierung veranlassen, das Dreiklassenwahlrecht und das Hausbesitzerprivilegium für die Gemeinden zu beseitigen.

Das — aber auch nur das allein kann und wird helfen!

Zweifelhafte Hüfe.

Zu der Meute, die über den Professor Wagner ob seiner Kennzeichnung der Berliner Kommunalpolitik herfällt, gehört, wie bereits oben bemerkt und wie sich das auch gehört, das „Berliner Tageblatt“. Bei dieser Gelegenheit hat dieses Blatt sein Herz entdeckt. Es findet, daß das Hausbesitzerprivilegium in der Stadtverordnetenversammlung ein Feind des Fortschritts ist, indem es schreibt:

„Wir werden auch gern dazu mitwirken, um die Hindernisse zu entfernen, die sich einem regen kommunalen Leben entgegenstellen, ganz besonders, soweit es sich um die Beseitigung des Hausbesitzerprivilegiums in der Stadtverordnetenversammlung, um die Uebernahme der Verkehrs mittel in städtische Regie und um soziale Fürsorge für die städtischen Arbeiter handelt.“

Wir nehmen Akt von diesem Bekenntnis, meinen aber, daß die Arbeiter gut tun, sich auf sich selbst zu verlassen. Die Helfersdienste des „Tageblatt“ sind sehr zweifelhaft, außerdem unerheblicher Natur. Die Arbeiterklasse kann sich mit der Beseitigung des Hausbesitzerprivilegiums allein nicht begnügen, sie verlangt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für die Kommune.

Der Stadtverordneten Ausschuh zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die künftige Einrichtung des Berliner Rettungswesens hat seine Beratungen beendet. Die Vorlage, wonach dem Kreisverein die einstweilige Weiterführung der Rettungswachen übertragen wird, wurde unbenändert angenommen. Es wurde jedoch ferner beschlossen, dem Plenum der Versammlung vorzuschlagen, den Magistrat zu ersuchen, bis zum 1. November d. J. eine Vorlage zu machen über die künftige Einrichtung des Berliner Rettungswesens, das vollständig vom 1. April 1908 ab vollständig in städtische Verwaltung übergehen soll. Vom Stadtverordneten Dr. Wehl lag folgender Antrag vor: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, sofort in Verhandlungen wegen Uebernahme der Einrichtungen für das Rettungswesen sowie die Krankenbeförderung in städtische Verwaltung mit den beteiligten Organisationen — Rettungsgesellschaft, Sanitätswachen, Unfallstationen, Verband für erste Hüfe — auf folgender Grundlage einzutreten und ihr baldigst eine entsprechende Vorlage zu machen: 1. Nachdem die Krankenhäuser Berlins und der Vororte als Hauptwachen bestehen bleiben und die mit den Sanitätswachen verbundenen Rettungswachen in städtische Verwaltung übergegangen sind, werden die Sanitätswachen vom 1. April 1908 von der Stadt übernommen; die Ueberwachung übt ein Kurator in der Person des Vorsitzenden aus, der auch die Kostengesäfte kontrolliert. 2. Die Sanitätswachen, die mit Unfallstationen in Verbindung stehen, sind verpflichtet, diese Verbindung aufzugeben, da auch hier die Stadt den Tagesdienst übernimmt. 3. Die beteiligten Organisationen sind hiervon in Kenntnis zu setzen mit dem Bemerken, daß vom 1. April 1908 an der Zuschuh fortfällt. 4. Es soll ein Plan von Berlin angefertigt werden, in welchem die Lage der Sanitäts- und Rettungswachen, der Krankenhäuser (Hauptwachen) und der Unfallstationen durch besondere Farben kenntlich gemacht wird; hierdurch kann festgestellt werden, in welchen Stadtteilen noch ein Bedürfnis für städtische Wachen besteht bezw. welche Wachen fortfallen können. 5. Der ärztliche Dienst in den Wachen wird einem Kreisverein übertragen, dem diejenigen Ärzte angehören, die unter den später festzulegenden Bedingungen den Wachdienst zu übernehmen bereit sind. 6. Mit dem Verband für erste Hüfe sind sämmtliche Verhandlungen anzuknüpfen zwecks Einberleibung der Krankenbeförderung in die städtische Verwaltung.“ Dieser Antrag soll dem Magistrat als Material überwiefen werden. Zum Berichterstatter wurde Dr. Wehl erwählt, der in der nächsten Sitzung berichten wird.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wer in dieser Woche wegen plötzlicher Erkrankung des Lehrers ausgefallene Unterricht in der sozialen Befehgebung wird am Sonntagvormittag 10 Uhr nachgeholt.

Polizeiverordnung für den Zeltowkanal. Für den Zeltowkanal und den Prinz Friedrich Leopold-Kanal ist jetzt eine Strom- und Schiffsahrtspolizei-Verordnung von dem Regierungspräsidenten zu Potsdam als Chef der Verwaltung der märkischen Wasserstraßen erlassen worden. Es wird dadurch die Wirksamkeit der 1896 erlassenen Strom- und Schiffsahrtspolizei-Verordnung und die Verordnung von 1900 auf die beiden Kanäle übertragen und zwar für den Zeltowkanal von der Ausmündung aus der Glienider Lake bei Potsdam bis zur Mündung in die Wendische Spreo bei Grünau nebst dem Zweigkanal von Brich bis zur Mündung in die Oberpreo bei Treptow, einschließlich der Fahrstraßen durch den Griebnisee und den Klein Radnowener See sowie für den Prinz Friedrich Leopold-Kanal von seiner Abzweigung aus dem Griebnisee bis zur Einmündung in den großen Wannsee bei Wannsee einschließlich der Fahrstraßen im Stolper See und dem Kleinen Wannsee. Besondere Vorschriften sind notwendig für die elektrische Treibelei des Kanals. Das erste Schiff eines Lokomotiven geschleppten Schlepptuges hat an der Radbordseite ein rotes und an der Steuerbordseite ein grünes Licht zu führen. Jedes weitere Schiff eines Schlepptuges hat vorn ein rotes und hinten ein weißes Licht zu führen, ein einzelnes geschlepptes oder das leichte Schiff eines Schlepptuges außerdem am Steuer ein von allen Seiten her sichtbares helles Licht.

Wichtig für den Sport ist die Bestimmung, daß die Fahrgeschwindigkeit der im Prinz Friedrich Leopold-Kanal zugelassenen Dampfboote und Motorboote 4,0 Kilometer nicht überschreiten darf. Das Baden, Bespaßen und Liegen der Fahrzeuge in den

Kohlestrahlen ist außer an den vom Kanaldirektor bestimmten Stellen verboten. Durch die Polizeiverordnung wird natürlich auch das Schlepplimonopol des Kreises bestätigt. Besondere Bestimmungen regeln die notwendigen Rücksichten auf die Treibeiseln beim Abziehen und Laden. Ein Vorkaufsrecht steht im Letztontkanal nur den der königlichen Hof- und Staatsverwaltung und dem Kreise Letztow gebührenden Fahrzeugen zu. Die Fährerei wird im Letztontkanal und Prinz-Friedrich-Leopold-Kanal nur ausnahmsweise mit jedesmaliger Genehmigung des Kanaldirektoriums zugelassen.

Der Echnungsverkehr der Eisenbahnen war erheblich stärker, als man im Hinblick auf die überaus ungünstige Witterung hätte erwarten können. Die Berliner Fernbahnhöfe verlaufen an den vier Tagen von Mittwoch bis Sonnabend vor Pfingsten nach der amtlichen Zusammenstellung 223 702 Fahrkarten, das sind 2218 mehr als an den gleichen Tagen des Vorjahres. Der stärkste Verkehr fiel auf den Pfingstsonnabend, an welchem 127 542 Personen Berlin mit den Fernzügen verließen. Außer den fahrplanamäßigen Fernzügen verkehrten während der Pfingsttage 664 Verstärkungs- und Sonderzüge von und nach Berlin. — Im Stadt- und Ring- und im Vorort-Verkehr betrug die Zahl der verlaufenen Fahrkarten am Himmelfahrtstage 919 399 (gegen 828 310 im Vorjahre), am ersten Pfingstfeiertage 918 744 (gegen 699 048 im Vorjahre), am zweiten Feiertage 542 743 (gegen 799 962 im Vorjahre) und am Dienstag, dem sogenannten dritten Feiertage 524 725 (gegen 523 218 im Vorjahre).

Ein neuer Anschlag von Rauben nach Berlin wird vom nächsten Montag, den 27. Mai, ab hergestellt werden. Es verkehrt dann werktäglich zum Anschlag an den 8.50 abends von Rauben in Wildpark eintreffenden Zug 617 ein Vorortzug: ab Wildpark 8.58, an Potsdam 9.07 abends. Durch die Züge 2009, ab Potsdam 9.11 abends und 6531, ab Wannsee 9.27 abends, wird dann der Anschlag nach Berlin, Stadtbahn und Wannseebahnhof, vermittelt.

„Zur Theorie der Verelendung der Massen“

Glaukt ein hiesiges Preßblatt, „auch einen Beitrag“ liefern zu können, indem es aus dem neuesten Band des Berliner Statistischen Jahrbuchs die Angaben abdruckt, die dort (auf Seite 88) über die Sparkasse der Stadt Berlin gemacht werden. Das Jahrbuch hebt hervor, die Zahl der Sparkassenbücher sei von 1860 bis 1905 auf ihr Sechsfaches gestiegen; sie habe betragen in den Jahren 1860: 49 704, 1870: 75 737, 1880: 147 073, 1890: 417 259, 1900: 606 048, 1905: 813 822. Noch weit stärker seien die Sparsummen gewachsen; das gesamte Guthaben der Sparer habe betragen in den Jahren 1860: 5 Millionen, 1870: 8 Millionen, 1880: 31 Millionen, 1890: 125 Millionen, 1900: 253 Millionen, 1905: 323 Millionen. Selbstverständlich ist ja auch Berlin inzwischen ein städtiges Stück geworden, aber das Jahrbuch rechnet uns vor: „Auf 100 Einwohner kamen 1860: 10 Sparkassenbücher, 1870: 10, 1880: 13, 1890: 29, 1900: 37, 1905: 40; das durchschnittliche Sparguthaben betrug 1860: 101 M., 1870: 102 M., 1880: 210 M., 1890: 300 M., 1900: 308 M., 1905: 397 M.“

Das Preßblatt, das diese Zahlen wiedergibt und sie mit der oben angeführten Spitzmarke ausstaffiert, will vermuthlich seine Leser glauben machen, daß diese bedeutende Zunahme der Sparguthaben hauptsächlich aus der Steigerung des Einkommens der Arbeiterbevölkerung zu erklären sei. Gegenüber solchen und ähnlichen Mitteilungen, die von Zeit zu Zeit immer wieder durch die bürgerliche Presse gehen, haben wir mehrfach die Frage aufgeworfen, woher es eigentlich kommen mag, daß bei der Sparkasse der Stadt Berlin Jahr für Jahr die Einzahlungen lust in dem ersten Monat jedes Quartals weitaus am höchsten sind. Es versteht sich von selber, daß es auch in der Arbeiterbevölkerung zahlreiche Familien gibt, die einige Ersparnisse machen und sie auf die Kaffe tragen. Viele Tausende von Arbeitern sind ja alljährlich mehrere Wintermonate hindurch ohne Beschäftigung und müssen schon aus diesem Grunde im voraus ein paar Roggkrosten zu erhitzen suchen, um hieron im Winter mit ihren Familien leben zu können. Indes, Arbeiter kriegen bekanntermaßen nicht Vierteljahresgehalt und nicht mal Monatsgehalt, sondern Wochenlohn. Welchen Grund sollten sie da haben, für die Einzahlung ihrer Ersparnisse die Zeit nach Quartalsanfang zu bevorzugen? Im Rechnungsjahre 1905/06 (April 1905 bis März 1906) wurden bei der Berliner Sparkasse rund 93 419 000 Mark eingezahlt, davon im April, Juli, Oktober, Januar zusammen 24 194 900 Mark, aber im Mai, August, November, Februar zusammen nur 20 296 200 Mark und im Juni, September, Dezember, März zusammen nur 18 927 900 Mark. Was für Sparer können das sein, die besonders nach Quartalsanfang zur Kaffe kommen und dann durch ihre Einzahlungen auf das Gesamtresultat einen so auffallenden Einfluß ausüben?

Das Jahrbuch hat den angeführten Zahlen folgende Erläuterung vorausgeschickt: „Die städtische Sparkasse zeigt in dem letzten Jahrzehnt eine sehr günstige Entwicklung, indem die Umsätze eine beständige Zunahme der Sparguthaben wie des Sparsummen der Bevölkerung und namentlich der kleinen Sparer erkennen lassen.“ Im Jahrbuch selber sucht man vergeblich nach einem zahlenmäßigen Nachweis dafür, daß „namentlich bei den kleinen Sparern“ die Sparguthaben und der Sparsummen beständig zugenommen habe. Wir finden hierzu nur eine Tabelle (auf Seite 240), aus der hervorgeht, daß von Ende März 1869 bis Ende März 1906 zurückgegangen ist die Zahl der Wähler mit 1 bis 61 M. Guthaben von 26,12 Proz. auf 27,25 Proz. aller Wähler, derjenigen mit 61—151 M. von 16,18 Proz. auf 14,92 Proz., derjenigen mit 151—300 M. von 15,00 Proz. auf 13,84 Proz. In derselben Zeit hat sich wenig geändert die Zahl der Wähler mit 300 bis 600 M. von 16,29 Proz. auf 16,35 Proz., fast aber ist gestiegen die Zahl der Wähler mit 600—3000 M., von 28,41 Proz. auf 27,53 Proz. Vielleicht soll diese Tabelle lehren, daß die „kleinen Sparer“ sich immer mehr zu „großen“ hinauf entwickelt haben?

Wichtigere wären Angaben über die Höhe der einzelnen Einzahlungen, doch über diesen Punkt schweigen sogar die Jahresberichte der Sparkasse schon seit ziemlich zehn Jahren. Der Bericht über 1899/07 war der letzte, der bezügliche Angaben brachte. In jenem Jahre wurden rund 45 Millionen eingezahlt, davon nur 2 1/2 Millionen in Beträgen von 1—21 M., 3 Millionen in Beträgen von 21—61 M., aber 14 1/2 Millionen in Beträgen von 61—151 M., reichlich 19 Millionen in Beträgen von 151—300 M., der Rest (noch über 1/2 Million) in Beträgen von mehr als 300 M. Man sieht, was für Leute das sind, die die vielen Millionen auf die Sparkasse tragen! Wieviel Arbeiterfamilien sind denn in der Lage, Beträge von mehr als 20 M. auf ein mal Ort einzuzahlen?

Beim Ausschachten des Notauslasskanals tödlich verunglückt ist der 40jährige Arbeiter August Keiten aus der Brunnenstraße. Er war bei den Ausführungen des neuen Notauslasses tätig gewesen und in dem Augenblick, als er an den Rand der etwa vier Meter tiefen Grube mit einer Tragelast vorübertrat, rutschte er plötzlich im Sande aus und stürzte rücklings in die Grube hinab. Die Verletzungen, die sich der Bedauernswerte bei dem Unfall zugezogen, waren so schwere, daß er kurz nach der Einlieferung im Krankenhaus am Friedrichshain an ihren Folgen starb.

Der „Raubverfälscher“ mit dem Schmarzstück. Vor zwei gefälligen Wechselwindern, die mit einem überraschenden Trick arbeiten, mögen die Geschäftsleute dringend gewarnt sein. Die beiden, die hauptsächlich in den angrenzenden Vororten auftreten, suchen vorwiegend solche Geschäfte auf, in denen sich nur ein Verkäufer befindet. Sie verlangen eine Kleinigkeit und geben auch ein echtes Finanzmarkstück in Zahlung. Sobald sich unter dem zurückgezählten Wechselgeld ein Rehmarsstück befindet, läßt es einer der Schwindler in der Tasche verschwinden, holt es aber plötzlich wieder hervor und bittet den Verkäufer, ihm doch auch noch das Rehmarsstück in kleineres Geld umzuwechseln. Nichtahnend tut dies auch der Gebetene und denkt verlassen die beiden das Geschäft. Zu spät entdeckt dann der Verkäufer, daß er ein falsches Rehmarsstück, das aus völlig wertlosen Reliquen hergestellt ist, erhalten hat. Der Verräther hat das echte Geldstück schleunigst in der Tasche verschwinden lassen und dafür das falsche zurückgegeben.

Tauben, die ihn nicht erreichten. Ueber das von und schon erwähnte Schicksal der Brieftauben, die bei der Eröffnung der Kolonialausstellung mit Telegrammen an den Kaiser nach Wiesbaden gesandt wurden, erzählt das „Berliner Tageblatt“ jetzt folgendes: „Die erste der zwölf Tauben, die an den Kaiser ausgehen wurde, traf drei Tage darauf, abends, in Wiesbaden wohlbehalten an. Der Flug der Taube nahm mehr Zeit als sonst in Anspruch, da die gestülpten Voten unterwegs, besonders im Harz und in Thüringen, unter dem Unwetter zu leiden hatten. Im ganzen haben fünf Tauben ihr Ziel erreicht. Da der Brief, der der Ausstellungsleitung die Kunde von dem Eintreffen der Brieftauben geben sollte, durch einen bösen Zufall unterwegs verloren ging, erfuhr man auch auf der Ausstellung erst durch telegraphische Rückfrage näheres über das Schicksal der Tauben. Die Telegramme der Tauben wurden dem Kaiser nachgeschickt. Eine der Tauben wurde am Donnerstag abend gegen 8 Uhr von dem Vätermeister Hesse in Osterode im Harz in seinem Taubenstall vorgefunden. In einer Gummibulle trug das Tierchen folgendes Telegramm an den Kaiser: „Seiner Majestät dem Kaiser, Wiesbaden. Nachdem ich soeben die Arme-, Marine- und Kolonialausstellung eröffnet habe, erlaube ich mir, durch Brieftaubentelegramm Dir hieron Meldung zu machen. Wilhelm, Kronprinz.“ Nachdem sich die ziemlich erschöpfte Taube bis Freitag mittag erholt hatte und gefüttert worden war, ließ man sie wieder fliegen.“

Die Absendung von Brieftauben an den Kaiser durch die Ausstellungslleitung qualifiziert sich durch diese Darstellung als der reinste Schillbürgerstreich.

Für das Gebrüder Herrnsfeld-Theater verpflichtet wurde Herr Charles Baron, das langjährige Mitglied des Kleinen Theaters. Für die gleiche Bühne wurde auch der ausgezeichnete Wiener Komiker Herr Franz Franzetti engagiert.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 9 Uhr wurde der 17. Zug nach der Königgräberstraße 88 gerufen. Dort war angeblich durch Unvorsichtigkeit eines Arbeiters eine Desinfektionsmasse explodiert, wobei der Arbeiter leichte Brandverletzungen erlitten hat. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Ferner hatte die Werk am Humboldthafen zu tun, wo in einem Kahn Holz vor einem Ofen in Brand geraten war. Der 16. Zug wurde nach der Wilhelmshafenstraße 69 alarmiert, wo Pappschachteln u. a. brannten. In der Demminerstraße 15, Rößstraße 32, Tegeleerstraße 8 u. a. Stellen wurden Gardinen, Tapeten usw. ein Raub der Flammen.

Vorort-Nachrichten.

Eine neue Bauordnung für die Vororte.

Für die Berliner Vororte von weittragender Bedeutung ist ein Runderlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten, in welchem neue Grundzüge für die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Ausarbeitung neuer Bauordnungen gegeben werden. In dem vier Druckseiten langen Schreiben, das dieser Tage den Anwohnern und Gemeindevorständen der Vororte zugeht, heißt es einleitend: „Für alle in rascher Entwicklung begriffenen Gebiete würde es nicht zweckentsprechend sein, die Festsetzung von Grundlinien von Fall zu Fall, erst wenn sie bebaut werden sollen, zu bewirken. Vielmehr ist auf die Aufstellung allgemeiner Bebauungspläne aus großzügigen Gesichtspunkten Bedacht zu nehmen. Auch die Möglichkeit einer angemessenen Unterbringung der Verkehrsmittel (neben Hochbahn und Straßenbahnen) und Befassung von Raum zur Anlage von Promenaden, Straßenbahnen und Radfahrwegen ist dabei zu berücksichtigen.“ — Nachdem der Minister noch dafür eingetreten ist, daß die Gemeinden sich bei Zeiten Spiel- und Schmuckplätze sichern, geht er in seinem Runderlaß zur Bauordnung über und schreibt: „Beim Erlaß neuer Bauordnungen für ganze Ortschaften oder weitere Gebiete wird sich vielfach die Abfassung der baupolizeilichen Normen insbesondere nach folgenden Gesichtspunkten empfehlen. Zunächst muß die historische Entwicklung des in Betracht kommenden Geländes maßgebend sein. Ferner ist der Zweck entscheidend, dem die Bebauung dienen soll. Andere Vorschriften werden für Handelsviertel (Ortskerne mit Charakter), andere für Wohnviertel, wieder andere für Industriebezirke zu erlassen sein.“ — Diese Ausführungen des Ministers stehen im strikten Gegensatz zu der Handhabung der Bauordnung der Berliner Vororte durch die Regierungsvertreter. Die Zahl der Reklamationen der Vorortsbehörden und der Vereine, in welchen gerade über Schablonisierung der baupolizeilichen Vorschriften geklagt wird, ist in den letzten Jahren sehr groß geworden. Es wird häufig geklagt, daß durch die Vorortbauordnung ganze Gebiete zur sog. „Landhausmäßigen“ Bauweise D gelegt sind und die Regierung zu Potsdam auf die industrielle Entwicklung der Gemeinden keine Rücksicht nimmt, sie im Gegenteil behindert. — Hierin dürfte nun durch den Runderlaß des Ministers, welcher die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt wissen will, eine Aenderung eintreten. Genau so verhält es sich mit den Ausführungen des Ministers über „Wohnviertel.“ — „Bei den Wohnvierteln,“ so heißt es in dem Erlaß, „muß wieder unterschieden werden, ob es sich darum handelt, die Herstellung von Mietswohnungen zu ermöglichen, oder ob Gelände für die Errichtung von Gebäuden, welche nur einige wenige Wohnungen enthalten, oder für Einfamilienhäuser vorbehalten werden sollen. Für die Bestimmung des Verhältnisses, nach welchem die Gelände den einzelnen Bauklassen zugewiesen werden, haben die wirtschaftlichen Rücksichten Beachtung zu finden.“ Die Ausführung der in dem Erlaß ausgesprochenen Gedanken dürfte eine vollständige Umwälzung der Bebauung in einer großen Anzahl Vororte herbeiführen.

Lichtenberg.

Der Gemeindevorstand hatte am Donnerstag die Baukommission und den zurzeit des Baues verantwortlichen Vorgesetzten des Bauamtes, jetzigen Gemeindevorsteher Baumeister Schütte eingeladen, die Gebäude des Elektrizitätswerkes zu besichtigen. In der letzten Gemeindevorstandssitzung waren 8000 M. gefordert, um Veränderungen im Hauptgebäude, das vor etwa zwei Jahren erbaut ist, vorzunehmen. Auf die Anfrage unserer Genossen wurde von dem Leiter des Bauamtes bekannt gegeben, daß die Giebelwände dieses Gebäudes so stark schwanken, daß Gefahr im Verzuge sei. Ob die 8000 M. genügen, oder ob weniger gebraucht werde, hängt vom Umfange der Veränderungen ab. Die vorgenommene Besichtigung habe ergeben, daß die Schwankungen allerdings erhebliche sind, eine angebliche direkte Gefahr aber nicht bestehe. Ueber die Ursachen der befremdlichen Erscheinung konnten die Bauamtsverständigen sich zunächst nicht einigen. Vorerst soll der schwere massive Aufbau der Giebel entfernt werden. Weitere Maßnahmen werden vorbehalten.

Mariendorfer-Südbende.

Bei der Gemeindevwahl erhielt gestern in Mariendorf unser Kandidat Genosse Reichardt 371 Stimmen, während der Gegner es nur auf 106 brachte. Es ist dies nur ein Teilergebnis. Heute findet nachmittags von 3—6 Uhr die Wahl in Südbende statt; hoffentlich sorgt die Arbeiterschaft dafür, daß heute der Erfolg ein vollständiger wird. Also vorwärts! mit großer Majorität muß unser Kandidat als Sieger hervorgehen.

Treptow.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern gegen 8 Uhr abends auf der Treptower Chaussee bei der Eisenstraße.

Das 21jährige Fräulein Auguste Grunwald, Grüner Weg 13 wohnhaft, fuhr per Rad in gleicher Richtung mit einem Straßenbahnwagen der Linie 87 den genannten Straßenzug entlang. In der Nähe der Eisenstraße verfuhr spielende Knaben kurz vor dem Straßenbahnwagen über den Fahrdamm zu laufen und einer der Jungen rannte dabei gegen die Radfahrerin, die mit ihrer Maschine zu Boden stürzte. Fräulein Grunwald fiel so unglücklich, daß sie unter dem Vorderpercon des Bahnwagens geriet und betäubt liegen blieb. Die Verunglückte wurde nach der Unfallstation am Götlicher Bahnhof gebracht, woselbst der Arzt einen komplizierten Schädelbruch und innere Verletzungen feststellte und die Ueberführung der G. in ein Krankenhaus anordnete.

Spandau.

Nicht weniger als 40 Beratungspunkte umfaßte die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, von welcher aber nur 23 erledigt wurden. Als erste wichtige Vorlage stand die Aufweisung einer Klerikatschasse an der Oberhavel zur Beratung. Nach der Vorlage des Magistrats sollte diese Klerikatschasse auf der Strecke vom Zorngaben bis zum Ruff eine Breite von 40 Meter und vom Ruff bis zur Bürger-Abgabe eine solche von 20 Meter erhalten. Die Versammlung konnte sich aber nicht für diese Vorlage erwärmen, da erstens das anzulassende Terrain viel zu teuer werde und zweitens der Verkauf von städtischem Terrain zu Industriezwecken sehr erschwert werde. Die Vorlage wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. — Für die Erbauung einer sogenannten Jubiläumsturnhalle hatten die Stadtverordneten seinerzeit, um ihrem Patriotismus Ausdruck zu geben, 50 000 M. bewilligt. Es wurden darauf Projekte und Kostenschätzungen ausgearbeitet. Die Projektmacher gingen wohl auch von der Ansicht aus, daß man sich für solch ein patriotisches Werk nicht kauerig zeigen dürfe und so stellen sich denn die Kosten für diesen Jubiläumssbau auf rund 105 000 M.; es soll also die Veranschlagung noch 55 000 M. bewilligen. Die Vorlage wurde zur nachmaligen Vorbereitung an die Baudeputation zurückverwiesen. Man will versuchen, ein billigeres Projekt zu erhalten. Aufgabe unserer Genossen muß es sein, schon jetzt die Frage aufzuwerfen, ob die fertiggestellte Turnhalle der Allgemeinheit zur Benutzung freigegeben und damit auch dem Arbeiter-Turnverein zur Verfügung gestellt wird. Von der Verantwortung dieser Frage muß auch ihre Stellungnahme zu der wiederkehrenden Vorlage abhängen. — Schon seit längerer Zeit wird die Anstellung eines zweiten Stadtbaurats als dringend notwendig erachtet. Dieser hatte sich der Magistrat hierzu immer ablehnend verhalten, wie man munkelte, wollte sich der jetzige Stadtbaurat nicht gerne das Heft aus den Händen nehmen lassen. Jedoch konnte der Magistrat auf die Dauer seinen ablehnenden Standpunkt nicht aufrechterhalten, zumal ihm die Verammlung einen juristischen Hilfsarbeiter auf die Dauer von sechs Jahren beigestellt hatte, daran aber die Bedingung knüpfte, bis zum 15. Juni d. J. eine Vorlage zwecks Anstellung eines zweiten Stadtbaurates vorzubereiten. Die hierfür eingesetzte Kommission hatte sich auf folgende Bedingungen geeinigt: Die zweite Stadtbauratsstelle soll möglichst bald besetzt werden. Das Gehalt soll 7000 M. steigend bis 8400 M. betragen; als Qualifikation soll verlangt werden die zweite Hauptprüfung in öffentlichem Bauwesen oder Bau-Ingenieur. Der Magistrat hatte auch eine entsprechende Vorlage gemacht, jedoch mit der Aenderung, daß als Qualifikation die zweite Hauptprüfung im Hochbau verlangt werde. Als dieser Beschluß des Magistrats bekannt wurde, ahnte man, daß für den zweiten Stadtbauratsposten schon eine bestimmte Person vorhanden sei. Der Stadtvorordnete Dr. Engelhardt sprach in der Debatte bereits eine hübsche Parole für den jetzigen Stadtbaurat Peggart, den er als den Befähigten für diesen Posten hinstellte. Als nun gar noch der Oberbürgermeister die ganz kurze Erklärung abgab, der Magistrat halte einen Hochbauer für nötiger, da wir genug Tiefbauer hätten, da hatte er dem Peggart den Boden ausgehoben. Mit aller Schärfe verlangte der Referent Stadtvorordnete Regierungsbaurat Vender die Wiederherstellung des Kommissionsbeschlusses. Der stellvertretende Vorsteher, Lüdke, Vorgesitzender des konserwativen Neuen Wahlvereins und Landtagsabgeordneter, drohte sogar mit einem Konflikt. Aber er ist ja gar nicht so schlimm. Er will versuchen, mit dem Magistrat weiter zu verhandeln und beantragt, die Versammlung erkläre sich bereit, mit dem Magistrat in gemeinsamer Kommission über diesen Punkt weiter zu verhandeln und falls der Magistrat hierauf eingeht, die Kommission um zwei Mitglieder zu verstärken. Sollte der Magistrat aber auf seinem Standpunkt verharren, dann soll der Bezirksausschuß angerufen werden. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wies Genosse Vied auf die formale Entrüstung der Stadtbäter hin, die hinterher doch zu einem Anbändel bereit sind. Man habe es ja in der Hand, eine Person für den Posten zu wählen, die man wolle, warum denn also die Entrüstung. Lieber solle man das Gehalt noch erhöhen, damit man eine ordentliche tüchtige Kraft bekomme. Die Versammlung stimmte schließlich dem Antrage des Referenten und auch dem Antrage des Stadtv. Lüdke zu und nun wird der Magistrat schon zu seinem Rechte kommen. — Der hier kürzlich vorgekommene Fall, daß bei einem hiesigen Schlächtermesser von auswärtig eingeführtes Fleisch beschlagnahmt wurde, hatte den Magistrat veranlaßt, eine Revision des von auswärtig eingeführten Fleisches in den Schank- und Speisewirtschaften zu beantragen. Es soll damit ein Kriminalbeamter beauftragt werden, dem dafür eine Entschädigung von 10 M. monatlich gewährt werden soll. Trotzdem Genosse Vied darauf hinwies, daß ein Kriminalbeamter wohl keine allzu geeignete Person dazu sei, nahm die Versammlung die Magistratsvorlage an. — Zur Erweiterung des Krankenhauses wurde beantragt, die Kosten für die Erbauung eines Krankenhauspavillons und eines Isolierpavillons in Höhe von 305 000 M. zu bewilligen. Nach längerer Debatte, in welcher Genosse Vied die Einrichtung einer Wohnung für den Chefarzt im Krankenhaus anregt, verweist die Versammlung die Vorlage zur nachmaligen Vorbereitung an die Krankenhausdeputation. — Die Versammlung lehnt die Errichtung einer zweiten Klerikatschasse bei der Gassanstraße ab, trotzdem Genosse Vied als Referent auf die Notwendigkeit der Stelle hinwies. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden hierauf verlagert.

Aus Industrie und Handel.

Unternehmerdiplomatie.

Unsere Großindustriellen sind ganz gewiegte Politiker, wenn des Profites Schau ihrer Diplomatie Ziel ist. Die Geschäftsergebnisse pro 1906 mußten die Aktionäre befristigen. Trotz erhöhter Abschreibungen, Verreicherung der Reservefonds usw. konnte eine hoch gespannte Erwartungen noch übertreffende Dividende ausgeschüttet werden. Die Gesellschaften schwammen im Golde. Erhöhte Preise und Steigerung der Förderleistung waren die Wunderlampe, die den Grubenherren die an die Märchenschätze aus Taufend und einer Nacht erinnernden Reichtümer verschafften. Mit einer Durchschnittsdividende von 16,9 Proz. steht der Vergbau weitaus an der Spitze der über 700 industriellen Unternehmungen, deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden. Die hartgejagte Raffger konnte angesichts solcher Ergebnisse nicht leicht eine weitere Verteuerung der Brennmaterialien verheißeln. Aber die Herrscher im Reiche der schwarzen Diamanten brachten's fertig. Die seit Beginn der vorjährigen Bergarbeiterbewegung nämlich in die Welt gesetzten Behauptungen, die bisherigen Preiserhöhungen seien durch gesteigerte Löhne reichlich abforbirt worden, wurden durch die Geschäftsberichte als ausgedehnter Schwundel deklariert; also her mit einem neuen Takt! Die Leistung der Arbeiter hat nachgelassen! Das wird die Ergebnisse des laufenden Jahres beeinflussen! So hörte man nun auf den Generalversammlungen, und die Unternehmerpresse stellte ihr Papier bereitwillig der neuen Forderung der öffentlichen

Meinung zur Verfügung. Eine direkte Klage war die Voraussetzung der Kinderförderung nicht, es war eine von jenen halben Wahrheiten, die schlimmer sind als ganze Unwahrheiten. Ziffermäßig steht fest, daß im 1. Quartal 1907 die Beschäftigten in ihrem Anwachse die Förderzunahme überflügelte. Das Förderquantum pro Kopf war kleiner geworden. Das ist einfach Tatsache, oder die amtliche Statistik müßte lügen. Und trotzdem ist die Öffentlichkeit getäuscht worden. Der bewußte Schwindel liegt einmal in der Unterstellung, das Nachlassen des Arbeiters sei die Ursache der Kinderförderung und in der Behauptung, die Kinderförderung werde das finanzielle Ergebnis ungünstig beeinflussen. Die Kinderförderung war nämlich das unvermeidliche Resultat einer Betriebssteigerung, deren Ziel und Zweck gesteigerter Gewinn war. Am 1. April traten erhöhte Kohlepreise in Kraft. Damit gewann das Förderresultat pro Gewichtseinheit größeren Verkaufswert. Es lag daher im Interesse der Unternehmer, diejenigen Arbeiten, welche nicht direkt der Kohlenförderung dienen, als da sind: Vorrichtungsarbeiten, Reparaturarbeiten im Schacht, in den Strecken usw., nach Möglichkeit vor dem 1. April ausführen zu lassen, damit von diesem Termin an eine größere Summe von Arbeitskraft lediglich für die direkte Kohlengewinnung ausgenutzt werden konnte. Es war einfach ein Rechenexempel und zwar ein ganz einfaches, welches die Unternehmer veranlaßte, im ersten Quartal 1907 die bisher vernachlässigten Vorrichtungsarbeiten stark zu forcieren, um dann nach dem 1. April, soweit es sich um neue Verkäufe handelt, die günstigeren Konjunktur besser auszunutzen zu können. Das muß man den Dividendenmachern lassen: in der Geldbeutel diplomatie sind sie nur eine andere Ausgabe des pfläffischen Jesuitismus, gerade so verschlagen und gerade so „weit“herzig und strupellos wie dieser.

Stahlverband. W. L. B. berichtet aus Düsseldorf vom 24. Mai: In der heutigen Hauptversammlung der Stahlwerksbesitzer wurde der Verkauf von Halbzeug für das dritte Quartal zu den bisherigen Preisen und Bedingungen freigegeben. Eine Ausfuhrvergütung wird in Anbetracht der hohen Auslandspreise, die die Inlandspreise zum Teil übertreffen, nicht gewährt. Ueber die Geschäftslage wurde berichtet: Der Absatz in Halbzeug seitens des Inlandes ist fortgesetzt sehr lebhaft und kann nicht in allen Fällen befriedigt werden. Die nach der Verlängerung des Verbandes zahlreich einlaufenden Anfragen auf Lieferung im zweiten Quartal übersteigen die bisherigen Bezüge erheblich. Der Exportmarkt liegt gleichfalls gut, besonders im Inland; doch hält sich die Verkaufstätigkeit des Verbandes aus bekannten Gründen in engen Grenzen. Das Eisenbahnmateriale-Geschäft liegt nach wie vor sehr günstig. Die vorliegenden Arbeitsmengen übersteigen die Beileistung der Werke erheblich. In schweren Schienen und Schwellen wurden von einer weiteren Anzahl deutscher Bahnen Auftragslieferungen aufgegeben. Das seither sehr gute Geschäft in Rillenschienen hielt sich auf der Höhe der Vormonate. Das Geschäft in Gruben- und Feldschienen, in dem vor der Erneuerung des Verbandes größere Unruhe herrschte, ist seit dem 1. Mai wieder sehr lebhaft geworden. Der Eingang von Aufträgen und Spezifikationen ist sehr gut, so daß die Werke zum Teil Lieferfristen bis zu neun Monaten verlangen müssen. Vom Auslande wurde eine Anzahl Aufträge in schweren Schienen und Schwellen, Rillenschienen und leichten Schienen zu guten Preisen bezogenommen. Weitere Geschäfte hätten abgeschlossen werden können, wenn die Werke in der Lage wären, die vorgeschriebenen Liefertermine einzuhalten. Im Formeisengeschäft ist seit Erneuerung des Verbandes regere Kaufkraft hervorgetreten. Es ist

zu erwarten, daß das regelmäßige Geschäft nach Erledigung der Forderung in noch größerem Umfange wieder eintritt, besonders wenn die hohen Geldstände zurzeit sich ergebenen Schwierigkeiten nachlassen. Im Auslande hat die Verbandsrenewierung ebenfalls lebend auf das Geschäft eingewirkt. Die Nachfrage nach Formeisen ist gut, besonders in Großbritannien. Der zurzeit vorliegende Auftragsbestand sichert den Formeisenerzeugern volle Beschäftigung für vier Monate. Der Aprilerfordernis sowohl für Formeisen wie für Oberbaumaterial hätte umfangreicher sein können, wenn nicht der unerträglich gewordene Wagenmangel, besonders der Mangel an langen Wagen, hemmend eingewirkt hätte.

Aus der Frauenbewegung.

Keine reglementierte Prostitution mehr in Finnland.

Mitte März konnten wir mitteilen, daß der finnische Senat Vorberätungen zur Abschaffung der reglementierten Prostitution traf. Die Sache ist schneller, als man erwartete, zur Entscheidung gekommen. Am Donnerstag voriger Woche hat der finnische Senat beschlossen, bekanntzugeben, daß die auf Grund einer kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1894 in gewissen Städten eingeführte Reglementierung der Prostitution, die Einschreibung und regelmäßige Gesundheitsuntersuchung der Prostituierten aufgehoben werden sollen, und daß neue Instruktionen zwecks Maßnahmen gegen die venereischen Krankheiten unmittelbar gegeben werden sollen, wonach in erster Linie statt der Polizei die Gesundheitsbehörden die Ausführung übernehmen.

Finnland ist somit unter den nordischen Ländern das dritte geworden, das die reglementierte Prostitution abschafft. Norwegen ging voran, im vorigen Jahre folgte Dänemark. Vielleicht kommt nun auch bald Schweden dazu, denn auch hier macht sich immer mehr eine wachsende Bewegung gegen den reglementierten Menschenfleischhandel geltend.

Vermischtes.

Verfassungen — Veranstaltungen. Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen Rixdors. Die Besichtigung der Seifenfabrik findet am Montag, den 27. Mai, statt. Treffpunkt $\frac{1}{4}$ Uhr Rixdors, 27, Eingang.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SW. Alexandrinerstr. 22. Geöffnet täglich von 5 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 26. Mai, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Rathhaus, Eingang Bödenstraße, Saal 109: Versammlung: Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Schule, Kleine Franzfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Prof. Dr. A. Gebhardt über: „Die Weltanschauung im Altertum“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Vermischtes.

Der Sturm auf das Schmitterhaus. In Klein-Rietzen bei Duxow befindet sich ein sogenanntes Schmitterhaus, in dem augenblicklich zehn Schmittermädchen und -frauen hausen. In einer der letzten Nächte ist durch eine Motte junger Durschen ein förmlicher Sturm auf das Gebäude ausgeführt worden. Lauflos hatten sich die Täter an das Haus herangeklettert und mit Gewalt die Fensterläden aufgerissen. Sie erstiegen hierauf die Fenster und wühlten in das Innere des Schmitterhauses hinein. Die inzwischen nach gewordenen Frauen und Mädchen hatten sich schleunigst aus den Betten heraus geschüchelt und sich mit Spatenstiefeln und Haden bewaffnet. Sie gingen gegen die Angreifer vor und trieben sie auch schließlich zur Flucht. Bald darauf erschienen sie jedoch wieder an dem Tatort. Sie hatten sich

mit Zaunkäuten versehen und unternahmen einen erneuten Angriff gegen die Frauen. Die Scheiben schlugen sie entzwei und leerterten unbehindert um die kräftigen Wasserdouche, die von oben herabfallen in die Schlafzimmern der Insassen. In ihrer Angst flüchteten die bedrohten Frauenpersonen jetzt schreiend durch eine Kalltür auf den Boden hinaus und stellten sich auf die wieder herabgefallene Erde. Auf diese Weise verporteten sie den Attentätern den Weg nach oben. Leider war es einer der Frauen, der 58-jährigen Schmitterin Kowall nicht mehr gelungen, auf den schließenden Boden zu gelangen. Die Kermisse wurde von den Wüstlingen zu Boden gerissen und vergewaltigt. Nachdem die Unholde dergleichen versucht hatten, die Kalltür zu öffnen, zogen sie sich wieder zurück. Die Ermittlungen der Polizei nach den Tätern wurden dadurch erheblich erschwert, daß die überfallenen Frauen sämtlich Polen sind und nur mit Hilfe eines Dolmetschers eine Beschreibung der Attentäter zu geben vermochten. Drei der Durschen konnten bisher verhaftet werden; es sind dies der Arbeiter Gustav Wieland aus Rixdorf, der Schuhmacherlehrling Köppler aus Duxow und der Knecht Panzer aus Klein-Rietzen.

Der Dieb als — Schäfer. In Bonn wurde ein Schuhmann festgenommen, der an einer Frauenperson, die wegen Diebstahls inhaftiert war, ein Diebstahlsverbrechen begangen hatte.

Eine Typhus-Epidemie. In Rheidt breitet sich, nach einer Meldung aus München-Grudbach, der Typhus weiter aus, bisher wurden 19 Fälle gemeldet.

Der Schuldige des gestrandeten Dampfers „Prinzessin Viktoria Luise“.

Das Hamburger Seeamt fällt am Donnerstag über die Strandung des Dampfers nach umfangreicher Vernehmung folgenden Spruch:

„Der Doppelschraubendampfer „Prinzessin Viktoria Luise“ ist am 16. Dezember 1906, als er westlich von Plum-Point bei Kingston (Jamaika) vor Anker gehen wollte, bei Plum-Point gestrandet und vollständig verloren gegangen. Der Unfall ist vom Kapitän Brunschwig dadurch verschuldet, daß er seinen Ankerplatz unter nicht genügender Beobachtung der Leuchtfeuer und unter Verbeibehaltung der vollen Fahrt aufsuchte. Kapitän Brunschwig hat dadurch, daß er sich bald nach dem Unfall erschossen hat, ohne sich um die Rettung des Schiffes, der Passagiere und der Besatzung zu kümmern, in bedauerlicher Weise gegen seine Pflichten als Kapitän verstoßen. Die Schiffsoffiziere trifft keine Schuld. Dem ersten Offizier Köppler, der dem Kapitän rechtzeitig gewarnt hat, gebührt für sein Verhalten Anerkennung.“

Erdbeben. Donnerstagsabend 9 Uhr wurde in Wiesel (Gaub. Toms) ein von unterirdischem Getöse begleiteter Erdstoß verspürt.

Witterungsübersicht vom 24. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stettin	761.0	SW	2	bedeckt	14	Saparanda	764.5	SW	2	hell	16
Hamburg	759.0	SW	2	bedeckt	14	Petersburg	762.5	SW	2	bedeckt	16
Berlin	760.0	SW	2	bedeckt	16	Scilly	751.0	SW	1	bedeckt	11
Frankfurt	758.5	SW	2	bedeckt	15	Aberdeen	759.0	SW	1	bedeckt	9
Brannschweig	759.0	SW	2	bedeckt	15	Paris	757.5	SW	4	bedeckt	17
Bismarck	761.0	SW	1	Dunst	10						

Wetter-Prognose für Sonnabend, 25. Mai 1907.
Etwas kühler, veränderlich, vielfach wollig mit Gewitterregen und mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Sonntag: Sherlock Holmes.
Montag: Der Hund von Baskerville.

Theater.
Sonnabend, den 25. Mai.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Kgl. Opernhaus. Salome.
(Anfang 8 Uhr.)
Kgl. Schauspielhaus. Ein Fallissement.
Neues kgl. Opernhaus. Beteiligte.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Robert und Bertram.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen.
Neues Schauspielhaus. Hopfenraths Erben.
Wochen. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater).
Moloch. Der zerbrochene Krug.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Ein Fallissement.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) Am grünen Weg.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Leistung. Allgemeines.
Zentral. Das Mädchen aus dem Nachtschiff.
Kleines. Marcell Salzer.
Neues. Der Dieb.
Vorabend. Der Barbier von Sevilla.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Süßpielhaus. Aufzenseher.
Thalia. So die Liebe beschallt.
Trianon. Die Tochter ohne Ehe.
Berthold Rose. Im Hause des Lebens.
Nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr: Der Pfad des Goldes.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Es lebt das Racheleben. Vorher: Die Welt geht unter.
Wintergarten. La Tortajada.
Spezialitäten.
Apollo. Der lustige Witwe. Spezialitäten.
Kasino. Mit Carter. Spezialitäten.
Wahalla. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tändelke 4/19.
Nachmittags 4 Uhr: Am Golf von Neapel.
Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
Sternwarte. Invalidenstr. 67/68.

Neues Schauspielhaus
Sonnabend, den 25. Mai 1907:
Hopfenraths Erben.
Morgen:
Hopfenraths Erben.
Anfang 8 Uhr.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Sonntag: Sherlock Holmes.
Montag: Der Hund von Baskerville.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Dieb.
Sonntag, Montag, Dienstag:
Der Dieb.

Kleines Theater.
Abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr:
MARCELL - SALZER-ABEND.
Morgen und folgende Tage, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Marcell-Salzer-Abend.
Sonntag nachmittags 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

Lotharing-Theater
Belisariostr. 7/8.
Abends 8 Uhr:
Der Barbier von Sevilla.
Abonnements gültig!
Sonntag 8 Uhr: Zar und Zimmermann. Gastspiel des Kammerjägers Theo Götter.
Belisariostr.-Garten: Täglich: Elite-Variété-Vorstellung.

Lustspielhaus.
Sommerpreise. Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.

Zentral-Theater.
Gesamtspektakel des Ernst Brucher-Theaters. Täglich 8 Uhr:
Das Mädchen aus dem Nachtschiff.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: Am grünen Weg.
Sommerpreise.

Apollo Theater
9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Die tugendhafte Kasperl!

Hartstein
mit seiner tollen Burleske:
Der lustige Witwe.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.
Vorher 8 Uhr: Bedeutende Spezialitäten in Westend Bauern-Gaude-theater.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Moloch.
Eine unvollendete Tragödie (2 Akte) von Friedrich Hebbel. — Hieraus:
Der zerbrochene Krug.
Ein Lustsp. in 1 Akt v. Heinrich v. Kleist.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Montag, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Schausp. in 5 Akte von Björnsterne Björnson.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer v. Kirchfeld.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Montag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.

Am Sonntag, den 26. Mai:
Promenadenfahrten nach der Krampenburg und Seglersee (Schmöckwitz)
mit Kaffeepause. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf., einfache Fahrt 40 Pf. Abfahrt von der Wassenuferstraße 2 Uhr, von Café Allen $\frac{1}{4}$ Stunde später. Rückkunft in Berlin circa 8 Uhr abends.
Reederei L. Kahnt.

Residenz-Theater.
Zum Besen d. Büchsenenschiessgesellschaft zum 100. Male:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schausp. in 3 Akten v. Dr. Hennequin und J. Weber.
Robert de Artois: A. Alexander.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze. Rauchen überall gestattet.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Franzfurterstr. 132.
Sonnabend, den 25. Mai:
Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Am Garten:
Gr. Spezialitäten-Programm. Vorher:
Der Pfad des Goldes.
Wochenpreise. — Abends 8 Uhr im Theater: Im Rausch des Lebens. Sommerpreise.
Sonntag, den 26. Mai, im Garten: Spezialitäten- u. Theater-Vorstellung. Anfang 4 Uhr.

Kasino-Theater
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
Schluß der Saison Montag, den 27. Mai, bis dahin allabendlich: Nick Carter.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehe.
Alle Abende: Das Mädchen ohne Ehe.
Sonntag nachm.: Das Mädchen ohne Ehe.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Das Mai-Programm.
Der größte Erfolg der Saison!
Grete Gallus
Mascha Dignam
3 Clarus Brothers
14 Attraktionen 14.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt. Bernh. Rose.
Gute: Garten-Songeri.
Theater. — Spezialitäten.
10 Attraktionen ersten Ranges, u. a.:
Der Spul im Gefängnis.
Bantomime der Moschaly-Truppe.
Coradini, Varady, Kämber Comp.
Im fluge durch die Welt.
Ausstattungs-Restück in 6 Bildern.
Eröffnung 2 Uhr. Konzert 4 Uhr.
Vorstellung 8 Uhr.
Billettoverkauf von 10—2 Uhr an der Theaterkasse.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Heute nachmittags 4 Uhr:
Monster-Konzert.
5 Kapellen. Kornett-Quartett.
Berliner Lehrer-Gesangverein.
Eintritt 1 Mark.
Abonn. u. Freikarten aufgehoben.
Feuerwerk. Illumination.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Holtenauerstr.
Heute abends 8 Uhr:
Der grüne Teufel.
Sensations-Bantomime.
5 Jungmanns, Drahtseil.
12 Spezialitäten 12
Frei-Konzert.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Strahnenbahn 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148 und
Kahnenallee 97/99.
Heute, sowie täglich:
Das vorzügliche Mai-Programm
hochkomisch: Carty u. Rottle. Original!
Hermann Wilkard x Sevilla x Plofo
Die Dunbars x Selby Golders x Miss
Silvia x Alcide u. Albert.
Bären-Ringkampf und die übrigen
Spezialitäten.
Um 8 Uhr: **Genießt das Leben.**
Wochens: **Sonderabend.**
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
8. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am 22. Mai, früh 3 Uhr, starb nach kurzem schwerem Leiden an Herzlähmung im holländischen 40. Lebensjahre unser langjähriger Mitglied, der frühere Restaurateur
Gustav Ladewig.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Mai, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes, Hermannstraße 48/49, statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
241/8 Der Vorstand.

Beerdigung Ladewigs.
Die Sangesbrüder des Männer-Chors „Union“ treffen sich Sonntag nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Götze, Rixdorf, Hermannstr. 48/49.

Wahlverein Charlottenburg.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 23. Mai, starb infolge eines Herzschlages unser lieber, langjähriger Genosse, der Kassenbote
Hermann Henschke.
Die persönliche Bekanntschaft, die Aufrichtigkeit und der Pflichterfüller, die den Verstorbenden gegen seine Familie, seine Freunde und die Partei auszeichneten, führen dem toten Genossen ein dauerndes Andenken.
NB. Tag und Stunde der Beerdigung werden noch bekannt gegeben.
202/6

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Gaulois Zofette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Belformannstraße.
Das Bild der Mutter
oder **Berliner Zimmerleute.**
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten.
Vorher:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volksebelustigungen. x Großer Ball.

Gebr. Herrnfeld-
Theater
 Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr
 57 Kommandantenstraße 57.
Schluss der Spielfaison:
Freitag, 31. Mai.
 Bis dahin allabendlich d. Novität
Es lebe das
Nachtleben!
 Eine Separée-Würde mit den
 besten Akteuren und dem
 besten Orchester in den
 Hauptrollen.
 Vorher:
Die Welt geht unter!

WINTERGARTEN
 Letzte
 Vorstellungen
 des glänzenden
Mai-Programms.

Prater-Theater.
 Kottbusser-Allee 7/9.
 Täglich:
Flotte Weiber
 Spezialitäten.
 Konzert und Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.
 Berlin W.,
 Goltzstraße 9.
 Vollständ. Pro-
 grammwechsel
 Auftreten der
 neugestalteten
 Spezialitäten,
 u. a. der Original-Greifendorfer,
 der Winkler Ab. Grellide, assistiert
 von Mih. Gharito, der Zumpfenmaler
 Signor Goebide. Zum Schluss die
 tolle Luststimmung-Burleske
Weibliche Feuerwehr.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.
 Sommerpreise. Entree 30 Pf.

Steidl-
Theater.
 Brückenstr. 2 (a. d. Hauptstr.-Eck.)
 Berlins beste und bill. Unterhalt.
 Es wird wie früher gelacht.
 Anf. 8 Uhr. Tageskasse 11-2 Uhr.
Steidl-Restaurant
 Großes Streichkonzert.
 Entree frei.

Sanssouci, Kottbusser
 Straße 6.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Der Garten ist geöffnet.
 Sonn-, Mont-, Donnerst.:
 Hoffmanns Nordd. Sänger
 u. Tänzerinnen.
 Jedes neue hochartiges
Soiree-Programm
 Sonn- u. Montag 8.11.
 Für nächste Saison sind
 sämtl. Sonnt. Sonnt. bereitet
 besetzt. Noch einige Mittwoch
 Abende sind frei.

Max Kliems
Sommer-Theater
 Gosenheide 13/15.
 Vertikale Leitung: Paul Mühlitz.
 Täglich: Gr. Konzert, Theater
 u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest.
 Jeden Mittwoch:
 Die beliebten Kinderfeste.
 Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
 Die Kaffeeküche ist täglich von
 2 Uhr ab geöffnet.

Otto Pritzkow
 Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien.
 Täglich Eingang von
 Neuhelien.
 Den ganzen Tag Vorstellung.

W. Noacks Theater.
 Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 10.
 Große Extra-Vorstellung.
 Zum erstenmal, nur einmalige Auf-
 führung:
Das große Geheimnis.
 Vor- und nachher: Die erstklassigen
 Spezialitäten.
 Während u. nach der Vorst.: **Ball.**

Neue Welt
 Hasenheide 108-114.
 — Im Konzertgarten: —
 Täglich: Großes Konzert.
 Jeden Sonntag, Dienstag,
 Donnerstag:
Militär-Konzert.
 Jeden Montag, Mittwoch, Freitag:
Theiß-Orchester.
 Entree 10 Pf. Entree 10 Pf.
 Im Theatergarten:
 Täglich: Großes Konzert
 des Neue Welt-Orchesters und
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Entree 25 Pf. Entree 25 Pf.
 Jeden Mittwoch **Kinderfest.**
 Jeden Donnerstag **Elite-Tag.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Anfangswochenende 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Reichs-
 hallen-
 Garten und
 Restaurant:
**Militär-
 Konzert.**

Ostbahn-Park
 Am Klärsteinplatz, Rödorsdorferstr. 71
Hermann Imbs.
 Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 dicht am
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
 Schrittl. mit
 geradem
 Motorrad
 in die
 Hand?
 Fordern Sie einen
 reichhaltigen
 Katalog Nr.
 127 P. gratis und franco.
 Größte Reparatur-Werkstätte für Versand.
 Preise nach Liste verfahr. Billigst!
 Rahmenrohre . . . Mk. 3,50
 Emailierung . . . Mk. 2,50
 Verkleidung . . . Mk. 2,50
 Lieferung 2-3 Tage
 2000 Lager-Nummern
 Fahrrad- u. Motor-Verkehr.
 25 Modelle Führer.
 Niederwiesenthal, Heßelt
WILLI HAUSCHERR, Berlin 127
 Blicke Jacob-Strasse 23.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung
 elegante fertige 10000
Herren-Garderoben
 Erfolg für Kauf-
 Anfertigung nach Maass.
 Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Gr. Frankfurterstr. 37, II
 Eingang Straßberger Platz.

Bilz
Sanatorium
 Schloss Lössnitz
 Radoboul-
 Dresden.
 Prospekt
 Dr. Alfred Bilz
 Chirurgen-Dr. Aschoch
 Internationaler Verkehr.
KUREN! Milde Lage
 5500. Nizza
 Bilz Naturheilhoch an. P., Müll. Verk.

Sanatorium
 Schloss Lössnitz
 Radoboul-
 Dresden.
 Prospekt
 Dr. Alfred Bilz
 Chirurgen-Dr. Aschoch
 Internationaler Verkehr.
KUREN! Milde Lage
 5500. Nizza
 Bilz Naturheilhoch an. P., Müll. Verk.

Illustrierte Preisliste kostenlos!
Spiritus-Bügeleisen
 für Haus und Reise.
 Centrale für Spiritus-Verwertung
 Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Landes-Ausstellungs-Park.
 Neu erbaut: Festsäle, Café und Konditorei, ge-
 deckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
 Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
 Diners und Soupers von 4 Mark an. 32/13*
 Doppelkonzert. Illuminationsabende großen Stils.

Castans Panopticum, 165, Friedrichstr. 165.
 Letzte Woche:
:: Das lebende Wunder Miß Gabrielle ::
 Ohne Unterkörper geboren!
Kein Extra-Entree!

Diez' Spezialitäten-Theater.
 Landsberger Allee 76-79.
 Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
 Im herrlichen Garten oder großen Saal.
Die größte Sensation der Gegenwart:
Die 3 Köhrrs im drehbaren Todesglobus
 mit einzigstem Fahrer der Welt, welcher im Globus mit 3 Meter Durch-
 messer verifal fährt.
Alfredi Mourini, der unerschrockene Ausbrecherkönig.
 Dazu das größte und beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
 Anf. 4 Uhr. Entree 20, Sonntags 30 Pf. A. Diez.

Heute Sonnabend abend:
Mondscheinfahrt Musik
 nach **Wernsdorfer Schleuse** Gosener
 und Berge.
 Abfahrt } ab Schillingsbrücke 50 Pf.
 9 Uhr abends } hin und zurück
Morgen Sonntag: Gr. Dampfer-Extrafahrt mit
 Musik.
 9 1/2 Uhr abends } ab Schillingsbrücke 50 Pf. Rückfahrt 50 Pf.
 Um freundlichen Zuspruch bitten
Piehl, Restaurant zum Oder-Spreekanal.

Blitz=Schnell
 kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten,** Gilschinerstr. 72,
 Station im Hause. Haltestelle Prinzenstraße. Umzieht:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
 auch für corpulente Herren passend.
 Dieselben sind von feinen Kaschieren und Kollenden, die nur einen
 Monat ihre Garderobe tragen. 47822*
 Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Jeder Herr!!
 ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!
S. Littmann
 Zentrale für Herren- und Knaben-Moden
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2
 nahe Station Hochbahn Oranienstraße.
 Ich offeriere:
 Feine Sommer-Paletots von Mk. 11,50 an
 Elegante Herren-Anzüge " " 10,50 "
 Feine Herren-Anzüge " " 12,00 "
 Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge " " 14,50 "
 Elegante Kammgarn-Anzüge " " 16,50 "
 Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig " " 22,50 "
 Hochfeine Einsegnungs-Anzüge " " 10,75 "
 Elegante Stoff-Jackets " " 5,50 "
 Feine Burschen-Anzüge " " 5,75 "
 Elegante Herren-Stoffhosen " " 2,50 "
 Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter " " 3,50 "
 Elegante Radfahr-Anzüge " " 12,50 "
Anzüge sowie Paletots für extra corpulente Herren
in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.
 Dieses Inserat wird beim Einkauf von 10 M.
 für 50 Pfg. in Zahlung genommen.
 Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden
 sauber und billig ausgeführt.
Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.
S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2.
 Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!

Sanatorium
 Schloss Lössnitz
 Radoboul-
 Dresden.
 Prospekt
 Dr. Alfred Bilz
 Chirurgen-Dr. Aschoch
 Internationaler Verkehr.
KUREN! Milde Lage
 5500. Nizza
 Bilz Naturheilhoch an. P., Müll. Verk.

Spiritus-Bügeleisen
 für Haus und Reise.
 Centrale für Spiritus-Verwertung
 Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Zentral-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler
 und anderer gewerb. Arbeiter.
 — Verwaltung Berlin E. —
 Sonntag, den 26. Mai 1907,
 vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnungsbilanz vom ersten
 Quartal 1907.
 2. Wahl der Ortsverwaltung und
 Beitragskammer.
 3. Kasienangelegenheiten und Ver-
 schiebenes.
 — Mitgliedsbuch legitimiert. —
 Um zahlreiches und pünktliches
 Erscheinen erucht
 8265 Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.
 Das am 2. Pfingstfesttage ausge-
 fallene Früh-Konzert des Musik-
 vereins „Crescendo“ und „Ber-
 einigter Sängerkor“ R. d. N. S. S.
 in Café Bellevue in Himmelsburg
 findet am Sonntag, den 26. Mai,
 statt. Anfang früh 5 1/2 Uhr. 8235

Neues Parzellierungs-Terrain
 am [49402*]
Bahnhof Sadowa
 a. d. Straße nach Bieddorf
 7 Minuten ab Bahnhof beginnend,
 schönste Hochwald- u. Landparzellen
 R. 10 Mark an.
 Günstigste Zahlungsbedingungen,
 Verkäufer im Sonnenbad Neu-
 Sadowa und im Restaurant Göde,
 Staudorf. 50072*
Nieschalke & Nitsche,
 Besizer,
 Landsbergerstraße 66.

Dampfschiffs-Rederei
Robert Tismer
 Abfahrt-Station:
Berlin, Schillingsbrücke.
 Telephon: Ober-Schöneeweide No. 14.
Täglich (außer nach Restaurant „Kythäuser“.
 Von ca. 2 Uhr nachmittags ab 1/2 stündlich, a Person 20 Pf.
 Dampfer-Fahrgäste zahlen kein Entree.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Großes Militär-Konzert.
 Im großen Saale: **BALL.**
Billigste Dampfer-Sonderfahrten
 mit Musik

	Vm. ca. Uhr	Nm. ca. Uhr	Pro Person hin und zurück Pfennig
Montag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Kalkherge-Rüdersdorf	10 —	Hin-fahrt 50 Rück-fahrt 30
Dienstag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Neue Mühle	— 2	50
Mittwoch	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Kalkherge-Rüdersdorf	10 —	Hin-fahrt 50 Rück-fahrt 30
Donnerstag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Wernsdorfer Schleuse	— 2	50
Freitag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Neue Mühle	— 2	50
Sonntag	Nach Kalkherge-Rüdersdorf	10 —	Hin-fahrt 50 Rück-fahrt 30
	Nach Woltersdorfer Schleuse	8 —	50
Sonntag	„ Müggelheim	9 —	50

Wohin? machen wir unseren Frühlingausflug immer
 wieder?
 Zum alten Freund nach Pichelswerder!
 Es laßt uns ein
 Der Hite.

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G.
 in Görlitz.
 Gegründet im Jahre 1856.
 Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.
 Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.
 — Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —
 Dividende seit 1898 ständig 25 % eines Jahresbeitrages,
 für ältere Versicherungen 50 %
 Versicherungsbestand 1/2 Mill. Versich. über 89 Millionen M.
 Gesamtvermögen 22 Millionen M.
 Seither ausgezahlte Sterbegelder pp. 17 Millionen M.
 Seither an die Mitglieder überwies. Dividende 6 Millionen M.
 Höchstzulässige Versicherungssumme M. 1500, zahlbar nach
 Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.
 Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die
 Einnahmestellen der Anstalt: Brunnenstr. 83, Dorotheen-
 straße 70, Feldzeugmeisterstr. 9, Flemmingstr. 3, Luckauer-
 straße 5, Madaistr. 7, Mäckernstr. 112, Muskauerstr. 30, Rathe-
 nowerstr. 53, Ritterstr. 4, Rostockerstr. 44, Turmstr. 40, Wasser-
 torstr. 33, Weissenburgerstr. 47, Wilhelmstr. 138.

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
 die Lederhose **Herkules** tragen.
 Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in
 praktischen grauen u. braunen Streifen,
 auch einfarbig. Am Bund aus einem
 Stück gearbeitet. Sehr feste Knapp-
 nähte. Halbstarke Pilot-Taschen.
 Große Hosen umsonst.
 Die **Herkules-Hose** 4 M. 50
 Monteur-Jacke „Edison“,
 echtes Leder über Dreß 2 M. 65
 Monteur-Hose „Edison“,
 echtes Leder über Dreß 2 M. 25
 Manchester-Hose . . . 10,50, 5 M. 75
 Gest. Mantel-Jacke 19.—, 10,50
 Wasser-Mittel . . . 3.—, 2,50, 2 M. 25
 Mechaniker-Mittel (Draum) 3.—, 2 M. 50
 Weiße Lederhosen 4,50, 3 M.
 Fleischermeister-Anzüge, blau, 5 M. 50
 Weiße Jackets für Reitere, Reiter-
 Korditore, Röcke usw.
 Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
 En gros. Export. En detail.
 Chaussee 21a/23, Brüderstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Haupt-Katalog gratis und franco.
 Bei Bestellung von Hosen i. die
 Bundweite und die Schnittlänge, bei
 Jackets und Mitteln die Brustweite
 anzugeben. 30:42*
 Nachdruck verboten!
Größeres Partei-Sokal
 in Industriestadt der Niederlausitz ist
 Lebenslang halber sofort preiswert zu
 verkaufen. Angablung nach Ueber-
 einkunft.
 Offerten unter N. 1 an die Exped.
 dieser Zeitung.

Robert Tismer
 Abfahrt-Station:
Berlin, Schillingsbrücke.
 Telephon: Ober-Schöneeweide No. 14.
Täglich (außer nach Restaurant „Kythäuser“.
 Von ca. 2 Uhr nachmittags ab 1/2 stündlich, a Person 20 Pf.
 Dampfer-Fahrgäste zahlen kein Entree.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Großes Militär-Konzert.
 Im großen Saale: **BALL.**
Billigste Dampfer-Sonderfahrten
 mit Musik

	Vm. ca. Uhr	Nm. ca. Uhr	Pro Person hin und zurück Pfennig
Montag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Kalkherge-Rüdersdorf	10 —	Hin-fahrt 50 Rück-fahrt 30
Dienstag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Neue Mühle	— 2	50
Mittwoch	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Kalkherge-Rüdersdorf	10 —	Hin-fahrt 50 Rück-fahrt 30
Donnerstag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Wernsdorfer Schleuse	— 2	50
Freitag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	„ Neue Mühle	— 2	50
Sonntag	Nach Kalkherge-Rüdersdorf	10 —	Hin-fahrt 50 Rück-fahrt 30
	Nach Woltersdorfer Schleuse	8 —	50
Sonntag	„ Müggelheim	9 —	50

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G.
 in Görlitz.
 Gegründet im Jahre 1856.
 Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.
 Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.
 — Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —
 Dividende seit 1898 ständig 25 % eines Jahresbeitrages,
 für ältere Versicherungen 50 %
 Versicherungsbestand 1/2 Mill. Versich. über 89 Millionen M.
 Gesamtvermögen 22 Millionen M.
 Seither ausgezahlte Sterbegelder pp. 17 Millionen M.
 Seither an die Mitglieder überwies. Dividende 6 Millionen M.
 Höchstzulässige Versicherungssumme M. 1500, zahlbar nach
 Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.
 Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die
 Einnahmestellen der Anstalt: Brunnenstr. 83, Dorotheen-
 straße 70, Feldzeugmeisterstr. 9, Flemmingstr. 3, Luckauer-
 straße 5, Madaistr. 7, Mäckernstr. 112, Muskauerstr. 30, Rathe-
 nowerstr. 53, Ritterstr. 4, Rostockerstr. 44, Turmstr. 40, Wasser-
 torstr. 33, Weissenburgerstr. 47, Wilhelmstr. 138.

Gerichts-Zeitung.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband und das sächsische Vereinsgesetz vom 22. November 1850.

Ein hochinteressanter Strafprozess fand am Donnerstag vor dem Strafsenat des kgl. sächs. Oberlandesgerichts seinen Abschluss. Um den Sinn für eine Organisation der Textilarbeiter in Großholbersdorf bei Chemnitz zu wecken, unternahm mehrere dortige Textilarbeiter, an ihrer Spitze der Strumpfwirker Freigisch in Großholbersdorf, Schritte zum Anschluss der Textilarbeiter an den Deutschen Textilarbeiter-Verband. Freigisch kündigte in der „Chemnitzer Volkstimme“ Vorträge über die Lohnbewegung an und nach dieser ersten Versammlung traten dem Ortsverein 100 Arbeiter bei. Man wählte Freigisch zum Obmann, der nun als solcher mit der Schöpauer Zahlstelle in Verbindung trat, alles Erforderliche erledigte, Beiträge der Großholbersdorfer Verbandsgenossen einlieferte, Zeitungen verteilte und die Ortsgruppe nach innen und außen vertrat. 25 Proz. der eingehenden Mitgliedsbeiträge behielt Freigisch auf Anordnung der Schöpauer Zahlstelle zurück, um damit Unkosten, Reisekosten und andere Ausgaben zu decken. In der Verwaltung dieser Teilmitgliedsbeiträge und in dem Umstände, daß der Gruppenführer Freigisch gelegentlich einer Mitgliederversammlung Kassenbericht erstattete, erblickte nun die Ortspolizeibehörde zu Großholbersdorf eine Vereinsgründung im Sinne des sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. November 1850. Weil nun diese vermeintliche Vereinsgründung bei der Polizei nicht angemeldet worden war, erhielt Freigisch einen Strafbefehl. Er beantragte aber gerichtliche Entscheidung und machte geltend, daß er nicht Vereinsbeamter, sondern

lediglich Verbandsbeauftragter des Deutschen Textilarbeiterverbandes sei, lediglich dem letzteren Rechenschaft zu geben habe und somit auch nicht verpflichtet sei, die Ortsgruppe Großholbersdorf des Deutschen Textilarbeiterverbandes als Verein anzumelden. Er sei nicht zur Rechnungslegung an die Ortsmitglieder verpflichtet und es seien auch keine regelmäßigen Mitgliederversammlungen abgehalten worden. Die Tatbestandsmerkmale einer Vereinsgründung im Sinne des sächsischen Vereinsgesetzes seien somit nicht gegeben. Die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts Chemnitz deckten sich mit den Behauptungen Freigisches. Das Landgericht stellte fest, daß in dem Zusammenschluß der Großholbersdorfer Textilarbeiter eine Vereinsgründung nicht zu erblicken sei. Auch die Zurückbehaltung der 25 prozentigen Mitgliedsbeiträge zur Deckung der Unkosten, Reisekosten, Unterstüßungen usw. komme nicht einer eigenen Vermögensverwaltung gleich. Freigisch wurde infolgedessen freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das freisprechende Urteil Revision ein und rügte Verleumdung des Vereinsbegriffes. Die Abhaltung von Versammlungen, die Stellungnahme zum Streit, Vortrag über Klassenbestand usw. stelle ein vereinsmäßiges Leben der Ortsgenossen des Deutschen Textilarbeiterverbandes dar. Das Oberlandesgericht verwurft die Revision der Staatsanwaltschaft und legte der Staatskasse sämtliche Kosten des Verfahrens auf. Der höchste sächsische Gerichtshof führte aus, daß es sich nicht verkennen lasse, daß keine zu einer Vereinsbildung vorhandenen waren, die aber noch nicht zu einem Verein ausgewachsen seien. Die Revision könne deshalb keine Beachtung finden.

Ein aufgehobenes Urteil.

In einer Versammlung von Siedereiarbeitern in Neuh., an welcher Genosse Donsbach als Beamter des Metallarbeiterverbandes teilnahm,

wurde über einen Antrag, in einer bestimmten Siederei keine Ueberstunden mehr zu machen, debattiert. Vor der Abstimmung machte Donsbach auf die Folgen der Beschlußfassung aufmerksam. Werde der Antrag angenommen, so sei jeder Versammlungsteilnehmer auch gehalten, nach demselben zu handeln. Derjenige, der sein Wort bricht, werde aus dem Verbands ausgeschlossen und sein Name in der „Metallarb.-Ztg.“ veröffentlicht. Deshalb soll jeder gut überlegen, wie er stimme. Der Siedereibefitzer brachte den Genossen Donsbach zur Anzeige und wurde letzterer zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, der Angeklagte habe einen Druck auf die Arbeiter ausüben wollen und hätten letztere thätiglich aus Furcht keine Ueberarbeit mehr geleistet.

Gegen das Urteil legte Donsbach Berufung ein und sprach ihn die Strafkammer in Düsseldorf frei. Der Angeklagte habe nichts anderes getan, hieß es in der Urteilsbegründung, als die Versammlungsteilnehmer auf die Statuten des Metallarbeiterverbandes aufmerksam gemacht und dazu sei er berechtigt. Der Staatsanwalt war ganz energisch für Verwerfung der Berufung eingetreten.

Eingegangene Druckschriften.

Rechenschaftsberichte über die Tätigkeit der Verbandsorgane des Verbandes schweizerischer Konsumvereine nebst Rechnung 1906. 42 Seiten. Druck von G. Krebs in Basel (Schweiz).
 Monismus und Materialismus. Von Dr. J. Unold. 46 Seiten. Preis 80 Pf. (Flugschriften des Deutschen Monistenbundes.) Verlag Dr. B. Breitenbach, Braunschweig i. B.
 Bericht des Gewerkschaftsvereins zu Chemnitz für das Jahr 1906. Nebst Bericht des Arbeiterssekretariats. 40 Seiten. Verlag: Robert Krause, Chemnitz.

Seefische -- Volksnahrung!

Täglich Zufahren lebendfrischer, ständig unter Eis gehaltener Seefische in eigenen Kühlwaggons.
Groß. Schellfisch mit Kopf **35** Pf. pro Pfd.
 im Ganzen **28** Pf.
Cabliau ohne Kopf **25**
 im Ganzen **23** Pf.
Seelachs mit Kopf **25**
 im Ganzen **20** Pf. im Anschnitt.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
 Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
 Prinzenstr. 30 am Moritz-Platz.
 Potsdamerstr. 112a bei der Lützowstraße. Tel.-Amt VI 7190.
 Madaistr. 22 im Schlesischen Bahnhof.
 Wilmersdorferstr. 111. am Stuttgarter Platz. Tel. Charlottenbg. 6718.

Ferner empfohlen aus eigener Marinieranstalt:
Fisch-Kotelettes (gebraten u. mariniert)
 8 Ltr.-Dose M. 3.—, 5 Ltr.-Dose M. 2.—,
 2 Ltr.-Dose M. 1,30.
Brat-Schellfische (gebraten u. mariniert)
 8 Ltr.-Dose M. 3,10.
Geräucherte Riesen-Lachsheringe
 Kiste (55 Stck.) M. 6.—, 2 Stck. 25 Pf.

WARENHAUS

Wilhelm Stein

BERLIN N. 39

Chausseestr. 70-71

Von Sonnabend, den 25., bis Dienstag, den 28. cr. inclusive, solange Vorrat:

Kolonialwaren

Dr. Oetkers Puddingpulver . . 3 Pak. **0.25**
 Liebig's Puddingpulver . . . 3 Pak. **0.22**
 Liebig's rote Grütze 3 Pak. **0.38**
 Vanille-Saucenpulver 3 Pak. **0.22**

Feinste Tafelbutter Pfd. 1.25

Gebrannte Kaffees
 Misch. VI III II I
 90 1.10 1.30 1.50
 Unsere Marken sind das vorzüglichste Geschmacks wegen allseitig bekannt.

Himbeersaft, garantiert rein 1/2 Flasche **0.85**
 Kirschsaft, garantiert rein 1/2 Flasche **0.85**
 Frankfurter Apfelwein . . 10 Fl. **3.20** 1/2 Fl. **0.35**

Grosse frische Gurken Stück **0.28**
 Citronen Dutzend **0.30 0.40 0.45**
 Apfelsinen Dutzend **0.35 0.45 0.55**

Prima frischer Stangenspargel
 zu den billigsten Tagespreisen.
 Frische Eier Mandel **0.65**

Fleischwaren

Thür. Rotwurst . . . das Pfd. **0.50**
 Thür. Zwiebelwurst . . das Pfd. **0.50**
 Harte Mettwurst . . . das Pfd. **0.78**
 Landleberwurst . . . das Pfd. **0.85**
 Thür. Fleischwurst . . das Pfd. **0.92**

Kalbleberwurst . . . das Pfd. **0.95**
 Braunsch. Mettwurst das Pfd. **0.90**
 Jagdwurst das Pfd. **1.00**
 Filétwurst das Pfd. **1.00**
 Gek. Schinken 1/4 Pfd. **0.35**

Roh. Schinken 1/4 Pfd. **0.85**
 Fetter Speck das Pfd. **0.72**
 Magerer Speck das Pfd. **0.75**
 Schinkenspeck das Pfd. **1.00**
 Berl. Bratenschmalz . das Pfd. **0.58**

Für Vereine und Landpartien

Scherz-Artikel u. Verlosungs-Gegenstände in grösster Auswahl.

Seifen

Harzkernseife, hell Biegel 3 Stck. **0.40**
 Harzkernseife, dunkel . . . ca. 2 Pfd. Biegel **0.50**
 Palmöl-Oberschale, sehr trock., Biegel ca. 3 Pfd. **0.60**

Stein's Waschkraft, bestes Seifenpulv., 6 gr. Pak. **0.90**
 Vaseline-Seife ca. 125 Gr., Stck. **0.09**
 Lanolin-Seife ca. 150 Gr., 3 Stck. **0.48**

Weisse Fliederseife, rein und mild . . 3 Stck. **0.45**
 Eau de Cologne, sehr erfrisch., M. **0.25 0.48 0.85**
 vorzüglich bewährt zur Entfernung d. Kopf-
 Bay-Rum schuppen u. zur Stärk. d. Haarschwaben, Fl. **0.48**

Sonnabend, den 25. Mai, verabfolgen wir im Erfrischungsraum von obigen Puddingpulvern fertige Speisen à Portion **10 Pfennig.**

(Kreuzstern)

MAGGI'S

Suppen

sind die besten u. ausgiebigsten!

Nur mit Wasser in kürzester Zeit herstellbar. Der Würfel zu 10 Pf. gibt 2 gute Teller vorzüglicher Suppe.



(Mehr als 30 Sorten.)

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen** (Schutzmarke „Kreuzstern“).

13. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. Mai 1907, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

13. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. Mai 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

13. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. Mai 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Kleine Anzeigen

Advertisement section containing various notices such as 'Verkäufe', 'Arbeitsmarkt', 'Stellenangebote', 'Vermietungen', 'Wohnungen', 'Schlafstellen', 'Verschiedenes', and 'Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen'.